Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220. | Dresden, Donnerstag den 22. September 1910. | 21. Jahrg.

Sächsische Fabrikinspektion 1909.

2. Das begehrteste Ausbeutungsobjekt.

Auf dem Wirtschaftsjahr 1908 lastete schwer und voll die jüngste Wirtschaftskrise mit allen schlimmen Folgen für die Arbeiterschaft. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres war es nicht besser; später besserte sich in einigen Industriezweigen die Geschäftslage, andere aber zeigten keinerlei Aufschwung. Das gilt besonders von der Industrie der Steine und Erden, dem Maschinenbau und anderen Zweigen der Metallindustrie. Dagegen machte sich in fast allen Zweigen des Textilgewerbes in der zweiten Hälfte des Jahres wieder ein lebhafter Geschäftsgang bemerkbar.

Die am 1. Mai 1909 vollzogene Arbeiterzählung ist noch unter dem Drucke der Krise vorgenommen worden. Sie zeitigte denn auch alle für eine schlechte Geschäftskonjunktur charakteristischen Ergebnisse. In solchen Perioden sind die Unternehmer ganz besonders bemüht, die Arbeitskraft des erwachsenen Mannes durch die billigere und willigere der Frauen und Mädchen zu ersetzen. Dieser Auswuchs schrankenloser Profitsucht hat sich in der letzten Krisenperiode ganz besonders schlimm bemerkbar gemacht. Schon im Jahre 1908 war ein relativer Rückgang der erwachsenen männlichen Arbeiterschaft bemerkbar gewesen, denn ihr Anteil an der Gesamtzahl der in den revisionspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter ging da von 61,29 auf 61,07 Proz. zurück, in dem gleichen Zeitraume stieg der Anteil der Arbeiterinnen von 30,8 auf 30,7 Proz. Noch weit schlimmer ist diese sowohl für die Krisenzeit wie die rücksichtslose Profitsucht der Unternehmer charakteristische Verschiebung im Jahre 1909 gewesen. Da fiel sogar die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter bei gleichzeitigem Anwachsen der weiblichen Arbeiterschaft obgleich, obwohl die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe eine wesentliche Vermehrung erfahren hat. Während 1908 nur 26 271 revisionspflichtige Anlagen festgestellt wurden, waren es 1909 27 254, also 1253 mehr. Es mag sein, daß die neu hinzugekommenen zumeist Kleinbetriebe sind, die infolge der Einführung elektrischer Motoren revisionspflichtig wurden; die meisten von ihnen werden aber doch eine kleine Arbeiterzahl beschäftigen. Trotz dieses Zuwachses hat sich 1909 die Zahl erwachsener männlicher Arbeiter um 1895 vermindert, nämlich von 423 127 auf 421 232; in demselben Jahre ist die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte von 212 848 auf 219 005, also um 6157, angewachsen. Dadurch ist der prozentuale Anteil der erwachsenen männlichen Arbeiter an der Gesamtzahl noch weiter zurückgegangen. Während er 1908, wo er ebenfalls um 0,22 Proz. zurückgegangen war, noch 61,07 Proz. betrug, waren es 1909 nur noch 60,36 Proz., während der Anteil der Arbeiterinnen von 30,7 Proz. auf 31,5 Proz. gewachsen ist. Es ist somit seit 1907 der Anteil der erwachsenen männlichen Arbeiter an der Gesamtzahl der Arbeiterschaft um 0,93 Proz. zurückgegangen, der Anteil der Arbeiterinnen aber um 1,2 Proz. angewachsen.

Schlimmer noch als durch die Gesamtzahl wird die Wirkung der Krise durch Rückgang der Arbeiterzahl in einzelnen Bezirken und Industriezweigen veranschaulicht. So hatte sich in der Textilindustrie des Zittauer Bezirks am 1. Mai 1909 gegen denselben Zeitpunkt des Vorjahres die Arbeiterzahl um 516 vermindert, gegen 1907 aber gar um 1637. Im Regierungsbezirk Leipzig hat sich die Zahl der Betriebe von 5307 auf 5396 vermehrt, die Zahl der Arbeiter ist aber gleichzeitig von 153 771 auf 153 329 zurückgegangen; noch stärker war der Rückgang bei den erwachsenen männlichen Arbeitern, die sich von 101 444 auf 100 051 verminderten, so daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter von 65,97 auf 65,25 oder in einem Jahre um 0,72 Proz. zurückging, während die Arbeiterinnen eine Vermehrung um 1087 erfuhren, so daß deren Anteil von 26,88 auf 27,66 Proz. stieg. Im Kreise Chemnitz hat das geschäftliche Leben im Berichtsjahre nur zum Teil eine Besserung erfahren. Am besten war der Geschäftsgang in der Textilindustrie, dagegen ging es in der Industrie der Steine und Erden und im Baugewerbe rückwärts, noch ungünstiger war die Wirtschaftslage in der Maschinenindustrie, wo die Arbeiterzahl von 33 322 auf 31 165, also um 2157 zurückging. Die Gesamtzahl der Arbeiter im ganzen Kreise stieg von 162 063 auf 164 473, doch erstreckt sich die Zunahme nur auf die Frauen und jugendlichen Arbeiter, jene haben um 2483 zugenommen, diese um 318, die erwachsenen männlichen Arbeiter aber haben sich im Berichtsjahre um 322 vermindert. Neben dem einseitigen Aufschwunge der Textilindustrie ist die Ursache der Verschiebung in der Arbeiterschaft offenbar auch nur auf die Sucht der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften zurückzuführen, die auch noch besonders durch die Mitteilung aus Chemnitz I illustriert wird, daß dort in den Anlagen zur Herstellung von Zigarren die Sortierer mehr und mehr durch billigere weibliche Arbeitskräfte ersetzt werden. Der Rückgang der erwachsenen männlichen Arbeiter fällt um so mehr ins Gewicht, weil 1908 nur eine Zunahme von 115, also tatsächlich schon ein relativer Rückgang zu verzeichnen war. Bemerkt sei noch, daß der Anteil der männlichen erwachsenen Arbeiter an der Gesamtarbeiterschaft der Kreishauptmannschaft Chemnitz von 60,45 Proz. auf 59,36 Proz. im Berichtsjahre zurückgegangen ist. Auch in der Kreishauptmannschaft Dresden hat sich die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter bei gleichzeitigem Anwachsen der Betriebe vermindert. Diese vermehrten sich um 274 Anlagen, die Gesamtzahl der Arbeiter stieg hier auf 154 824, vermehrte sich daher nur um 197, doch ging die Zahl der über 21 Jahre alten Arbeiter von 103 135 auf 102 246 zurück, verminderte sich also um 889. Eine Abnahme der Gesamtarbeiterzahl um 904 Personen hat im Dresdner Kreise bei der Industrie der Maschinen usw. und eine solche um 450 bei den Ziegeleien stattgefunden. Dagegen erhöhte sich die Arbeiterzahl bei der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel um 500, bei der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe um 255 Köpfe. Am wenigsten scheint die Kreishauptmannschaft Zwickau von der Krise heimgesucht worden zu sein. Dort stieg die Arbeiterzahl um 2645, die der männlichen erwachsenen Leute um 633. Doch war es auch hier die Textilindustrie, die die meisten Aufträge hatte, während im Maschinenbau die Konjunktur sehr ungünstig war. In ersterer hatte daher auch die Arbeiterschaft um 795 zugenommen, in letzterer war dagegen ein Rückgang um 215 zu verzeichnen.

Fast alle Angaben über die Verschiebungen unter der Arbeiterschaft in der Krise verraten ein starkes Verlangen der Unternehmer nach der billigeren weiblichen Arbeitskraft. In einigen Bezirken konnte der Bedarf gar nicht gedeckt werden, so wird im Berichte aus dem Bezirk Auerbach über Arbeitermangel geklagt. Diese Bevorzugung der Arbeiterinnen führt häufig dazu, daß die Frauen in den Fabriken schwer arbeiten müssen, während der arbeitslose Mann darauf angewiesen ist, den Haushalt zu besorgen. So stellen die Ausbeuter die Verhältnisse auf den Kopf und gehen dahin und predigen, daß der natürliche Beruf der Frau das Walten als Hausfrau und Mutter der Kinder sei.

Vom Parteitag.

Magdeburg, 21. September.

Die Debatte über den Budgetstreit wurde heute fortgesetzt. Sie setzte gleich zu Beginn mit großer Lebendigkeit ein. Den Anfang machte ein Münchner, ein Verteidiger der Badenser. Seine in sehr erregtem Tone gemachten Ausführungen lösen lebhafte Proteste auf der einen und Zustimmung auf der andern Seite aus. Diese Kundgebungen hielten mehr oder weniger während der ganzen Debatte an. Dem Münchner Genossen folgte die Genossin Rosa Luxemburg auf die Rednerbühne. Sie wird sehr aufmerksam angehört. Nachdem ihre Redezeit abgelaufen, kommt es zu einem erregten Zwischenfall. Die Rednerin glaubt, einen Antrag begründen zu dürfen, wozu 20 Minuten Redezeit gegeben sind. Entsprechend früherem Brauche in ähnlichen Fällen stehen jedoch die vielen zur Sache vorliegenden Anträge nur zur Debatte. Als die Genossin Luxemburg nach dieser Belehrung ihre Rede durch einen Schlußsatz beenden will, wird auf Seite der Verteidiger der Badenser wiederholt „Schluß“ gerufen, was auf der andern Seite lebhafte Proteste hervorruft. Die Zwischenrufe wogen herüber und hinüber. Viele Delegierte haben sich von den Plätzen erhoben, andere stehen in Gruppen mitten im Saale gestikulierend beieinander. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte folgt. Als sich der Sturm gelegt hat und die Rednerin die Bühne verläßt, bricht stürmischer Beifall, der ihren Ausführungen gilt, los.

Dann geht die Debatte weiter — temperamentvoll, aber sachlich. Neben mehr vermittelnden Reden, wie der Quarcks, sind auch sehr heftige Ausführungen zu vermerken. Es ist aber sehr schwer, neue Momente aus alledem herauszufinden. Starken Protest rufen die Darlegungen Heilmanns-Chemnitz hervor; sie gehen teilweise in dem heftigen Widerspruch völlig unter. Eine sachliche Unrichtigkeit seiner Bemerkungen möchten wir gleich an dieser Stelle feststellen. Heilmann behauptete unter anderem, auch im Dresdner Stadtverordneten-Kollegium hätten unsere Genossen dem Budget zugestimmt. Wie er zu dieser Behauptung kam, ist unverständlich, denn im Dresdner Stadtparlament gibt es eine Abstimmung über das Gesamtbudget überhaupt nicht. Mit großer Energie liest weiter Genossin Zetkin den Badensern den Text, ihr folgt Quessel, dessen eigenartige Stellung in wichtigen Parteifragen ja bekannt ist.

Die folgende Debatte bringt an weiteren interessanten Gegensätzlichkeiten in der vorliegenden Sache die Genossen Ledebour und David auf den Kampfplatz, die beide direkt hintereinander sprechen. Sehr lebendig wird es auch, als ein Rheinländer unter Hinweis auf Bebels Dienstags-Ausführungen die Notwendigkeit grundsätzlicher Aufklärung in der Parteipresse betont. Mit stürmischem Beifall und Händeklatschen wird der Ausdruck dieses Verlangens stark unterstrichen.

Die Delegierten sind nach der Mittagspause wieder vollzählig erschienen. Auch die Räume für die Zuhörer sind, wie während der ganzen Erörterung der Badenser Angelegenheit, sehr stark besetzt. Die Debatte setzt mit Ausführungen Liebknechts gegen den Disziplinbruch ein, und es wechseln dann die Redner, wie bisher: einer für, einer gegen. Sehr starken Widerspruch fanden die Ausführungen Südekums, der lebhaft gegen die Resolution des Parteivorstandes polemisierte.

Nachmittags 4 Uhr wurde ein Schlußantrag mit großer Mehrheit angenommen. Es folgten eine Anzahl persönlicher Bemerkungen und Richtigstellungen. Unter anderem wandte sich Genosse Kühn-Dresden gegen Ausführungen der Genossen Heilmann-Chemnitz und Riem-Dresden.

Dann erhielt Genosse Bebel das Schlußwort. Er begann mit einer mehr persönlichen Note gegen den Genossen Peus, des Redakteurs des Anhalter Parteiblattes, veranlaßt durch vorige Ausführungen Bebels und eine ihnen folgende Erklärung von Peus. In seinen weiteren Erörterungen war besonders interessant der Nachweis der „positiven Arbeit“ der Sozialdemokratie im Reichstag an der Hand konkreter Beispiele. Bebel sprach mit großer Frische und in teilweise humoristischen Wendungen noch einmal mit allem Nachdruck gegen die Badenser Budgetbewilliger und gegen die ihr zugrunde liegende prinzipielle und taktische Richtung in der Partei ziemlich zwei Stunden. Er gab am Schlusse die Erklärung ab, daß er und der Parteivorstand mit dem Sinne und dem Zwecke des von 218 Delegierten unterzeichneten Amendements Zubeil ganz einverstanden seien, aus formellen Gründen aber um Zurückziehung ersuche. Darauf zog Genosse Haase-Königsberg im Namen der Antragsteller das Amendement zurück.

Abends 6 Uhr kam Genosse Frank zum Schlußwort für die Badenser. Sehr lebhaft wendet er sich unter der Zustimmung der „Rechten“ des Parteitags wider die Gegner der Budgetbewilliger und des Disziplinbruchs. Es erfolgten dann die namentlichen Abstimmungen, die die Leser im Parteitagsbericht finden.

* * *

Magdeburg, 21. September. (Privattelegramm.) Nach der Rede Franks beantragt Genosse Haase Vertagung auf Freitag. Es folgen zunächst persönliche Bemerkungen von Peus, Braun, Haase, Bebel, Frank. Vorsitzender Dietz empfiehlt, nur eine Pause eintreten zu lassen und abends noch die Abstimmungen vorzunehmen. Demgemäß wird beschlossen. Um 8¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende teilt mit, daß folgender **Antrag Zubeil neu** eingegangen ist:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu dem Beschluß des Parteitages vorbehalten müsse, beantragen wir folgenden Zusatz zur Erklärung, die Genosse Bebel im Auftrage des Parteivorstandes abgegeben hat, zu Beschluß zu erheben: „Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, und abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Vorschriften des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind.“

Vorsitzender Dietz: Die Debatte war bereits geschlossen, wir sind in die Abstimmung eingetreten, Anträge können also jetzt nicht mehr gestellt werden. Wenn nach Schluß der Abstimmung ein anderer Antrag gestellt wird, dann liegt es in der Hand des Parteitages, zu diskutieren, ob er zuzulassen ist. (Zustimmung.)

Es folgen nun die **namentlichen Abstimmungen** über die Vorstandsresolution. Zunächst über den ersten Absatz, der die Beschlüsse von Dresden, Lübeck und Nürnberg bestätigt. **Er gelangte mit 266 gegen 106 Stimmen zur Annahme.** Der Disziplinbruch (Absatz 2 der Resolution) **wurde verurteilt mit 301 gegen 71 Stimmen.** In der Gesamtabstimmung gelangte die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission **mit 289 gegen 80 Stimmen zur Annahme.** Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit stürmischen Beifallskundgebungen der Mehrheit aufgenommen. Mit derselben Mehrheit wird der Antrag, eine Studienkommission einzusetzen, unter lebhaftem Beifall abgelehnt.

Vorsitzender Dietz schlug nunmehr vor, die Sitzung zu vertagen. Er wies darauf hin, daß die heutige Tagung sehr anstrengend gewesen sei und alte Herren, wie Bebel, bereits den Saal verlassen hätten.

Emmel-Mülhausen beantragte dennoch, erst über den neuen Antrag Zubeil abzustimmen. Haase-Königsberg befürwortet dasselbe. Frank erklärt: Der Antrag Zubeil geht von einer falschen Voraussetzung aus, eine solche Erklärung habe er nicht abgegeben. Was er wirklich gesagt habe, stehe nicht im Widerspruch zu der Nürnberger Resolution. (Bravo bei den Süddeutschen, Lachen bei der Mehrheit.) Dietz stellt die Unterstützungsfrage für den Antrag Zubeil. Er wird unterstützt und **die Mehrheit beschließt die sofortige Verhandlung.** Frank erklärt: Wenn Sie darauf bestehen, diesen Antrag zu beraten, der nur eine Wiederholung des zurückgezogenen Antrags Zubeil ist, so werden wir uns an dieser Verhandlung nicht beteiligen. **Die Süddeutschen verlassen darauf unter großer Unruhe des Parteitags den Saal.**

Darauf begründet Haase-Königsberg den Antrag Zubeil: Die Erklärung Franks war ein Faustschlag in das Gesicht der Parteitagsmehrheit. Wir müssen Klarheit schaffen. Jeder soll wissen, daß der Parteitag sich einen neuen Disziplinbruch nicht gefallen lassen will.

Richard Fischer-Berlin: Der Antrag Zubeil ist bedauerlich. Die Erklärung Franks mußte genügen. (Stürmischer Widerspruch.) Er hat erklärt, daß er sich nicht in Widerspruch zum Nürnberger Beschluß setze. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich (Widerspruch Ledebours), denn der Parteitag bindet damit alle etwaigen zukünftigen Schiedsgerichte. Erwecken Sie nicht den Eindruck, als wollten Sie Ihre Majorität mißbrauchen. Geben Sie vor der Beschlußfassung der Minderheit Gelegenheit zur Beratung und zur Abgabe einer Erklärung.

Katzenstein: Franks Erklärung bedeutet eine Anerkennung des Nürnberger Beschlusses. (Widerspruch.) Vertagen Sie die Sache auf morgen.

Dietz bittet nochmals, es ihm zu überlassen, die Sache später auf die Tagesordnung zu setzen. (Zurufe: Nein, nein!)

Dittmann: Ich warne dringend vor Vertagung auf morgen, die Genossen haben es satt, sich fortgesetzt einseifen zu lassen. (Sehr richtig!)

Dietz: Das wären doch merkwürdige Delegierte, die sich einseifen lassen. (Heiterkeit.)

Lehmann-Wiesbaden: Wir befinden uns in der Erregung,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Süddeutschen sind nicht anwesend; wir haben Zeit, die gleiche Mehrheit ist morgen auch noch da.

Hoch: Die Erklärung Franks konnte nicht genügen. Wenn die Badenser nicht erklären, daß sie sich fügen, dann müssen sie ihre Mandate niederlegen. (Beifall.)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt. Es spricht Vogtherr-Wiesbaden gegen die Badenser. Es wird darauf **Schluß der Debatte** beantragt und beschlossen. Ein Antrag, die Abstimmung zu vertagen, wird abgelehnt.

In der Abstimmung wird der **Antrag Jubeil mit 228 gegen 64 Stimmen** angenommen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

•

In bürgerlichen Blättern werden sensationelle Artikel mit der Aufschrift: Spaltung in der Sozialdemokratie gebracht. Derartiges mag den Wünschen der Gegner der Sozialdemokratie entsprechen, es entspricht aber keineswegs den Tatsachen. So überaus stürmisch der Verlauf der Parteitagsverhandlungen am Mittwoch war, so ist doch der Auszug der süddeutschen Delegierten aus dem Parteitagssaal lediglich geschehen, um gegen die Beratung des Antrags Jubeil zu protestieren. Eine Lossagung von der Partei bedeutet das selbstverständlich keineswegs. **Die süddeutschen Delegierten haben an der heutigen Vormittagssitzung wieder teilgenommen.**

•

Magdeburg, 22. September. (Privattelegramm.)

In der Vormittagssitzung erstattet Genosse Noske den Bericht der Reichstagsfraktion. Die letzte Session sei sozialpolitisch zugleich unfruchtbar gewesen. Der Nachfolger Bülows, Bethmann-Hollweg, ist nicht nur weltfremd, sondern auch unfähig. Die Fraktion habe fleißig gearbeitet. Der Redner bespricht die nächsten Reichstagswahlen und die Kaiserrede. Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum setzen wir das Bekenntnis zur Republik entgegen. Der Wille des Volkes soll das oberste Gesetz werden. Mit dieser Wahlparole werden wir in Geschlossenheit und Einheit den Kampf führen. (Stürmischer Beifall.)

Eingegangen ist eine Resolution des Parteivorstandes gegen die Fleischteuerung.

In der Diskussion fordert Dittmann-Solingen, daß die Wahlrechtsjustiz und die Streikjustiz im Reichstag zur Sprache kommen solle. Genossin Zetkin befürwortet einen Antrag auf Verbot der Verabreichung von Branntwein an Kinder durch ein Gesetz. Wurm-Berlin fordert die Fraktion zum energischen Kampf auf gegen die Herabsetzung des Branntwein-Kontingents und die weitere Alkoholvergiftung.

In der weiteren Debatte beteiligen sich die Genossen Engler-Freiburg, Geck-Offenburg und Kayenstein. Letzterer weist darauf hin, daß die Bremer Bürgerzeitung den Boykottbeschluß des Parteitags gegen den Branntweinkonsum nicht unterstützt habe. Henke-Bremen verteidigt die Haltung der Bremer Bürgerzeitung und betont, daß diese nur vor einer Ueberschätzung des Boykottbeschlusses gewarnt habe.

Alsdann werden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Deutsches Reich.

Die „nationale Tat".

Der Hansabund stellt auf Grund der amtlichen Zahlen noch einmal fest, daß die Ergebnisse der Finanzreform in keiner Weise mit der vollen Wirklichkeit übereinstimmen. Die Erträge der neuen Einnahmequellen sind weit hinter den von der Kommission und der Schmapoblock-Mehrheit verkündeten Erwartungen zurückgeblieben. Schon daß die Gesamtmehreinnahme in dem ersten Etat, in dem die neuen Steuern voll zur Geltung kommen sollten, nur zu $^1/_2$ (nach den Worten des Reichsschatzsekretärs) eingestellt wird, ist ein bedenkliches Zeichen. Aber nicht einmal diese Summe wird nach den bisherigen authentischen Ergebnissen einkommen, wenn die einlaufenden Beträge sich auf der bisherigen Höhe weiter halten sollten. Das Ergebnis der neuen bezw. erhöhten Steuern zu den erwarteten Erträgen stellt sich nämlich vom 1. April bis Ende August ungefähr folgendermaßen:

Bezeichnung der Steuer	Veranschlagte Einnahme	Tatsächliche Einnahme v. 1. April bis Ende August (5 Monate)	Voraussichtlicher jährlicher Ertrag
	in Millionen Mark		
Lombardsteuer (neu)	15	3,42	8,2
Kuponsteuer (neu)	15	5,05	12
Scheckstreuer (neu)	7,55	1,50	3,6
Umsatzsteuer bei Grundstücksübertragungen (neu)	25,5	18,20	43,8
Branntweinsteuer (erhöht)	180	55,68	133,6
Bintersteuer (erhöht)	111,5	42,54	102
Tabaksteuer (erhöht)	14,4	4,29	10,3
Zigarettensteuer (erhöht)	23,7	9,23	22
Wechselsteuer (erhöht)	20	7,75	18,6
Schaumweinsteuer (erhöht)	10,2	4,11	9,8

Außer der Umsatzsteuer für Grundstücksübertragungen haben demnach sämtliche Steuern, die neuen ebenso wie die durch die Finanzreform erhöhten, einen zum Teil recht erheblichen Mindererertrag gegen den sehr vorsichtig aufgestellten Etat ergeben. Bisher sind die tatsächlichen Einnahmen hinter dem Etatsansatz um 18 Millionen Mark zurückgeblieben; es muß also für das ganze Etatsjahr mit einem Ausfall von 43 Millionen Mark gerechnet werden, falls die Einnahmen sich nur auf der bisherigen Höhe halten. Und dies alles gegenüber einem Etat, der die neuen Steuern nur zu $^1/_2$ eingestellt hat. — Um so größer ist das Elend, daß das Frevelwerk der Schmapoblockbelden über weite Kreise von Arbeitern und auch von Pfeifengenten gebracht hat.

Etats-Schwierigkeiten.

Wie die Berliner Börsen-Zeitung erfahren haben will, hat es sich bei der letzten Sitzung des preußischen Staatsministeriums, die von Bethmann-Hollweg geleitet wurde, tatsächlich um die Finanzlage des Reiches gehandelt. Man erkannte an, daß es eine Unmöglichkeit sei, jetzt schon wieder neue Steuervorlagen an den Reichstag zu bringen. Von der Einbringung einer neuen Erbschaftssteuer glaubte man deshalb Abstand nehmen zu können, „weil im Reichstage eine Mehrheit kaum zu haben sei". Es soll versucht werden, durch Abstriche den Etat für das kommende Jahr in das Gleichgewicht zu bringen. — Wie weiter gemeldet wird, wurde auch die gesamte innerpolitische Lage zum Gegenstand eingehender Besprechungen gemacht, ohne daß besondere Beschlüsse gefaßt worden waren.

•

Ueber die jüngsten Besprechungen des Reichskanzlers über Aufstellung des Reichshaushaltsetats wird der Vossischen Zeitung geschrieben: Im allgemeinen billigt der Reichskanzler die Sparsamkeitspolitik des Reichsschatzsekretärs Wermuth; auch die einzelnen Reichsämter haben sich den Wünschen Wermuths gefügt und viele der Neuforderungen mit Rücksicht auf die Finanzlage zurückgezogen. So hat beispielsweise auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Kiderlen-Wächter Neuforderungen im Betrage von 430 000 M. zurückgezogen. Allein der preußische Kriegsminister gibt sich mit den vorläufigen Abstrichen des Reichsamtes nicht zufrieden und auch der Reichskanzler hat in seinem jüngsten Programm die Notwendigkeit des militärischen Schutzes betont. So wird Herr Wermuth doch vielleicht nachgeben müssen. Ueber die Einzelheiten der Verhandlungen wird strengstes Stillschweigen beobachtet.

Aus dem Lande der vollkommenen Rechtsgarantien.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Struve hat vor einiger Zeit der Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß im Kreise Oldenburg eine galizische Arbeiterin seit acht Monaten in Polizeihaft gehalten werde. Die Ursache dieser langen Haft sei, daß die Arbeiterin vom 20. Dezember bis 1. Februar nicht in Deutschland bleiben durfte, sondern nach den Bestimmungen über die Wanderarbeiter in ihre Heimat hätte zurückkehren müssen. Die offizielle Berliner Korrespondenz erklärt nun:

„Ausländische polnische Arbeiter und Arbeiterinnen haben spätestens am 20. Dezember jedes Jahres das Inland zu verlassen und dürfen hier nicht vor dem 1. Februar wieder in Arbeit treten. Zuwiderhandelnde sind von der Ortspolizeibehörde auszuweisen und auf kürzestem Wege nach ihrer Heimat abzuschieben. In dem vorliegenden Falle hat man dies nicht getan, sondern hat Verhandlungen mit der Statthalterei in Lemberg angeknüpft, um diese zu bestimmen, die fragliche Arbeiterin zu übernehmen. Von der Statthalterei in Lemberg war aber eine Uebernahme-Erklärung nicht zu erlangen und deshalb war die Arbeiterin bisher immer noch in Haft behalten worden. Der Minister des Innern hat nun eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis zurzeit noch nicht beendet ist."

Die ungeheuerliche Tatsache, daß wider Recht und Gesetz, einfach auf Anordnung von Verwaltungsbehörden, eine Arbeiterin acht Monate lang gefangen gehalten wurde, wird also zugegeben und nur mit einem Fehler der Verwaltungsbehörde entschuldigt.

Abg. Dr. Struve hat aber seinerzeit darauf hingewiesen, daß die polnische Arbeiterin als Dienstmagd bei einem Arzt beschäftigt war. Damit hatte sie natürlich aufgehört, eine Wanderarbeiterin zu sein, weshalb die Bestimmungen über die ausländischen Wanderarbeiter in diesem Falle nicht mehr angewendet werden konnten. Viel wird bei den Untersuchungen des Ministers allerdings nicht herauskommen; aber die Frage bleibt doch: Wer entschädigt nun diese Arbeiterin für die lange unschuldig erlittene Untersuchungshaft?

Kein Mißtrauen gegen das starre System.

Nach einer Kölner Meldung sollte die Militärverwaltung ernstlich daran denken, wegen der hohen Kosten keine Zeppeline mehr zu erwerben, da die Verwendbarkeit im Kriegsfalle doch zweifelhaft sei. Die Militärverwaltung werde sich vielmehr den Gleitfliegern, als den billigeren und geeigneteren Flugzeugen, zuwenden. Der Berliner Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hat an zuständiger Stelle Erkundigungen eingezogen und seinem Blatte ungefähr folgendes übermittelt: Die Nachricht aus Köln sei durchaus unzutreffend. Die Verbindungen zwischen dem Kriegsministerium und dem Grafen Zeppelin würden nach wie vor aufrechterhalten. Noch in den letzten Tagen seien ausführliche Schreiben an den Grafen und die Luftschiffbaugesellschaft gegangen, die sich mit dem geplanten Neukauf eines Zeppelinkreuzers befasse. Der endgültige Abschluß des Kaufes und die Unterzeichnung eines Vertrages über ein neues Zeppelin-Luftschiff dürften unmittelbar vor der Türe stehen. Was die Aeroplane anbelange, so werde man es sich an maßgebender Stelle angelegen sein lassen, im langsamen Voranschreiten auch diese Erfindung dem Heere und Aufklärungsdienste im Felde soweit nutzbar zu machen, wie dies der augenblickliche Stand im Aeroplanwesen erlaube. Man werde in Deutschland bestrebt bleiben, auch das lenkbare Luftschiff neben der Flugmaschine zur Geltung zu bringen und ihm den Platz einzuräumen, der ihm trotz mancherlei Unglücksfälle zweifellos gebühre.

Königl. bayrische Militär-Zigarrenfabriken.

Die Tabaksteuer hat das Kommando des 4. bayr. Inf.-Reg. in Metz zu einer ganz eigenartigen Einrichtung veranlaßt. Der Deutsche Tabakverein, eine Unternehmerorganisation, hat in Erfahrung gebracht, daß in der Kaserne des fraglichen Regiments der Bedarf an Zigarren für die Mannschaften hergestellt wurde. Auf eine Eingabe an das bayrische Kriegsministerium wurde dem Tabakverein geantwortet, daß die behaupteten Tatsachen richtig seien. Das Kriegsministerium hat, wie die Breslauer Zeitung mitteilt, als Grund angeführt:

„Zum teilweisen Ausgleich der in Metz eingetretenen besonderen Verteuerung aller im Kantinenbetrieb benötigten Lebens- und Genußmittel usw. hat sich das 4. Inf.-Reg. zu dem Versuch veranlaßt gesehen, den Bedarf an Zigarren für die Mannschaften zum Teil in eigener Regie durch zwei gelernte Zivilarbeiter in einem eigens dazu gemieteten Raum anfertigen zu lassen. Angehörige des Regiments werden bei der Herstellung der Zigarren nicht verwendet, es ist Vorsorge getroffen worden, daß die gefertigten Zigarren lediglich von der Truppe selbst verbraucht werden und ein Verkauf nach auswärts hintangehalten wird. Da diese Einrichtung lediglich dem Wohle und dem Vorteil der Mannschaften dient und gesetzliche Bestimmungen ihr nicht entgegenstehen, ist das Kriegsministerium nicht in der Lage, dem vom Deutschen Tabakverein geäußerten Wunsche auf Verbot der Selbstanfertigung von Zigarren im Kantinenbetrieb des 4. Inf.-Reg. zu entsprechen."

Wenn dieses Beispiel Nachahmung finden sollte, wird allerdings noch eine Anzahl Zigarrenfabriken die Bude zusperren können.

Konservative Dunkelmänner. Der vor kurzem gegründete konservative Verein in Frankfurt a. M. hielt am Dienstag seine erste Versammlung ab, in der zunächst gegen die internationale Kundgebung, die die Sozialdemokratie vorige Woche in Frankfurt veranstaltet hatte, protestiert wurde. Es wurden dann mehrere Referate gehalten, in denen die Konservativen versuchten, ihren Widerstand gegen die Landtagswahlreform zu verteidigen. Es wurde unter anderem gesagt, daß die Konservativen nichts gegen die Landtagswahlreform einzuwenden hätten, „wenn wir eine nationale Arbeiterpartei hätten". In der Diskussion erhielten nur kaisertreue Leute das Wort. Einem nicht zur sozialdemokratischen Partei gehörigen Arbeiter, der von der Notlage der Arbeiter sprechen wollte, wurde das Wort entzogen, ebenso einem anderen Redner, der sich darüber wunderte, daß man in einem Ton das Christentum empfehle und das Judentum beschimpfe.

Echt russisch. Die Frankf. Ztg. meldet: Die russische Regierung hat der Frankfurter Zeitung für Rußland den Postdebit entzogen. Die Nachricht ist uns nicht amtlich zugegangen; auch wurde und über die Gründe der Maßregel bis jetzt keinerlei Mitteilung gemacht. Doch ist zu vermuten, daß unsere Kritik russischer Zustände und des russischen Regierungssystems die Regierung veranlaßt hat, an die Frankfurter Zeitung den Maßstab der russischen Preßfreiheit anzulegen.

Kleine politische Nachrichten. In dem Ehrenbeleidigungsprozesse des christlich-sozialen Reichsratsabgeordneten Bielohlawek gegen den Hausbesitzer Zipperer wurde der Angeklagte Zipperer wegen Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre zu 14 Tagen strengem Arrest, verschärft durch einen Fastag in jeder Woche, und Ersatz der Prozeßkosten verurteilt. — Der **Internationale Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** in Paris beschloß einstimmig die Begründung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zum Präsidenten wurde Leon Bourgeois, zum Vizepräsidenten Dr. Freund-Berlin gewählt. — Die englische Regierung hat die Einladung der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der im Jahre 1911 im Haag stattfindenden Konferenz zur Regelung des Handels mit Opium, Kokain und Morphium im Prinzip angenommen. — Nachdem die streikenden Bergleute in Bilbao das vom Generalkapitän vorgeschlagene Abkommen angenommen haben, beginnt heute, Donnerstag, die Arbeit sämtlicher Minen. Bis die Kortes der Regelung der Arbeit in den Bergwerken beigestimmt haben, wird der Arbeitstag 9½ Stunden währen. Die Wiederherstellung der Verfassungs-Gewährschaften ist vertagt worden, bis nach der für den 2. Oktober geplanten Katholikenkundgebung. — Ein Erlaß des Stadthauptmanns von Odessa verfügt die Auflösung der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Volksbildung in Südrußland. — Donnerstag nacht wurde in Petersburg eine sozialdemokratische Geheimdruckerei entdeckt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. — Aus Marokko wird die **Konzentrierung spanischer Truppen** bei Melawen gemeldet, zu einer Strafexpedition in das Gebiet von Quesmann, falls die dortigen Kabylen wegen der kürzlich erfolgten Belästigung der Eingeborenenpolizei Genugtuung verweigern sollten. — Der bisherige Finanzminister der Transvaalkolonie Hull weigert sich, ein Portefeuille im Unionsministerium anzunehmen. Wenn er seinen Entschluß nicht ändert und man keinen anderen Ersatzmann findet als Merriman, der kein Portefeuille unter Botha übernehmen will, so wird Botha zurücktreten müssen. In diesem Falle würde Merriman mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. — Die zwischenstaatliche Handelskommission hat nach einer Meldung aus Washington die Suspension der von etwa 40 Eisenbahngesellschaften im Westen und Südwesten geplanten Erhöhung der Frachtraten bis zum 5. Januar verlängert, um Zeit zu gewinnen, alle Klagen gegen die Frachtratenerhöhung hören zu können. — Das Bundesgericht in St. Paul erklärte, daß die von der Legislatur des Staates Minnesota festgesetzten Eisenbahnfrachtraten gegen die Verfassung verstoßen und konfiskatorischen Charakter haben.

Ausland.

England.

Der Prozeß Helm.

London, 21. September. Die Anklage gegen Helm wird nicht wegen des größeren Verbrechens „felony" (Verbrechen des Hochverrats), sondern wegen des geringeren „misdemanour" (Uebertretung eines Verbotes) erhoben werden. Die Anklage der Spionage würde danach fortfallen und es sich nur noch um das unerlaubte Abzeichnen von Festungswerken handeln.

Balkan.

Die türkische Anleihe.

Paris, 21. September. Es erscheint fraglich, ob Laurent als Finanzbeirat der türkischen Regierung nach Konstantinopel zurückkehren wird, denn die von der französischen Regierung geforderten Reformen des türkischen Finanzwesens gehen auf seinen Einfluß zurück und er hat damit einen persönlichen Mißerfolg erlitten. In amtlichen Kreisen gibt man zu verstehen, es sei in gewissem Sinn ein Vorteil, daß die Anleihe nun in England aufgelegt werden soll, denn England habe sich bisher viel zu wenig für die türkischen Geschäfte interessiert. Diese notwendige Maßnahme könne nur zu einem engeren gemeinsamen Vorgehen mit Frankreich führen. Diese Hoffnung stimmt freilich nicht mit den Angriffen einzelner Blätter auf Sir Ernest Cassel überein, dem man seine deutsche Abkunft vorhält und prophezeit, es werde ihm nicht gelingen, die erforderlichen 150 Millionen in England und auf dem Kontinent unterzubringen.

Paris, 21. September. Der Temps schreibt: Von berufener Seite werden wir ersucht, festzustellen, daß der zwischen Halil Pascha und Sir Ernest Cassel unterzeichnete Vertrag nur eine bedingte Vereinbarung darstellt, da der zwischen Dschavid Bey und einer Gruppe des hiesigen Crédit Mobilier unterzeichnete formelle Vertrag noch nicht erloschen ist. Es heißt, daß der Vertreter der Pforte an diese Gruppe das Ersuchen gerichtet habe, die Türkei von diesem Vertrage zu entbinden.

•

Athen, 21. September. Das Amtsblatt wird heute ein Dekret veröffentlichen, durch das die Reservisten der Jahrgänge 1907 und 1908 zum 5. Oktober einberufen werden. Es wird hier besonders hervorgehoben, daß die Einberufung lediglich auf Grund der Reglements und des Reorganisationsplanes für die Armee erfolgt. Die Manöver, an denen die einberufenen Mannschaften teilnehmen sollen, finden nicht in Thessalien statt, damit einer irrigen Deutung vorgebeugt werde.

Aus den Reichstagskommissionen.

In der Justizkommission.

des Reichstags wurde am Mittwoch weiter über das beschleunigte Verfahren verhandelt. Nach § 414 der Vorlage muß eine schleunige Sache auf den Weg des ordentlichen Verfahrens verwiesen werden, wenn u. a. wegen der Sache auf Zuchthausstrafe erkannt werden könnte. Dazu beantragten die Sozialdemokraten, daß nur in den Sachen das schleunige Verfahren Platz greifen kann, in denen voraussichtlich nicht über sechs Wochen Haft erkannt wird. Ein Antrag Gröber will diese Grenze auf sechs Wochen Gefängnis ausdehnen, und ein freisinniger Antrag, mit dem sich ebenfalls auch die Regierungsvertreter einverstanden erklärten, geht bis auf sechs Monate Gefängnis. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags und des Antrags Gröber wurde auch der freisinnige Antrag abgelehnt. Ferner forderten unsere Genossen, daß eine Erklärung des Angeklagten, daß er auf seine Verteidigung nicht genügend vorbereitet ist, genügen soll, um die Hauptverhandlung zu vertagen. Nach der Vorlage müßte dieser Einwand vor dem Richter glaubhaft gemacht werden. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt, aber ein Antrag Spahn wurde angenommen, nach dem die Glaubhaftmachung ausgeschieden ist.

Beim § 419 beantragten die Sozialdemokraten, daß gegen minderjährige Personen das schleunige Verfahren nicht Platz greifen darf, ferner die Bestimmung im Entwurf, die schleunige Aburteilung auch gegen Leute, die die Tat auf deutschen Schiffen begangen haben, zu streichen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Auch ein Antrag Gröber, nach welchem das schleunige Verfahren nur auf Personen über 18 Jahre angewendet werden kann, fand keine Mehrheit.

Der vierte Abschnitt des vierten Buches behandelt den „Strafbefehl".

Ein Antrag Gröber verlangte, daß gegen Jugendliche Strafbefehle nicht erlassen werden dürfen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages forderte ein sozialdemokratischer Antrag, daß vor dem Erlaß eines Strafbefehls der Jugendliche und sein gesetzlicher Vertreter zu hören sind. Von freisinniger Seite wurde beantragt, daß nur in Uebertretungsfällen Strafbefehle gegen Jugendliche ausgeschlossen werden dürfen. Gegen die Strafbefehle überhaupt wendet sich ein Zentrumsredner, der die Einrichtung der Strafbefehle nur als eine Bequemlichkeit für die Richter bezeichnete. Nach einem antisemitischen Antrage sollen durch einen Strafbefehl auch Bußen verhängt werden können. Die Regierung verhielt sich gegen alle Anträge ablehnend. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der freisinnige Antrag angenommen.

Der vierte Abschnitt wurde dann ohne wesentliche Aenderungen erledigt, worauf die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag vertagt wurden.

Die bürgerlichen Parteien gegen Sozialpolitik.

Die Reichsversicherungskommission begann ihre Beratungen am Mittwoch mit § 561, der eine Definition der Begriffe „Fabriken" vorsieht. Hierzu sind von sozialdemokratischer Seite

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Anträge gestellt, die den Begriff Fabrik zugunsten kleinerer Betriebe erweitern wollen. Alle Anträge werden abgelehnt und nur der sozialdemokratische Antrag angenommen, auch solche Betriebe, in denen explosive Stoffe nicht nur hergestellt, sondern verarbeitet werden, der Unfallversicherung zu unterstellen.

Graf Westarp beantragt, einen neuen Paragraphen einzufügen, der alle kaufmännischen Betriebe, die weniger als fünf Personen beschäftigen, der Versicherungspflicht entzieht. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Abgelehnt wird ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der sich auf die Nebenbetriebe bezieht und eine Einschränkung der Versicherungspflicht der Nebenbetriebe aufheben will.

Zu § 506 beantragen die Sozialdemokraten, daß auch Unfälle, die auf dem Wege von und zur Arbeit sich ereignen, entschädigt werden. Der christlichsoziale Abgeordnete Behrens schließt sich dem sozialdemokratischen Antrage an, während sich die Regierung und auch das Zentrum sehr energisch gegen den Antrag wenden. Vom Zentrum sprechen insbesondere gegen den Antrag die Abgeordneten Hitze, Itzl und Becker. Ihre größte Sorge ist, daß Arbeiter eine Unfallrente erhalten könnten, „die der Schnapsflasche zu sehr zugesprochen haben" und infolge der Betrunkenheit einen Unfall erleiden. Auch gegen die durch den sozialdemokratischen Antrag verlangte Versicherungspflicht kleiner Betriebsunternehmer wenden sich die Zentrumsabgeordneten. Die Genossen Hoch und Molkenbuhr weisen den Einwendungen gegenüber auf die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Versicherung auf den Arbeitsweg hin. Molkenbuhr erzählt eine Reihe krasser Fälle, in denen Arbeiter auf dem Arbeitswege verunglückten, ohne entschädigt zu werden, und wo mit absoluter Sicherheit feststand, daß der Unglücksfall eine Folge der Arbeitstätigkeit des Arbeiters gewesen ist. Vertreter anderer Parteien, so die Freisinnigen und Nationalliberalen, erklären zwar, daß sie mit den sozialdemokratischen Anträgen sympathisieren, der vorgeschlagene Weg sei indessen nicht gangbar, es müsse eine andere Form gesucht werden, oder man müsse das Reichsversicherungsamt veranlassen, Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Der Zentrumsabgeordnete Becker beantragt formell, die Entscheidung in solchen Fällen dem Reichsversicherungsamt zu überlassen. In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten des Polen und des Zentrumsabgeordneten Schirmer abgelehnt. Auch alle anderen Anträge werden abgelehnt und der Paragraph in der Regierungsfassung angenommen.

Die Beratungen wenden sich nunmehr einem sozialdemokratischen Antrage zu, der die Berufskrankheiten und Unfälle gleichstellen will. Der Antrag wird vom Genossen Hoch begründet. Abgeordneter Mugdan wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil Berufskrankheiten mit Unfällen nicht gleichzustellen seien. Er spricht aber für ein Sondergesetz zur Entschädigung der durch Berufskrankheiten geschädigten Arbeiter, und regt an, eine Resolution in diesem Sinne zu beschließen. Die Regierung und, ihr folgend, der Zentrumsabgeordnete Hitze wenden sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

(Schluß.)

L. K. **Sheffield**, 18. September.

In den letzten Sitzungen des Kongresses wurde eine sehr große Anzahl Resolutionen von wechselnder Bedeutung ohne viel Federlesen verabschiedet. Ein großer Teil dieser Resolutionen bezog sich auf den Arbeiterschutz, namentlich in Kohlengruben, eine Resolution, die Unternehmern verbieten will, Streikbrecher zu beherbergen, Resolutionen über Wahlreform, über das Halbtagssystem (Kinder, die den halben Tag in der Fabrik arbeiten und den halben Tag in der Schule sitzen), eine Resolution zur Verhinderung der betrügerischen Bezeichnung des Ursprungsorts von Waren (von Sheffielder Messerschmieden eingebracht), eine Resolution, die die Schaffung eines gemeinsamen Fonds zur Führung von Gerichtsprozessen zum Schutze der Rechte der Gewerkschaften verlangt, eine Resolution, die das parlamentarische Komitee auffordert, den 1. Mai, gleich den Arbeiterparteien anderer Länder zu begehen, und zwar „durch Arbeitsruhe, wo dies ohne Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse möglich ist". Alle diese Resolutionen wurden nach kurzen Debatten entweder einstimmig oder mit überwältigenden Mehrheiten angenommen.

Zu einer längeren und lebhaften Debatte kam es bei der Resolution über Schul- und Erziehungspolitik. Genosse Will Thorne (Gasarbeiter) begründete eine umfangreiche und umfassende Resolution, deren Fassung eine sehr sachkundige Hand verriet. Die Resolution fordert den staatlichen Unterhalt der Schulkinder, wissenschaftliche und körperliche Erziehung aller Schulkinder unter Leitung ärztlicher Institute, höhere und technische Erziehung für alle Schulkinder bis zum 16. Lebensjahre. Die Resolution fordert endlich die sofortige Ernennung einer königl. Kommission über den Ursprung, Wert und die Verwaltung der Universitätsstiftungen, sowie über die ganze Frage des Universitätsunterrichts und die Möglichkeit ihrer öffentlichen Kontrolle durch das Volk. Thorne führte aus, daß diese Universitätsstiftungen, die einen Wert von vielen Millionen darstellen, ursprünglich für die Kinder der Armen bestimmt waren, um ihnen den Universitätsunterricht zu ermöglichen, aber sie sind den Armen gestohlen worden, und werden jetzt zum Unterhalt der Söhne der Reichen benutzt. Die Regierung habe bisher die Einsetzung der geforderten Kommission verweigert, weil einflußreiche Kreise vor den Enthüllungen zittern, die sie ans Licht bringen würde. Die Resolution wurde angenommen.

Heftiger gestaltete sich die Debatte bei der Frage über die Weltlichkeit der Schule, eine Forderung, die seit jeher im Erziehungsprogramm des Trade-Union-Kongresses enthalten ist. Der Abgeordnete Genosse O'Grady, ein in anderen Fragen sehr trefflicher Genosse, brachte eine Resolution ein, die eine Urabstimmung über die Frage fordert, ob die Forderung der Weltlichkeit der Schule beibehalten werden solle. Der Liverpooler Docker Sexton, wie O'Grady Katholik und Ire, unterstützte die Resolution. Sie begründeten sie mit den eigenartigen Argument, daß die Forderung der Weltlichkeit der Schule einen Apfel des Zwiespalts in die Arbeiterbewegung werfe, während heute schon viele bürgerliche Politiker zugeben müssen, daß gerade diese Forderung das einzige Mittel ist, dem unerträglichen Sektenstreite in allen Erziehungsfragen ein Ende zu bereiten. Die Resolution wurde mit knapper Mehrheit, nämlich mit 728 000 gegen 686 000 Stimmen, abgelehnt. Die Klerikalen werden dies als einen großen Erfolg begrüßen, leider nicht ohne eine gewisse Berechtigung. Die knappe Mehrheit ist dadurch erzielt worden, daß sich die Bergarbeiter, die ein Drittel aller am Kongresse vertretenen Stimmen darstellen, sich der Abstimmung enthielten. Die Bergarbeiter vertreten die Organisation, in der die Klerikalen besonders rührig gewühlt haben.

Die alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung wurde hierauf in einer Resolution erhoben, die ein nationales System der Erziehung unter völliger volkstümlicher Kontrolle, frei und weltlich von der Volksschule bis zur Universität, fordert. Nachdem die Resolution begründet und unterstützt wurde, wandten sich die Katholiken dagegen. O'Grady brachte dabei einen Eifer auf, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Sein wichtigstes Argument war dies, daß der einfache Bibelunterricht in den Augen der Katholiken ebenso anstößig sei, wie irgend ein ausgesprochener protestantischer Religionsunterricht, und wohl niemand werde öffentlich zu erklären wagen, daß er überhaupt jeden Bibelunterricht aus der Volksschule ausschalten wolle. Worauf ihm Will Thorne ruhig entgegnete, daß er selbstverständlich gegen jeden, noch so einfachen Bibelunterricht in der Schule sei. Wenn die Eltern oder die Kirchen das tun wollten, dann mögen sie es außerhalb der Schule und außerhalb der Unterrichtsstunden tun. Diese Resolution wurde von überwältigender Mehrheit, mit 827 000 gegen 81 000 Stimmen, angenommen. Die Bergarbeiter enthielten sich auch diesmal der Abstimmung.

Es wurden noch einige Resolutionen, so über die Arbeitsverhältnisse in Kaufläden, im Postbetriebe usw., erledigt und der Kongreß nach den kurzen Schlußreden unter Absingen des englischen Volksliedes: „Auld lang syne", wobei die Delegierten nach alter Sitte die Hände kettenmäßig umschlangen, geschlossen. Der nächstjährige Kongreß findet in Newcastle-on-Tyne statt.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 22. September. Die Etappenfahrt Paris—Berlin des für nächstes Jahr geplanten internationalen Wettfliegens von Paris über Deutschland und Belgien nach England wird eine besondere Bedeutung dadurch erlangen, daß die Berliner Verlegerfirma Ullstein u. Komp. einen Preis von 100 000 M. für die in Berlin zuerst ankommenden Flieger bestimmt hat.

Berlin, 22. September. Gestern gelang es der Kriminalpolizei, die am Sonnabend gestohlenen Juwelen des Bankiers Mosler in dem Laden eines Händlers in der Puttkamerstraße fast sämtlich wieder zu finden. Als Dieb kommt der Diener Berndt in Betracht, der früher in der Villa bedienstet war und aus guter Familie stammt.

Beuthen, 22. September. An der schlesisch-russischen Grenze wurde gestern der berüchtigte Mädchenhändler Lowkowitz aus Bendzin verhaftet, in dessen Gesellschaft sich drei Mädchen befanden. Aus der bei ihm beschlagnahmten Korrespondenz geht hervor, daß eine Organisation russischer Mädchenhändler besteht, die sich auch nach Oberschlesien verzweigt.

Beuthen, 21. September. Als vor der hiesigen Strafkammer der elfmal vorbestrafte Grubenarbeiter Johann Czerny aus Schwientochlowitz wegen Entwendung einer Taschenuhr zu einem Jahr und einer Woche Zuchthaus verurteilt wurde, sprang der Angeklagte bei Verkündung des Urteils mit Wutgebrüll über die Barriere und stürzte sich auf die Zeugen. Nur mit Mühe konnten die Gerichtsdiener und andere Tätlichkeiten verhüten.

Königshütte, 21. September. Im benachbarten Bismarckhütte wurde der Zimmermann John, Vater von sieben Kindern, von einem 200 Zentner schweren Schwungrad, das im Unterberg der Bismarckhütte verladen werden sollte, an eine Mauer gedrückt. Der Verletzte blieb direkt an der Mauer hängen und starb auf dem Transport nach dem Hospital. Schuld an dem Unfall sollen Arbeitskollegen haben, die fahrlässig handelten.

Jabrze, 21. September. Von Kohlenmassen verschüttet wurde auf dem Georgsschacht der Königin-Luise-Grube der Füller Franz Wawoczny, welcher auf dem Transport nach dem Knappschaftslazarett verstarb. Der Getötete war 18 Jahre alt und der einzige Ernährer seiner alten Mutter.

Hirschberg, 21. September. Im Riesengebirge herrscht seit gestern abend kräftiger Schneefall. Die Schneehöhe beträgt bereits 15 Zentimeter. Im Tal regnet es.

Gelnhausen, 21. September. Gestern abend brach in dem Orte Haitz, als die Dorfbewohner sich zum größten Teil noch auf dem Felde befanden, ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit die Anwesen der Landwirte Lindner und Wagner erfaßte und vollständig einäscherte. Den herbeigeeilten Dorfbewohnern gelang es, nur einige Möbelstücke aus den brennenden Gebäuden zu retten. Die Feuerwehr, verstärkt durch die Feuerwehren der benachbarten Orte, mußte sich lediglich auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Der sehr beträchtliche Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Dortmund, 21. September. Hier geriet das Ehepaar Poppensieker in Streitigkeiten, in deren Verlauf der Mann die Frau mit einem Beil bedrohte. Darauf ergriff diese ein Gefäß mit siedendem Wasser und schüttete den Inhalt über ihren Mann aus, der so schwer verbrüht wurde, daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte, wo er nunmehr seinen furchtbaren Brandwunden erlegen ist.

Kassel, 22. September. Bei der Ankunft des Leipziger D-Zuges hierselbst wurde gestern auf dem Hauptbahnhofe ein Passagier aus dem Speisewagen heraus verhaftet, der sich Kaufmann Katz aus Leipzig nannte und angab, Juwelenhändler zu sein. Er hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er im Speisewagen mehrere wertvolle Brillantnadeln und Ringe zu Schleuderpreisen an den Oberkellner verkaufte und den Erlös sofort in Sekt umsetzte. Man fand bei ihm für 50 000 M. Juwelen und zwei Fahrkarten 1. Klasse.

Halle, 21. September. Die Saale-Zeitung meldet: Um einen in der Feldflur von Tröchlau arbeitenden Dampfpflug einer Leipziger Firma gerieten die dort als Heizer angestellten Brüder Stein in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Ernst Stein von seinem Bruder durch einen furchtbaren Messerstich in den Unterleib getötet wurde.

Frankfurt a. M., 21. September. In der Untersuchungssache Werner erfahren die Blätter aus Gießen, daß der Verbrecher, sollten sich nicht außergewöhnliche Komplikationen oder Umstände während der Voruntersuchung ergeben, überhaupt nicht nach Friedberg übergeführt wird. Werner hat zugegeben, daß er den zur Tat verwendeten Sprengstoff in einem Werke in St. Ingbert gestohlen habe. Die Untersuchung hat sich daher auf diesen Diebstahl zu erstrecken.

Mannheim, 21. September. Zwei Inhälter aus Ludwigshafen in Begleitung von zwei Frauenzimmern verübten vergangene Nacht gegen 11½ Uhr im Schloßgarten einen räuberischen Ueberfall auf einen Kanzleiassistenten. Den einen der Angreifer wehrte der Kanzleiassistent durch einen Revolverschuß ab. Der andere Verbrecher verfolgte ihn bis zur Rheinbrücke. Nachdem er ihm vorher schon 20 M. abgenommen hatte, erpreßte er dort von dem Kanzleibeamten nochmals 20 M. Der Täter ist flüchtig. Der andere Verbrecher liegt hoffnungslos im Krankenhause von Ludwigshafen darnieder.

Augsburg, 21. September. Im Stadtgarten, dem schönsten Vergnügungs- und Promenadenplatz Augsburgs, brach heute nacht nach Konzertschluß Feuer aus, das die große Konzerthalle einäscherte, in der kurz vorher noch einige hundert Menschen weilten. Die Entstehung des Brandes ist unbekannt. Vermutlich ist er durch Fahrlässigkeit ausgekommen.

München, 22. September. Gestern ging hier ein schweres Gewitter nieder, das von heftigem Schneefalle begleitet war, so daß die Straßen vorübergehend vereist waren und der Fuhrwerksverkehr stockte.

*

Bern, 22. September. Obwohl sich das Wetter gebessert hat, wurden gestern in Brig keinerlei Flüge unternommen, da den ganzen Tag über heftiger Sturm herrschte. Viele Fremde haben Brig wieder verlassen.

Budapest, 21. September. Das Ministerium des Innern hat Mohacs als Choleraherd erklärt, da dort in der abgelaufenen Woche 29 choleraverdächtige Erkrankungen, davon 14 mit tödlichem Ausgange, vorgekommen sind. Auf Donaufrachtschiffen, die in Budapest eingetroffen sind, sind drei Erkrankungen an Cholera vorgekommen. In Budapest selbst ist bisher kein Cholerafall festgestellt worden.

London, 21. September. Der Untersuchungsrichter hat die Verhandlung in Sachen gegen Dr. Crippen und Miß Le Nève vor das Kriminalgericht verwiesen.

Rom, 21. September. Während der letzten 24 Stunden sind in Apulien zehn Erkrankungen an Cholera und acht Todesfälle vorgekommen.

Madrid, 21. September. Bei einem Stierkampfe in Mejorada bei Campo stürzte eine Tribüne ein. 20 Personen wurden verletzt, davon eine sehr schwer.

Warschau, 21. September. Das russische Gericht in Peedzia (Russ.-Polen) sprach gestern nach mehrstündiger Verhandlung über die Mörder des Gastwirts Kotella in Bibiella, Kreis Tarnowitz, Oberschlesien, wegen Totschlags und versuchten Raubes das Urteil. Fünf der Schmuggler wurden zu je 12 Jahren Zwangsarbeit, der noch nicht 20 Jahre alte Hauptattentäter zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, während zwei Angeklagte freigesprochen wurden. Den Führer der Bande, Eitas, konnten die Behörden bisher noch nicht dingfest machen.

Neuyork, 22. September. Bei der Ankunft des Dampfers Lusania sind die Verbrecher festgenommen worden, die in der deutschen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung Uhren im Werte von mehr als 30 000 Fr. gestohlen hatten.

Port Wayne (Indiana), 21. September. Heute wurden hier bei einem Straßenbahnzusammenstoße 40 Personen getötet. Das Unglück ereignete sich bei Kingsland auf der Wabash-Valley-Linie durch Zusammenstoß eines Expreßzuges mit einem Straßenbahnzuge.

Letzte Nachrichten.

Zwei Revolverschüsse feuerte gestern abend in der „Hellerschenke" der dort als Gast weilende Schuhmachergehilfe Karl Dohing aus Coschütz auf sich ab. Der Lebensmüde verletzte sich am Kopfe schwer und wurde im Unfallwagen nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht.

Rascher Tod. Auf dem Wettiner Bahnhof wurde am Mittwoch nachmittag vor der Gepäckannahme der aus Böhmen stammende 21 Jahre alte Schneidergehilfe Josef Schmidt unerwartet von einem tödlichen Herzschlag betroffen. Schmidt arbeitete zuletzt in Potschappel. Seine Leiche wurde nach dem neuen katholischen Friedhof gebracht.

Dresdner Polizeibericht vom 22. September.

Erhebliche Verletzungen im Gesicht zog sich am Montag ein radfahrender Arbeiter dadurch zu, daß er auf dem abschüssigen Straßenteile in Alt-Naußlitz infolge Lösens der Antriebskette vom Zahnrade mit seinem Rade zu Boden stürzte.

In einer Gastwirtschaft des Pieschener Polizeibezirks schoß sich gestern abend gegen 10 Uhr ein Gast aus unbekannten Gründen eine Kugel in den Kopf. Schwerverletzt und besinnungslos brachte man ihn in das Friedrichstädter Krankenhaus.

Zu dem Uhren- und Goldwaren-Einbruch bei Moll am Postplatz ist noch zu berichten, daß in einigen Fällen von Zeugen, die in der dritten Morgenstunde des 21. September in der Nähe des Tatortes vorübergegangen sind, zwei Personen, ein Liebespaar, vor dem fraglichen Geschäft teils stehend, teils spazierengehend beobachtet worden ist. Offenbar sind die Beiden die Täter. Die Mannesperson wird gegen 40 Jahre alt oder eventuell jünger, mittelgroß, untersetzt, mit langem, bis an die Knöchel reichendem Mantel und Schlapphut, die Frauensperson mit langem, dunklem Jackett, ballonähnlicher, rundlicher Mütze bekleidet (vielleicht ein als Frau verkleideter Mann), beschrieben. Die Mannesperson deckt sich ungefähr mit demjenigen Unbekannten, der Mitte September hier am Platze die neue Hobelbolzenschere gekauft hat, welche letztere nach der Tat am Postplatze gefunden wurde. Ferner wird vermerkt, daß im Uhrenladen Molls 4 Bleikugeln in Form von großen Haselnüssen gefunden wurden, welche aber nicht gegossen, sondern erwiesenermaßen aus ähnlich großen Klumpen erst mittels Hammers durch vielmaliges Draufschlagen zu Kugeln geformt worden sind. Vielleicht läßt sich hieraus die Quelle des Bleies oder die Art der Herstellung ermitteln. Wahrscheinlich sind die Täter seit Mitte September hier irgendwo wohnhaft gewesen, weshalb Gastwirte, Quartiergeber usw. unter Hinweis auf die Belohnung ersucht werden, über etwa hier aufhältlich gewesene verdächtige Fremde Mitteilungen an die Kriminalabteilung gelangen zu lassen.

Letzte Telegramme.

Die reichsländische Verfassungsreform.

Straßburg, 22. September. Wegen des elsaß-lothringischen Verfassungsentwurfes stellt die Straßburger Post fest, daß der Entwurf in den nächsten Tagen an das preußische Staatsministerium geht und daß sich bis jetzt kein Anhalt dafür geboten hat, daß dort erhebliche Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden. Sobald durch die Entscheidung des Staatsministeriums die Stellung Preußens klargelegt sein wird, wird der Entwurf den einzelnen Bundesstaaten überwiesen werden. In der Zwischenzeit dürfte Staatssekretär Delbrück noch mit den Vertretern einzelner Reichstagsfraktionen, die bei den bisherigen Besprechungen nicht vertreten waren, Rücksprache nehmen.

Maßregelung.

Paris, 22. September. Die Direktion der Südwestbahn hat entsprechend dem Beschlusse des Syndikatsausschusses den Syndikatssekretär Renault aus dem Dienste entlassen. Renault erhob dagegen Einspruch und weigerte sich, den ihm angebotenen Gehaltsrest in Empfang zu nehmen. Das Eisenbahnersyndikat beschloß, in den nächsten Tagen eine große Protestversammlung gegen die Maßregelung Renaults zu veranstalten.

Verschwörung gegen den Kaiser von Japan.

Neuyork, 22. September. Wie die Associated Preß aus Tokio meldet, veröffentlichte die Zeitung Hochishimbun Einzelheiten über eine Verschwörung zur Ermordung des Kaisers von Japan. Die Verschwörer seien verhaftet. (Eine Bestätigung der Meldung des Tokioer Blattes liegt noch nicht vor. Die Vermutung liegt nahe, daß die Mitglieder des Komplotts, wenn es wirklich bestand, Angehörige der koreanischen Nationalpartei sind, die auf diese Weise Rache für die Annexion ihres Landes nehmen wollen.)

Schwere Brandverletzungen.

Nürnberg, 22. September. In der vergangenen Nacht brach in der Wölkernstraße ein Zimmerbrand aus, bei dem eine 21jährige Arbeiterin lebensgefährliche und ihr drei Jahre altes Kind mehrere Brandwunden erlitten. Bei dem Versuche, das Feuer zu löschen, wurde die Mutter der Arbeiterin an den Armen verbrannt. Ein 21jähriger Kaufmann, der Geliebte der Arbeiterin, ist verhaftet worden. Er soll ein mit brennendem Spiritus gefülltes Glas in das Bett geworfen haben.

Revolver-Attentat.

Paris, 22. September. Die hiesigen Gerichtsärzte haben den aus Galizien stammenden Ingenieur Antonowitsch, der im Januar d. J. auf den schweizerischen Gesandtschaftssekretär Segerher ein Revolver-Attentat verübt hat, als geistig normal erklärt. Antonowitsch war in der Schweiz nach einem von ihm auf den Russen Jadowski verübten Anschlage im Jahre 1908 in einem Irrenhause untergebracht worden, aus dem er ein Jahr später entwich. Er wird vor die Geschworenen gestellt werden.

Die Opfer.

Port Wayne, 22. September. Nach den letzten Feststellungen sind bei dem Eisenbahnunglück auf der Wabash—Valley-Linie 42 Personen getötet worden.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Potschappel, Fortsetzung.

Al. Hauptmann, Löwes-Drog. Farb.
R. Zschäbitz Nachf., Drog., Farb., San.
Carl Herrfurth, Fleischerei.
Theodor Horn, Fleischerei.
Max Lämpe, Fleischermeister.
Herm. Meschke, Fleischermstr.
F. Wenzel Pretzen, Eier, Käse, Marmeld., Wolkereibutter.
Friedrich & Glöckner, Lack., Farb., Pins.
P. Herrmann, Herren- u. Damenkf.
H. Kirsten Hüte, Mützen, Herrenartikel
Kaufhaus Eckstein Wirtschafts- u. Geschenkartikel Spielwaren, Dresdnerstr. 23.

Central-Theater Sonnabd., Sonntg. Vorstllg. m. u. Fr.
Metropol-Kino, Sonntg. Dienst. Mittw.
H. Spörke, Kolonial- u. Manufaktw.

Carl Paul
Konfekt., Kleiderstoffe, Putz, Manufaktur- u. Modewaren.

Binneberg, Korbflechtw., Tharandtst. 13
F. Löbner, Korbw., Kinderwag.
E. Uhlig, M. Fahrrs Schf. Schnitt., Weiw.
Fassbinder, Schuhspezial-Gesch.
Herm. Fischer, Schuhw. u. Rep.-W.
Ernst Schüller, Gold- u. Silberw.

Radenau
M. Henker, Bäck., Kond., Café.
Osw. Hübler, Brot- u. Feinbäck.
Max Zimmermann, Bäckerei
Max Günther, Fleisch- u. Wurstw.
C. Glöckner, Klempn., Bau- u. Kücheger.
Pfotenhauer, Kol., Eisenw., Spirit.
Alf. Hamann, Kaufhaus, Kurz-, Weiw.
Fr. Ww. Kunath, Best. u. Fleisch.
Heinr. Watzek Schuhhaus.
E. Kern, Uhren, Goldw., Musikw.
P. Morgenstern, Uhr., Goldw., Brill.

Radeberg
E. Böttcher, Bierhandlung.

Wiesental-Brauerei.
P. Zimmermann, Sattl., Tapezierbg.
Georg Hippe, Cigarren.
Adler-Drogerie.
Markt-Drogerie. Otto Schumann.
Max Klein, Eisenw., Werkz., Kücheger.
Emil Kühn, Fahrrd., Nähm. etc.
Klara Moschke Frauenheilkundige Bäder f. Krankenk.

Rudolf Lederer
Größtes Spezialhaus f. Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion.

Mannaß empf. Herren-, Damen- und Kindergarderobe.
Cl. Heinick, Kinderwg., Korb- u. Spielw.

Guido Wünsche Kleider-Stoffe.
Max Guhr Kolonialw., Delikat., Grünew., Südfrüchte
Th. Oswald Kolonialw., Weiß-, Woll- u. Modewar.
Albert Möbius, Schuhwaren
Clem Winkler, Schuhwaren
O. Thomas, Berg u. Möbellag.
Herm. May, Strumpf- u. Wollw.
Metropol-Theater Täglich Vorstellung.
Otto Richter Uhren, Goldw., Opt. Lieferant sämtl. Krankenk.

Vogel's Nachf. Uhren, Goldw., Brillen Lief. f. Krankenk.
Richard Förster, Zahnatelier.
Osw. Zschunke Dentist, gepr. a. d. zahntechn. Schule z. Berlin.

Radebeul
Rich. Führmann, Bäckermeister
Louis Lange, Fleischerei.

Schmiedeberg
O. Börnert, Bierhdlg. u. Produktengesch.
A. Fahnauers Nachf., Haus-, Kücheger.
Otto Weiß, Brot- u. Weißbäck.
P. Täubert, Korbw., Kinderwag.
Anton Büchel, Kaufl., Kurz-, Weiw.
Cl. Lippmann, Manufakturwaren.

H. Franz, Topf-, Porzell., Emailw.
Max Müller, Uhren, Goldw., Reg.
Frieda verw. Winkler, Zahnatelier.

Tharandt
E. Thieme, Fabr., Bürst., Bes.

Wilsdruff
Emil Haupt, Bäckerei.
Hennig & Co., Fabr., Bürst., Besen.
M. Barth, Herren- u. Knabenkonf.
C. Plattner, Herr.- u. Knabenkonf.
Otto Sohr, Klempnerei, Markt 13
Karl Zorn, Manuf.-, Modewaren.
Glathe, E., Modew., Damenkonf.
Erich Schulze, Uhren, Goldw., Brill.
Restaurant „Forsthaus".

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis verantwortlich: Joseph Wichtorlich, Leipzig, Schillerstrasse 7.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Zahlstelle Dresden.

Sonnabend den 24. September, abends 8½ Uhr, in den Blumensälen, Blumenstr.

Versammlung

für alle in der Schuhindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Die Antwort der Schuhfabrikanten auf unsere Lohnforderungen

Referent: Gauleiter **R. Weise.**

Diskussion.

Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

E. Schurigs Restaurant
14 Stiftsstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Freitag: **620. Schlachtfest**
Verkehrs-Lokal der Modelltischler.

Lorenz' Restaurant
Zur goldnen Quelle
Fettmilchstr. 48, Ecke Grüne Str.
Morgen Freitag: **Schlachtfest.**
Telef. Leber- u. Blutwurst.

Frauen-Tee
Paket 75 Pf.
R. Freisleben
Postplatz.

Pillnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	Kesselsdorfer Str. 47	Tel. 4114
Alaunstraße 4,	„ 2257.	Wettinerstraße 17,	„ 1835.
Bismarckplatz 13,	„ 4162.	Rosenstraße 43	„ 1735.
Röllnerstraße 12,	„ 2806.	Hechtstraße 27,	„ 4596.
Bienertstraße 11,	„ 4871.	Torgauer Straße 10,	„ 1928.
Warthaer Str. 14,	„ 4060.	Trompeterstraße 5,	„ 2867.
Pfotenhauerstr. 24,	„ 3970.	Kesselsdorfer Str. 18,	„ 4114.

Kontore, Lagereien, Versand: **Wölfnitzstr. 1. Tel. 1634.**

Bei jetziger Fleischnot

nicht nur, sondern auch in normalen Zeiten, sind

frische Seefische

wegen ihres großen Eiweißgehaltes und ihrer leichten Verdaulichkeit, wofern man sie, wie das Fleisch der Warmblütler, mit trocknem oder grünem Gemüse zubereitet und genießt, eine

ganz vorzügl. Nahrung.

Aus unserem soeben mit einem großen Fange heimgekehrten

Hochsee-Fischdampfer „TYR"

heute eingetroffen über

110 Ztr. frische Seefische

wovon besonders fein und preiswert:

Austernfisch ohne Kopf in delikaten Exemplaren, zum Backen . . . Pfund 20 Pf.
Seelachs ohne Kopf in fetten, großen Fischen . . . . .
Goldbarsch ohne Kopf delikat wie Zander . . . . . **Pfd. 18 Pf.**
Kabljau ohne Kopf in großen derben Fischen . . . . .
Kabljau, „Helgol." in Prachtfischen von etwa 2 Pfd. . . **Pfd. 20 Pf.**
Knurrhahn (Seeforelle) hochfein zum Kochen . . . . . Pfund 22 Pf.

Ferner noch empfehlenswert:

Angelschellfisch in Prachtfischen von 1 bis 1½ Pfd. . . . . Pfund 25 Pf.
ff. Backfische . . . . . Pfund 28 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis!

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Parteisekretariat: Dresden, Dr. Leuben, Dresdnerstraße 77 G. I. Fernspr. Amt Leuben Nr. 774.

Sprechzeit: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Kaitz-Leubnitz.

Sonnabend den 24. September, abends 9 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Brauerei-Restaurant in Mockritz. Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen **Reinhardt** über: **Land und Leute in der Türkei und auf Kreta.** 2. Kreisvorstandsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. — Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Bezirk Gorbitz, Pesterwitz, Altfranken, Gompitz.

Sonnabend den 24. September, abends 9 Uhr, im Restaurant **Hoffmann**, Niedergorbitz: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter. 2. Bericht aus der Kreiskonferenz. 3. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 4. Allgemeines.

Es ist Pflicht der Parteigenossinnen und -genossen, die Versammlung zu besuchen.

Die Verwaltung.

„Freie Turner", Rabenau u. Umgegend.

Sonntag den 25. September 1910 im Gasthof zu Obernaundorf

I. Stiftungsfest.

Nachmittags 3 Uhr: **Schauturnen.** — Freunde der freien Turnsache sind hierzu freundlichst eingeladen. — Von 5 Uhr an: **Großer Ball** für Mitglieder und deren Angehörige.

Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder sowie der geehrten Damenwelt erwartet

Der Turnrat.

XII. Verbandstag

des

Allg. Verbandes deutscher Mineralwasserfabrikanten, e. V.

verbunden mit

Fachausstellung

vom 25.—28. September 1910 in den Räumen des Städt. Ausstellungspalastes, Eingang Lennéstraße.

Eröffnung der Fachausstellung: Sonntag den 25. September 1910, vormittags 11½ Uhr.

Nachmittags 3½ Uhr **Konzert** ausgeführt von der Kapelle des 12. Infant.-Regiments Nr. 177.

Geöffnet von 9—7 Uhr. Eintritt 75 Pf. — Fachpreise werden streng reserviert.

Varieté Musenhalle

Vorstadt Löbtau. Haltestelle Reisewitzer Strasse.

Heute neues Programm!

Das beste Weib. Lebensbild.
Der Versuchsballon. Militär-Humoreske.

Und der reichhaltige Solistenteil.

Anfang täglich 8¼ Uhr.

A. Mäsers Restaurant zur Mickten er Baubörse

Dresden-Mickten, Hemiliusstraße, Ecke Trachauer Straße empfiehlt seine schönen, geräumigen Lokalitäten. Vereinszimmer, 80 Personen fassend, steht jederzeit zur Verfügung. **Asphalt-Kegelbahn.**

Zymians Thalia-Theater
Ende September Eröffnung.

Bekanntmachung.

Am **Freitag den 23.** und **Sonnabend den 24. September 1910** werden die gesamten Kassengeschäfte der Städtischen Straßenbahn einschließlich der Zeitfahrkartengeschäfte **nur** in der Kasse im neuen Rathaus, Eingang Ringstraße 21, Erdgeschoß rechts, Zimmer Nr. 12, erledigt.

Von Montag den 26. September dieses Jahres an tritt folgende Veränderung ein:

Die Auszahlung von Rechnungsguthaben und die Annahme von Zahlungen für die Städtische Straßenbahn, die Annahme von **Anträgen** für die **Ausfertigung neuer Zeitfahrkarten** und die **Ausgabe neuer Zeitfahrkarten,** sowie die Erledigung der Kassengeschäfte der Betriebskrankenkasse der Städtischen Straßenbahn findet im **alten Rathaus am Altmarkt** (Eingang Scheffelstraße), **2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 34—37,** statt. Geschäftszeit: Wochentags von ½9—1 Uhr und ½4—6 Uhr, Sonnabends ½9—8 Uhr.

Die **Verlängerung** bestehender Zeitfahrkarten sowie die Ausgabe von **Arbeiter-Wochenkarten** erfolgt im **neuen Rathaus, Eingang Ringstraße 21, Erdgeschoß rechts, Zimmer Nr. 12.** Geschäftszeit: Wochentags ½9—1 Uhr und ½4—6 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von ½9—6 Uhr (von 8—6 auch für die Ausfertigung neuer Zeitfahrkarten).

Die Geschäftszimmer der **Direktion** befinden sich noch bis auf weiteres **Georgplatz 3, 1. Et.**

Dresden, am 20. September 1910.

Der Rat zu Dresden
Direktion der Städtischen Straßenbahn.

Varieté Deutscher Kaiser

Täglich abends 8 Uhr die berühmten Leipziger

Richard Braune-Sänger

Ab 21. September:

Total neues Programm! U. a.: **Engel Schwung und Der verrückte Chef.** Original-Burlesken v. Fid. Braune. — Außerdem der **vorzügliche bunte Teil.**

Sonntags 2 Vorstellungen, nachm. **4** Uhr u. abends **8** Uhr.

Vorzeiger dieser Annonce hat wochentags und Sonntags nachm. **freien** Eintritt gegen Lösung eines Programms für 10 Pf. Sonntags abends 30 Pf. Nachzahlung.

Kinematograph

Radebeul, Dresdner Str. 10 unterhalb der Krone. **Leuben,** Schulstraße 3 gegenüber der Malzfabrik.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag

ununterbrochene Dauer-Vorstellung.

Sonntag von 2—11 Uhr, Freitag, Sonnabend u. Montag v. 5—11 Uhr.

Es laden ergebenst ein **A. Ritter & Komp.**

Soeben erschienen:

Extra-Nummer

Der wahre Jakob

Gedenkblatt

an den

Internationalen Sozialisten- und Gewerkschafts-Kongreß.

Preis 10 Pfennig.

Makronen-, Leb- u. Honigkuchenfabrik

(Elektrischer Betrieb.)

Fernsprecher: Dresden 783. **Paul Bock** Tarif genehmigt.

Niederpesterwitz, Bezirk Dresden.

Empfehle den werten **Verbänden, Gewerkschaften und sonstigen Vereinen** bei Veranstaltungen von Festlichkeiten, zur Verlosung und Ausspielungen meine **beliebten Honigkuchen,** sowie das Aufstellen von **Verkaufsbuden** mit **diversen Artikeln.** — Gratislieferung von Räder-, Würfel- und sonstigen Spielen. Muster stehen jederzeit zur Verfügung. **Aufträge** für Dresden und Vororte nimmt mein Vertreter: Herr **A. Bischoff, Striesen, Markgraf-Heinrich-Str. 21,** entgegen.

Bäckerei Max Donat

Dresden-A., Blumenstrasse Nr. 20

gewährt auf alle Backwaren

6 Proz. Rabatt.

Für unsere Wilsdruffer Verkaufsstelle suchen wir zum baldigen Antritt einen kautionsfähigen

Lagerhalter

Bewerber wollen ihre Offerten persönlich nach unserem Kontor **Poststraße 15, 1.** einreichen.

Konsumverein für Löbtau u. U.

Tüchtige Möbelpolierer für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht
H. Fritsche & Co.
Luxusmöbelfabrik
Liegnitz 3.

Tailfingen O./A. Balingen (Württbg.)
In hiesigen Trikotfabriken finden **Arbeiter** und insbesondere eine große Anzahl tüchtiger
Arbeiterinnen (Näherinnen)
dauernde Beschäftigung. Es wird auf die guten Lohnverhältnisse hier aufmerksam gemacht. Nähere Auskunft erteilt das **Schultheißenamt.**

Suche viele Knechte u. Mägde für Neujahr 1911 sowie **Osterjungen** und **Ostermädchen** bei hohem Lohn und in gute Stellung.
Fr. Lusbisch, Stellenvermittler
Eutzsch 18, Post Bannewitz
Bezirk Dresden.

Sonnige möbl. Schlafstelle vom 1. Okt. an an Herrn od. Fräul. zu verm. Reisewitzer Str. 47, 3. r.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Emil Nitzsche, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Mickten.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220. | Dresden, Donnerstag den 22. September 1910. | 21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Gründung des Landespensionsverbandes für Gemeindebeamte

stößt auf große Schwierigkeiten, obwohl die Regierung die Sache fördern möchte. Bekanntlich soll durch den Verband eine gleichmäßigere Verteilung der Pensionslasten, die in vielen kleineren und ärmeren Gemeinden bis zu 50 Prozent der zu zahlenden Gehälter ausmachen, und eine größere Stetigkeit in den Anforderungen an die Gemeinden herbeigeführt werden. Die Regierung hatte ihre Unterstützung (unentgeltliche Verwaltung der Kasse und Gewährung unverzinslicher Vorschüsse) zugesagt, jedoch mit der Bedingung, daß nicht eine Zwangskasse, sondern ein freiwilliger Verband gegründet werde. Damit erklärte man sich schließlich auch einverstanden. Im Frühjahr erging an 500 Gemeinden die Aufforderung, der Verbandsgründung beizutreten. Der Erfolg war ein sehr bescheidener, denn bisher haben im ganzen nur 110 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 400 000 ihren Beitritt erklärt, die übrigen Gemeinden, also die überwiegende Mehrzahl, haben sich ablehnend beim abwartend verhalten. Als Grund, daß die meisten Gemeinden nicht mittun wollen, wird der Umstand angeführt, daß der Verband das Umlageverfahren eingeführt hat, das aber durchaus nicht geeignet sein soll, einen völligen Ausgleich herbeizuführen. Als ein bedenkliches Moment gegen das Umlageverfahren wird auch die leichte Loslösung vom Verband bezeichnet, die bereits mit Ablauf einer zweijährigen Kündigungsfrist zu erreichen ist. Man gibt dem Kapitaldeckungsverfahren den Vorzug, das die Gemeinden von vornherein in den Stand setze, einen Ueberblick über die alljährlich zu leistenden Aufwendungen an den Verband zu gewinnen. Mindestens aber mußte das Anlageverfahren mit dem Kapitaldeckungsverfahren kombiniert werden. Es sind nun Bestrebungen im Gange, in dieser Richtung eine Aenderung herbeizuführen. Nach Erreichung dieses Zieles werden, so nimmt man an, die Beitrittserklärungen zu dem Verband zahlreicher eingehen. Gegenwärtig liegt das Verbandsstatut dem Ministerium zur Genehmigung vor; nach dem Statut soll die Verwaltung vom Vorstande, der aus je drei Vertretern der Gemeinden und der Beamten bestehen soll, und dem Verbandstag besorgt werden. Uebrigens werden die Leistungen des Verbandes nicht über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehen.

Landwirtschaftliche Genossenschaften.

Am 1. Juli 1910 gehörten dem Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften in Sachsen 482 Korporationen an. Sie gliedern sich in 2 Zentralgenossenschaften, 79 Darlehns- und Sparkassenvereine, 170 Spar-, Kredit- und Bezugsvereine, 88 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 21 Molkereigenossenschaften, 21 Weidegenossenschaften, 24 Wasserleitungsgenossenschaften, 9 Dreschgenossenschaften, 2 Elektrizitätsgenossenschaften, 2 Kartoffeltrocknungsgenossenschaften und 18 sonstige Genossenschaften. Gegen das Vorjahr betrug die Zunahme an Genossenschaften 22. In manchen Kreisvereinsbezirken hat sich das Genossenschaftswesen sichtbar entwickelt, während es in anderen trotzdem gar nicht vorwärts gehen will. Dresden steht mit 140 Genossenschaften voran, Bautzen hat mit 107 Genossenschaften einen Vorsprung von 10 Genossenschaften gegenüber Chemnitz, weit zurück kommt Leipzig mit 64 und endlich Reichenbach mit 30. Die Zunahme von Dresden ist reichlich dreimal so groß wie die Leipziger und Reichenbacher zusammen. Im Königreich Sachsen entfiel eine Genossenschaft auf 2372 Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche, im Jahre 1909 kam auf 2429 Hektar eine Genossenschaft. Absolut und im Verhältnis zur landwirtschaftlich benutzten Fläche hatte die meisten Genossenschaften (32) die Amtshauptmannschaft Zittau; hier entfiel auf 1967 Hektar eine Genossenschaft. Die wenigsten Genossenschaften (8) hatte die Amtshauptmannschaft Leipzig; hier entfiel erst auf 26140 Hektar eine Genossenschaft.

Sächsische Staatsbahneinnahmen.

Die vorläufig festgestellten Verkehrseinnahmen der Sächsischen Staatseisenbahnen im Monat August 1910 betragen 15 645 500 M. (1 118 500 M. mehr als im gleichen Monat des vergangenen Jahres, wovon 6 246 500 M. (290 500 M. mehr) auf den Personenverkehr und 9 399 000 M. (823 000 M. mehr) auf den Güterverkehr kommen. Das Ergebnis des Personenverkehrs ist günstig, denn der Monat August dieses Jahres umfaßte vier Sonntage, der gleiche Monat des Vorjahres dagegen fünf Sonntage. Die Mehreinnahme im Güterverkehr ist hauptsächlich durch Verkehrszuwachs entstanden. Dieser fiel in den Monat August dieses Jahres ein Werktag mehr als im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen der sächsischen Staatseisenbahnen vom 1. Januar bis 31. August dieses Jahres betragen nach vorläufiger Feststellung 108 166 940 M. oder 6 721 987 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hierzu trugen der Personenverkehr 39 918 969 M. (2 909 375 M. mehr) und der Güterverkehr 67 547 751 M. (3 812 612 M. mehr) bei.

Chemnitz. Zu einem Monat Gefängnis hatte das Schöffengericht in Wolkenstein den Handarbeiter Baldauf in Zschopenwalde verurteilt, weil er die dortige Steuereinschätzungskommission beleidigt haben sollte. Was hatte denn der Mann getan, daß diese hohe Gefängnisstrafe dem Schöffengericht als angemessene Sühne erschien? Er war mit einem Steuerzettel belastet worden, dessen Steuerbetrag zu hoch war. Er hätte nur einfach reklamieren müssen. Weil er aber des Glaubens war, daß Böswilligkeit gegen ihn in der Steuerkommission die hohe Steuer diktiert habe, setzte er sich hin und schrieb an die Amtshauptmannschaft einen Brief, in dem er zum Ausdruck brachte, daß die Einschätzungskommission ihn „aus Rache" zu hoch eingeschätzt habe. Diese Entgleisung des einfachen Mannes mußte gerochen werden. Strafantrag wurde gestellt und das eingangs erwähnte Urteil gefällt, das B. mit der Berufung anfocht. Das Landgericht Chemnitz hob das Urteil auf und erkannte gegen B. auf 50 M. Geldstrafe. Auch diese Strafe trifft den Mann noch hart genug. Da er arm ist, wird es zur Vollstreckung der Ersatzstrafe kommen, die den Ernährer einer Familie von dieser auf einige Zeit entzieht und die Angehörigen mit leiden läßt.

Oschatz. Die Stadtverordneten beschlossen, entsprechend dem Vorschlage einer Industriebahn und Kraftwagengesellschaft, ein Projekt für eine Industriebahn, die vom Bahnhof durch die Stadt in das Industriegelände zwischen der Hauptbahnlinie und der Leipziger Straße führen würde, ausarbeiten zu lassen. Die Kosten für die Ausführung des Projektes wurden bewilligt.

Falkenstein. Die hiesige Stadtvertretung hat sich ein in der Flur Kottenheide gelegenes ausgiebiges Quellengebiet gesichert, indem sie für den geringen Preis von 14 000 M. die dem Restaurateur Bergold in Kottenheide gehörigen Grundstücke erwarb. In diesem befinden sich die Quellen der Weißen Mulde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei einer Wagenfahrt des Gutsbesitzers Degelmann in Neumark scheute das Pferd; der Wagen stürzte um und die Insassen, Degelmann und dessen 12 Jahre alter Sohn, kamen darunter zu liegen. Der Junge war sofort tot, der Vater ist so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Verunglückte befindet sich im Krankenstift Zwickau. Als armer Weber gewann Degelmann im vergangenen Jahre ein Zehntel vom Großen Los der Sächs. Landeslotterie im Betrage von 68 000 M., die er zum Ankauf eines Gutes verwandte. — Am Mittwoch wurde die 18 Jahre alte Fabrikarbeiterin Minna Buchholz in Rodewisch im Betriebsteiche der Lenkschen Fabrik ertrunken aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen muß ein Unglücksfall angenommen werden. Beim Füttern der Fische ist sie ausgerutscht und in den Teich gefallen. — Auf schauerliche Weise verunglückte in Zschieren bei Pirna der Privatier Beulich dadurch, daß er beim Aepfelpflücken mit der Leiter stürzte und ihm dabei die Spitzen des Staketzaunes in den Unterleib drangen. Im Johanniter-Krankenhause in Heidenau erlag er seinen Verletzungen. — Die Maul- und Klauenseuche ist in Tanneberg bei Rochlitz in einem zweiten Gehöft festgestellt worden. Die Viehbesitzer werden im öffentlichen Interesse amtlich darauf aufmerksam gemacht, daß es nur bei der größten Vorsicht und unter strengster Berücksichtigung der getroffenen Maßnahmen gelingen wird, weitere Verschleppungen zu verhüten. — Beim Kartenspiel wurde der im 77. Lebensjahre stehende Steuerrezeptor Auerswald in Geyer vom Tode überrascht. Er klagte plötzlich über heftiges Unwohlsein, bald darauf hatte ein Herzschlag seinem Leben ein jähes Ziel gesetzt. — Eine 39jährige Ehefrau in Chemnitz, die sich das Leben nehmen wollte, schlug sich mit einem Hammer auf den Kopf und brachte sich dabei größere Wunden bei, so daß ihre Aufnahme in das Krankenhaus erfolgen mußte. — Ein 20 Jahre alter Chauffeur aus Dresden schrieb an einen ihm bekannten Herrn in Leipzig einen anonymen Brief, in dem die Hinterlegung einer größeren Geldsumme gefordert wurde; andernfalls natürlich Tod! Da er gern wissen wollte, welchen Eindruck der Brief auf den Empfänger gemacht, hatte der Autolenker die Frechheit, den Herrn aufzusuchen und ihm zu erzählen, daß er, der Chauffeur, einen Erpressungsbrief erhalten habe. Er legte sogar den Brief vor und beide Briefe, die natürlich von derselben Hand geschrieben waren, wurden nun der Polizei übergeben, die sehr bald dahinter kam, wer die Briefe geschrieben hatte. Sie nahm den schlauen Chauffeur in Haft.

Stadt-Chronik.

Konkurrenztreibereien.

Ein grelles Schlaglicht auf die kapitalistische Geschäftspraxis warf eine Verhandlung, die sich wieder um den Lingner-Bombastusskandal drehte und die dritte Strafkammer des hiesigen Landgerichts einen vollen Tag in Anspruch nahm. Angeklagt waren wegen unlauteren Wettbewerbs und Anstiftung dazu der 81jährige Geschäftsreisende Eduard Woldemar Schwendler und der Mitbesitzer der Bombastuswerke, Kaufmann Georg Max Däbritz in Zaucherode. Als Nebenkläger fungiert Geh. Kommerzienrat Lingner, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Popper. Zur Feststellung des Tatbestands sind außerdem 8 Zeugen geladen. Die Anklage beschuldigte Schwendler, in der Zeit vom Juli 1909 bis Ende November in Potschappel, Bautzen und Zaucherode Geschäftsgeheimnisse der Firma Lingner an die Bombastuswerke verraten, Däbritz soll als Mitbesitzer genannten Unternehmens Schwendler zu diesen Straftaten angestiftet haben. Schwendler war seit Anfang 1909 Reisender bei Lingner, nachdem er vorher 4 Jahre in den Bombastuswerken als Reisender tätig gewesen und nur durch den Konkurs der Firma stellenlos wurde. Mit den Inhabern sowie den Angestellten seiner früheren Firma sei er stets in freundschaftlicher Verbindung geblieben, trotzdem er gewußt habe, daß er von Lingnerschen Detektiven auf Schritt und Tritt beobachtet würde. Besonders habe er seinen Verkehr mit Dorsch nicht abgebrochen, trotzdem derselbe nicht mehr bei L. war und wieder zu den Bombastusleuten hielt. Bei gelegentlichen Zusammenkünften mit Dorsch, Däbritz, Braun und anderen sei die Rede auf die Einrichtungen von L.s Unternehmen gekommen und er, Schw., habe die grobartige Organisation des Odolwerks gerühmt. Zum Beweis seiner Behauptungen habe er den Bombastusleuten eine Instruktion für Reisende sowie die Anweisung zur Ausstellung von Kundenkarten und zwei Zirkularbriefe gesandt, aber sofortige Retournierung erbeten. Die B.-Werke haben ihm auch die Sachen sofort wieder zugesandt. Einen Verrat von Geschäftsgeheimnissen habe er nicht beabsichtigt, auch nicht darin erblickt. Er habe sich, nachdem er bei einer derartigen Zusammenkunft von der traurigen Handlungsweise Quanters gegenüber den Bombastuswerken Kenntnis bekommen, für berechtigt und erlaubt gehalten, solche Mitteilungen zu machen. Als bei der Wiederannäherung Dorschs an die B.-W. von deren Besitzer eine Besprechung über die Vertrauenswürdigkeit Dorschs gewünscht wurde, habe er zugesagt und so sei die Zusammenkunft in Bautzen zustande gekommen. Nach Bautzen sei man deshalb gegangen, weil er (Sch.) in Schlesien auf Reisen war und anderenteils hier und auswärts ebenso wie Dorsch von Lingner beobachtet würde. Wirkliche Geschäftsgeheimnisse bei dieser Zusammenkunft verraten zu haben, bestreitet er auf das entschiedenste. Als Belastung für die Anklage liegt ein Protokoll vor über Aussagen, die Sch. in L.s Privatkontor am 10. November gemacht hat und die vom Rechtsanwalt Popper dort verfaßt und von Sch. unterschrieben worden sind. Zu dieser Sache erklärte der Angeklagte Sch.: Am 10. November sei er plötzlich von der Reise in Ostpreußen zurück und zum Chef berufen worden. Beim Eintritt ins Privatkontor sei Lingner auf ihn zugefahren und habe gesagt: Sie sind ein Lügner, ein Betrüger, in einer halben Stunde sind Sie verhaftet, ich habe die Macht dazu! Dann habe ihm L. zugesetzt, alles zu sagen, was er der Konkurrenz (den B.-W.) mitgeteilt hätte. L. habe ihm gesagt, an seiner Person liege ihm gar nichts, er wolle nur „die anderen fassen". Ja, er habe ihm sogar sein Ehrenwort gegeben, nicht gegen ihn strafrechtlich vorzugehen. Nachdem ihm L. eine lange Zeit zugesetzt hätte, sei der Rechtsbeistand L.s, Justizrat Popper, auf Anrufen gekommen und habe dann ein Protokoll über die ganze Verhandlung aufgenommen, die von 4½ Uhr nachmittags bis abends 9 Uhr gedauert habe. Er sei dabei so müde gemacht worden, daß er schließlich alles, auch sein Todesurteil unterschrieben hätte. Zum Schluß habe man ihn noch gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, daß er bei einer Konventionalstrafe von 3000 M. niemanden von dieser Unterredung ein Wort mitteile. (!) Dann sei er mit der Weisung, sich sofort zur Beendigung seiner Reisetour wieder nach Preußen zu begeben, entlassen worden. Ein Detektiv L.s habe ihn abends bis zu seiner Wohnung und am nächsten Morgen bis auf den Bahnhof beobachtet. Trotz der ehrenwörtlichen Versicherung L.s sei gegen ihn Strafantrag gestellt, ihm auch ein Monatsgehalt und gegen 1500 M. Provision einbehalten worden. Von den Bombastuswerken habe er keinen Pfennig für seine Mitteilungen erhalten, auch sei er nicht vom Mitangeklagten D. angestiftet worden. Däbritz bestreitet ebenfalls, Sch. zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen angestiftet, noch ihm für die Mitteilungen Zuwendungen gemacht zu haben. Die ihm von Sch. übermittelten Sachen seien für ihn nichts Neues, am allerwenigsten Geheimnisse gewesen. Ueber die Zusammenkunft in Bautzen spricht er sich genau so aus wie Sch.

Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt P., sprach sich als Zeuge zunächst über die Verhandlung mit Sch. im Privatkontor L.s am 10. November aus und stellt dieselbe wesentlich harmloser dar, als der Angeklagte Sch. An der Hand des von ihm aufgenommenen Protokolls stellt er fest, was Sch. den Abend alles gestanden habe. Unter andern habe er in Breslau in einem Hotel renommiert mit seinen Beziehungen zu den Bombastuswerken. Der dortige Hotelier habe ihn aufmerksam gemacht, daß es unvorsichtig sei, sich so auszusprechen, da habe Sch. geantwortet, er brauche keine Entlassung zu fürchten, hinter ihm ständen die Bombastuswerke und zwei Dresdner Kommerzienräte (Menz und Reichard), die sofort die vertragliche Konventionalstrafe von 2000 M. zahlten. Das letzte Geständnis bezeichnet Angeklagter Sch. als „abgepreßt". Kommerzienrat Lingner als Zeuge erklärte, daß er Nachricht erhalten habe, daß Sch. sich rühmte, alles wichtige, was er in die Hände bekäme, an die Bombastuswerke auszuliefern. Er schildert dann die Verhandlung vom 10. November in seinem Bureau. Sein Zweck sei damals hauptsächlich gewesen, zu erfahren, was die Bombastuswerke von Sch. verlangt hätten. Vom „Verhaften" will er bestimmt nicht gesprochen haben. Der Anstellungsvertrag lautet, alles, was den Angestellten anvertraut, ist bei einer Konventionalstrafe von 2000 M. geheim zu halten. Zeuge Dorsch sagt aus, daß er während seiner Anwesenheit im Odolwerke sämtliche Instruktionen und anderen Einrichtungen studiert habe und den Bombastuswerken viel eingehendere Aufklärungen hätte geben können als Sch. Aus früherer Zeit sei er Sch. noch 175 M. schuldig gewesen. Als er von den Bombastuswerken die erste Rate von 500 M. erhalten, habe er Sch. 100 M. von seiner früheren Schuld bezahlt. Die Mitteilung hiervon habe L. wahrscheinlich als Bezahlung für verratene Geheimnisse aufgefaßt. — Sachverständiger Bücherrevisor Pepper gab ein Gutachten ab, nach welchem sämtliche in Rede stehenden Instruktionen, Anweisungen und so weiter als „Geschäftsgeheimnisse" zu betrachten sind. — Staatsanwalt Papsdorf beantragte Bestrafung beider Angeklagten nach den Bestimmungen des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb in der neuen schärferen Fassung, hält aber eine Geldstrafe für zureichend. Der Rechtsbeistand des Nebenklägers sprach von „niedriger Gesinnung" der Angeklagten und beantragte Gefängnisstrafe. Verteidiger Rechtsanwalt Fleischhauer weist auf den schmählichen Verrat Quanters gegen die Bombastuswerke hin, erklärt dadurch die begreifliche Empörung seines Klienten Sch. und plädierte für Freisprechung. Das gleiche beantragte Rechtsanwalt Lehmann für den Angeklagten D. und wies auf den noch schwebenden Prozeß zwischen den beiden Konkurrenzunternehmen hin.

Das Urteil lautete bei Sch. auf 300 M. Geldstrafe und bei D. auf Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Sachverständigen an und betrachtete die von Sch. ausgelieferten Sachen als Geschäftsgeheimnisse.

Ueber die Wahrung berechtigter Interessen in Vereinsversammlungen

fällte der Strafsenat des Oberlandesgerichts in seiner letzten Sitzung eine Entscheidung von allgemeinem Interesse. Dem Lagerhalter Rink vom Konsumverein Plauen i. V. war von der Frau des ehemaligen Mitgliedes Pöhlmann in einem Briefe an eine dritte Person der Vorwurf gemacht worden, daß er Fleisch und Wurst aus den Vereinsbeständen entwendet habe. Auf die angestrengte Beleidigungsklage hin nahm die Frau vergleichsweise die Anschuldigungen zurück, zahlte 10 M. Buße an die Armenkasse und trug die Kosten des Verfahrens. In der Generalversammlung des Vereins, am 27. November 1908, drehte sich ein großer Teil der Debatten um einige früher verübte Diebstähle. Einmal war eine Summe abhanden gekommen, aber infolge der Bemühungen Rinks wieder ersetzt worden. Dann fehlten einmal 2700 M. an Marken. Pöhlmann stellte den Antrag, den Lagerhalter zu entlassen und fragte an, ob es bekannt sei, daß er schon zweimal manifestiert habe. Ferner beschuldigte er den Lagerhalter noch des Betrugs und erklärte, er habe verschiedene Male ein geringeres Gewicht, als verlangt worden sei, gegeben. Zum Schlusse meinte Pöhlmann, wenn der Lagerhalter in der Beleidigungsklage gegen seine Frau ein reines Gewissen gehabt hätte, wäre er nicht auf den Vergleich eingegangen. Rink strengte nunmehr die Beleidigungsklage gegen Pöhlmann an, aber sowohl Schöffen- wie Landgericht sprachen den Beklagten unter Zubilligung des Schutzes des § 193 frei. Die Hinweise auf den zweimaligen Offenbarungseid und das geringere Gewicht seien sachlich gerechtfertigt. Betreffs der Bemerkungen über den Prozeß mit der Frau Pöhlmann könne dem Angeklagten der gute Glauben nicht abgesprochen werden. Aus diesen Gründen sei ihm der Schutz des § 193 nicht zu versagen; in der Vereinsversammlung habe er berechtigte Interessen gewahrt. In der Revision vor dem Oberlandesgericht rügte der Privatkläger eine Verletzung der Rechtsgrundsätze über das fortgesetzte Delikt. Pöhlmann habe ihn auch außerhalb der Generalversammlung verdächtigt und Anschuldigungen beim Direktor des Vereins und beim Redakteur Breslauer anzubringen versucht. Der Klageantrag habe sich auf alle diese Vorgänge bezogen, das Landgericht sich aber nur mit dem Vorfalle in der Generalversammlung beschäftigt. Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen. Die Einwände des Klägers seien nicht stichhaltig; das Landgericht habe die Grundsätze über das fortgesetzte Delikt nicht verkannt, da sich der Strafantrag nur auf die Vorgänge in der Generalversammlung gestützt habe. Und in dieser Beziehung könne dem Beklagten der Schutz des § 193 nicht abgesprochen werden.

Städtische Straßenbahn.

Die Auszahlung von Rechnungsguthaben und die Annahme von Zahlungen für die Städtische Straßenbahn, die Annahme von Aufträgen für die Ausfertigung neuer Zeitfahrkarten und die Ausgabe neuer Zeitfahrkarten, sowie die Erledigung der Kassengeschäfte der Betriebskrankenkasse der Städtischen Straßenbahn findet jetzt im alten Rathaus am Altmarkt (Eingang Scheffelstraße), 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 34 bis 37, statt. Geschäftszeit: Wochentags von 8½ bis 1 Uhr und 3½ bis 6 Uhr, Sonnabends 8½ bis 3 Uhr. Die Verlängerung bestehender Zeitfahrkarten sowie die Ausgabe von Arbeiter-Wochenkarten erfolgt im neuen Rat-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Haus, Eingang Ringstraße 21, Erdgeschoß rechts, Zimmer Nr 12. Geschäftszeit: Wochentags 8½ bis 1 Uhr und 3½ bis 6 Uhr, Sonnabends ununterbrochen von 8½ bis 6 Uhr (von 3 bis 6 auch für die Ausfertigung neuer Zeitfahrkarten). Die Geschäftszimmer der Direktion befinden sich nach bis auf weiteres Georgplatz 3, I.

Der Umzug der Stadtverordneten.

Heute findet die letzte Sitzung der Stadtverordneten im alten Saale, Landhausstraße 7, statt. Die nächste Sitzung vereinigt das Kollegium in seinem neuen Saale im Rathause. Der alte Saal ist 69 Jahre lang vom Stadtverordnetenkollegium zu seinen Sitzungen benutzt worden. Der erste Sitzungssaal der Stadtverordneten befand sich in dem der Stadtgemeinde gehörigen Breithahnhause an der Breiten Gasse, dem ehemaligen Tanzhause der Bürgerschaft. Dieses brannte am 3. November 1801 beim Einzuge des Königs Johann nach seiner mehr als fünfmonatigen Abwesenheit in Oesterreich während des 1866er Feldzuges ab. Dieser Saal hatte auch den Vorgängern der Stadtverordneten, den sogenannten Kommunrepräsentanten, von 1831 bis 1837 zu ihren Versammlungen gedient. Auf dem Platze des ehemaligen Tanzhauses wurden später erdgeschoßhohe Gebäude mit Läden errichtet, um den Platz einigermaßen auszunutzen. Jetzt befindet sich auf ihm das Anzeigerhaus. Am 11. Mai 1837 fand die erste Sitzung der Stadtverordneten in dem genannten Tanzsaale statt. Dieser erwies sich bald als unzureichend und so beantragten die Stadtverordneten beim Rate die Einrichtung eines neuen Sitzungssaales in den vormals Löberschen Häusern an der inneren Pirnaischen Gasse, der jetzigen Landhausstraße Nr. 4 und 5, jetzt 7 und 9. Vom Rate wurde jedoch die Erbauung eines Stadthauses auf dem Platze des ehemaligen Jakobshospitals am See, wo sich damals die städtische Zwangsarbeitsanstalt befand, in Anregung gebracht, und zwar gedachte man außer dem Sitzungssaale der Stadtverordneten auch die Armenversorgungsbehörde und die Schulexpedition sowie die 1. Bürgerschule und die 1. Bezirksschule dort unterzubringen. Die Stadtverordneten gingen indes auf diesen weitaussehenden Plan nicht ein und blieben bei ihrem früheren Antrage stehen. Nunmehr wurde der Einbau eines Saales in das Hintergebäude der vormals Löberschen Häuser beschlossen und durch den vormaligen Stadtbaudirektor Eichberg ausgeführt. Am 30. Juli 1841 fand in dem neuen Saale die erste Sitzung der Stadtverordneten statt, der ein kurzer Einweihungsakt in Gegenwart einer Abordnung des Rates voranging. Nach 69 Jahren, in deren letzten Hälfte die Entwicklung Dresdens zur Großstadt fällt, verläßt das Stadtverordnetenkollegium die alten Räume, um am 13. Oktober seine Tätigkeit im neuen Stadtverordnetensaale wieder aufzunehmen.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Von den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen wurden u. a. genehmigt bezw. befürwortet die Gebührenordnung für die Leichenfrau im 5. Leichenstandesbezirk (Klotzsche), die Erhöhung des Gehaltes für den Gemeindevorstand zu Borsberg, die Satzungen des Landespensionsverbandes für Gemeindebeamte Sachsens und Anschluß der Gemeinden Leuben, Radebeul (Sparkasse), Weißer Hirsch und Stötzschenbroda an diesen Verband und die Automatensteuerordnung für Langebrück. Der Gemeinderat zu Lindenau hat einen ortsstatutarischen Beschluß gefaßt, wonach die Wahl der Ersatzmänner für den Gemeinderat nicht mehr in einem besonderen Wahlgange vorgenommen werden soll, vielmehr gelten diejenigen Kandidaten zu Ersatzmännern gewählt, die die nächsthöchsten Stimmen hinter den zu Ausschußmitgliedern gewählten Personen erhalten. Der Bezirksausschuß sprach hierzu seine Genehmigung aus, desgleichen zu einer Darlehensaufnahme von 8000 M. seitens der Gemeinde Niederpoyritz zu Wasserleitungszwecken, doch wurde hieran die Bedingung geknüpft, daß das Darlehen bis zum Jahre 1934 getilgt wird. Die Gemeinde Klotzsche will zur Einführung elektrischer Beleuchtung im Orte bei einer auswärtigen Sparkasse ein Darlehen von 50 000 M. aufnehmen, das mit 3½ Proz. verzinst und 1¼ Proz. getilgt werden soll. Die Schuld würde demnach erst in 37 Jahren getilgt sein. Der Bezirksausschuß hielt diese Frist mit Rücksicht auf die vom Ministerium neuerdings aufgestellten Grundsätze für zu lang und genehmigte die Darlehensaufnahme nur unter der Bedingung, daß das Kapital mit 2 Proz. zu tilgen ist unter Zuschlag der Zinsenersparnisse und daß etwaige Betriebsüberschüsse zur außerordentlichen Tilgung verwendet werden. Zum stellvertretenden landwirtschaftlichen Sachverständigen zur Teilnahme an den vor Beginn der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer abzuhaltenden Vor- und Bezirksschätzungen an Stelle des zurückgetretenen Oekonomierats v. Lüttge in Helfenberg wurde Gemeindevorstand Großmann in Großröhrsdorfhof gewählt.

Folgende Konzessionsgesuche wurden genehmigt: Vierhub in Leupnitz (Gasthof), Ausübung der mit Realrecht verbundenen Gastwirtsgerechtigkeit, regulativmäßiges Tanzhalten usw.; Wetzel, Wirt in Lichtenberg Moritzburg (Lindengarten), Uebertragung der Konzession in bisherigem Umfange während der Dauer des Konkursverfahrens ihres Ehemannes; Geißler in Kloßsche (Wartburg), Uebertragung der Konzession; Plänner in Nähnitz (Erbgericht), Uebertragung der Konzession; Gartenstadt Hellerau, Weberbergen im Gasthofsgrundstücke am Markt zu Hellerau-Nähnitz; Witwe Grundmann in Wahnsdorf (Erbgericht), Uebertragung der Konzession. Die Konzessionsgesuche der Zitzia Wüstlich u. Klötzer in Radebeul und der verehel. Grossmann in Niederpoyritz (Kleinhandel mit Branntwein) wurden mangels Bedürfnisses abgelehnt. Das Gesuch Grünzigs in Niederpoyritz auf Erweiterung der Tanzbefugnisse wurde zurückgestellt; es sollen noch Erörterungen vorgenommen werden.

Die Kinderschutzkommission des 4. Kreises veranstaltet Freitag, nachm. 2½ Uhr, ihren letzten Ausflug mit den Kindern, da der am Dienstag wegen schlechten Wetters nicht stattfinden konnte. Treffpunkt wie immer Alaunplatz (Exerzierhalle). Hierbei können die Kinder die starken à 15 Pf. zum Sommerfest noch entrichten.

Aus der Umgebung.

Cossebaude. Heute abend findet im Gasthof Reichsschmied öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Laubegast. Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht zum Montag hier am Elbufer ab. Auf dem Heimweg geriet ein Mann und dessen Frau in einen Wortwechsel, worauf die Frau sich in die augenblicklich hochangeschwollene Elbe stürzte. Der Mann sprang jedoch sofort nach, und es gelang ihm nach großer Anstrengung, die Lebensmüde in bereits bewußtlosem Zustande wieder ans Land zu bringen. Nach mit Erfolg angestellten Wiederbelebungsversuchen wurde die Frau von hinzugekommenen Passanten ihrer Behausung zugeführt.

Klotzsche. Auf hiesigem Bahnhofe verunglückte der Hilfsweichenwärter Thomas dadurch, daß ihm beim Rangieren beide Füße überfahren wurden. Außerdem erlitt er eine Verletzung am Kopfe.

Reichenberg. Heute abend 8 Uhr findet öffentliche Gemeinderatssitzung im Sitzungslokale statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwünscht.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Wegen Zeugenmeineids stand der 1875 in Radeberg geborene, bisher unbestrafte Knochenmühlenbesitzer Max Bruno Kirsten vor den Geschworenen. Die 23jährige Kellnerin Frida Anna Schumann ist desselben Verbrechens schuldig. Die Sch. ist früher in Radeberg beim Gastwirt L. in Stellung gewesen. Während dieser Zeit ging gegen L. eine Anzeige ein, daß er der Kuppelei in seinem Hause Vorschub leiste. Als Folge dieser Anzeige wurde der Angeklagte K. am 1. Juni in Radeberg und am 6. Juni die Sch. in Dresden vernommen. Beide beschworen damals, keinen intimen Verkehr mit einander gehabt zu haben. Von seiten der Staatsanwaltschaft wurde das Meineidsverfahren eingeleitet. Zur Verhandlung waren 15 Zeugen geladen. Nach kurzer Tagung wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, vorher gab aber K. schon zu, am 1. Juni die Unwahrheit beschworen zu haben. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde K. zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Sch. erhielt 1 Jahr Gefängnis. Bei Beiden gelten 2 Monate der Strafe als verbüßt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Gedrückte Stimmung bei dem zentrumschristlichen Metallarbeiterverband.

Anfang Juli machte der christliche Metallarbeiterverband auf seiner Generalversammlung einiges Gerassel und gefiel sich in der ulkigen Pose des „starken Mannes", der als christliche Gewerkschaft „viel stärker und viel beachteter" sei als der große rote Bruder. Der Ulk wirkt besonders stark beim christlichen Metallarbeiterverband, der den stärksten sozialdemokratischen Verband neben sich hat und mit Wut und Schmerz zusehen muß, wie dieser immer breitere Massen der Metallarbeiter an sich zieht. Unternehmer als auch christliche Blätter selbst haben denn auch schon damals die Bramarbasiererei entsprechend gewürdigt. So schrieb die Deutsche Arbeitgeberzeitung bei der Gelegenheit:

„Ein Beleg dafür, wie schwer es z. B. den christlichen Gewerkschaften wird, in den Gebieten, in welchen die großen sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen einmal festen Fuß gefaßt haben, vorwärts zu kommen, ist der christliche Metallarbeiterverband, der bereits 10 Jahre besteht und trotzdem heute nur etwa 27 000 Mitglieder zählt. Demgegenüber hat der Deutsche Metallarbeiterverband, die freie sozialdemokratische Gewerkschaft in der Metallindustrie, augenblicklich bereits die Zahl von 400 000 Mitgliedern überschritten."

Und die M.-Gladbacher Westdeutsche Arbeiterzeitung meinte rückschauend über die christliche Tagung:

„Die Gesamtstellung der christlichen Gewerkschaften wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es ihr gelingt, dem Metallarbeiterverband eine gleiche Stärke an Mitgliederzahl zu verschaffen, wie sie auch der Gewerkverein christlicher Bergleute hat. Daß wir als katholische Arbeitervereine mit zäher Ausdauer an diesem Ziele mitarbeiten müssen und werden, bedarf keiner besonderen Betonung mehr."

Mit „müssen und werden" ist es „leider" allein noch nicht getan, es muß auch das Können hinzukommen. Mit den katholischen Arbeitervereinen ist ja früher schon eine Blutsvermischung versucht worden, das Resultat war aber arg „betrübend", wie das Blatt des christlichen Metallarbeiterverbandes selbst kund und zu wissen tat. Der Duisburger Deutsche Metallarbeiter schrieb darüber:

„Wie das Resultat der gemeinsamen Aktion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen vor zwei Jahren gezeigt hat, ist die übergroße Mehrzahl der Arbeitervereinsmitglieder für die Gewerkschaften nicht zu haben. Wir handeln nur klug, wenn wir unsere Hoffnungen nach der Richtung hin um einige Löcher zurückstellen."

Nun will man's also trotzdem noch einmal versuchen, ob mit besserem Erfolge, ist mehr als fraglich.

Nach der anderen Richtung hin scheint es, als ob es auch dem christlichen Metallarbeiterverband noch weniger als früher gelingen wird, sich von seiner Winzigkeit gegenüber dem „großen roten Bruder" loszumachen. In einem Artikel der letzten Nummer des christlichen Metallarbeiterblättchens muß man

„leider konstatieren, daß die agitatorische Mitarbeit unserer Kollegen vielfach sehr nachgelassen hat. Einzelne Kollegen sind ja sehr eifrig, aber die Mehrzahl der Mitglieder versagt. Heute, da wir in den meisten Bezirken freigestellte Beamte haben, glauben die Kollegen vielfach der Mitarbeit in der Agitation enthoben zu sein. Man überläßt die ganze Arbeit meistens dem Beamten oder örtlichen Vorsitzenden und übt höchstens noch Kritik an deren Tätigkeit".

Kritik hat die Tätigkeit der zentrumstreuen „Christen" allerdings genügend verdient. Interessant ist auch noch folgendes Eingeständnis:

„Im Jahre 1904, wo wir über nur wenige freigestellte Beamte verfügten, wurden mehr Mitglieder aufgenommen als in den Jahren 1908/09, trotzdem da zirka 30 Beamte tätig waren. Der Mangel kommt aber daher, daß mit der Anstellung eines Beamten im Bezirke der Eifer und die Mitarbeit der Kollegen vielfach erlahmt ist. Festgestellt wurde, daß im Jahre 1908/04 Ortsgruppen vorhanden gewesen sind, die keine einzige Aufnahme gehabt hatten und weitere 91 Ortsgruppen, die nur bis auf sechs Aufnahmen gekommen waren."

Schau, schau! Also je mehr christliche Beamte, um so weniger Mitgliederaufnahmen! Und die Christen haben doch vielfach solch klapperndes Mundwerk. Nun wird konstatiert, daß sie die Mitgliederzufuhr geradezu gestoppt haben! Das läßt tief blicken und wird allerdings wenig dazu beitragen, den Größenabstand zwischen den Zentrumschristen und dem mächtigen Deutschen Metallarbeiterverband zugunsten der kleinen „Möchtegerne" zu verschieben. Im Interesse der deutschen Metallarbeiter ist das gut so.

Lokales.

Zum Streik im Plauenschen Lagerkeller.

Der Leitung der Brauerei zum Plauenschen Lagerkeller versucht in allen möglichen Variationen den bei ihr seit fünf Wochen dauernden Streik totzureden. Man kann es dieser Betriebsleitung nachfühlen, daß ihr ein Friedensschluß sehr erwünscht wäre, aber zu einem ehrlichen Friedensschluß die Hand zu bieten, dazu kann man sich nicht verstehen. Auf Veranlassung des Brauereiarbeiter-Verbandes fand am 12. September durch Vermittlung des Vorsitzenden des Deutschen Gastwirtsgewerbe-Verbandes Herrn Rechtsanwalt Robert-Berlin eine Verhandlung zwischen den streitenden Parteien in Lagerkellers, daß die Firma sich zwar bereit erkläre, den Vertrag, welcher mit den Ringbrauereien Dresdens abgeschlossen sei, im großen und ganzen anzuerkennen, nur wolle man von den streikenden Kollegen niemand wieder einstellen. Eine nochmalige Rücksprache des Vertreters der Brauerei mit der Direktion sollte bezwecken, im letzteren Punkte Konzessionen an die Arbeiter zu erzielen. Das letzte Angebot der Brauereileitung lautet auf Einstellung von jetzt streikenden Arbeitern nach Bedarf. Dieses Angebot kommt einer Verhöhnung der streikenden Kollegen gleich. Die Leitung des Plauenschen Lagerkellers glaubt aber den Arbeitswilligen, die den um Anerkennung des für Dresden allgemein gültigen Tarifvertrages kämpfenden Kollegen in den Rücken fielen, zum besonderen Dank verpflichtet zu sein. Unter diesen Umständen dürfte der Kampf noch recht lange dauern.

Wenn die Firma einen ehrlichen Frieden will, woran ihr nach einem an die Gastwirte gerichteten Rundschreiben zu urteilen, viel zu liegen scheint, dann muß sie schon dazu übergehen und die Arbeiter, die für die besseren Verhältnisse kämpften, alle wieder einzustellen. Will sie das nicht, dann geht eben der Kampf weiter.

Der Streik der Bauschlosser in Dresden

dauert fort. Zuzug ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten. Die Ortsverwaltung.

Maler, Lackierer und Anstreicher.

Infolge Niederlegung der Arbeit in einzelnen Werkstellen hat die Gehilfen, hat der Arbeitgeberverband die Aussperrung beschlossen. Jeder Zuzug nach Dresden muß vermieden werden. Auskunft wird erteilt von der Geschäftsstelle in Dresden, Volkshaus, Mitzenbergstr. 2, II.

Die arbeiterfreundliche Presse wird gebeten, diese Notiz abzudrucken. Die Ortsverwaltung.

•

Die für Mittwoch den 21. September angekündigte Aussperrung durch den Arbeitgeberverband ist bis jetzt recht kläglich ausgefallen. Man kann wohl annehmen, daß bei der Beschlußfassung sehr viele Mitglieder des Arbeitgeberverbandes gar nicht anwesend waren. Die überwältigende Mehrheit bei Annahme dieses Beschlusses scheint Flunkerei zu sein. Zirka 100 Mitglieder soll der Arbeitgeberverband in Dresden haben. — In 9 Werkstellen starben bis Dienstag 246 Kollegen in der Abwehrbewegung. Als ausgesperrt meldeten sich bis Mittwoch abend aus 44 Werkstellen 154 Kollegen. Die Unternehmer werden bald merken, daß ihr Vorgehen gegen die Gehilfen ein Schlag ins Wasser ist. Mit allen möglichen Manipulationen versuchen die Arbeitgeber diesem Beschlusse auszuweichen. Der Verband hat mit ca. hundert Firmen, die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehen, persönlich einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Aus der Umgebung.

Wegen Lohndifferenzen ist die Stuhlfabrik Wolf u. Co. in Klein-Oelsa bei Radenau für Tapezierer gesperrt. Wolf u. Co. zahlte nur 38 Pf. die Stunde, trotzdem in Dresden und Umgegend ein tariflicher Mindestlohn von 52 Pf. besteht. Alle Tapezierer werden gebeten, auf diese Sache bezügliche Vorkommnisse auf unserm Arbeitsnachweis zu melden.

Verband der Tapezierer, Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Inland.

Werftarbeiterversammlungen in Kiel.

Zwei stark besuchte Werftarbeiterversammlungen haben beschlossen, die Unterstützung der Ausgesperrten von 65 Pf. auf 1 M. täglich zu erhöhen. Die Verheirateten unter den streikenden Arbeitern sollen ab 1. Oktober einen monatlichen Mietszuschuß von 10 M. erhalten.

Zur geplanten Generalaussperrung der Metallarbeiter.

Donnerstag den 22. September wollen die Metallindustriellen bekanntlich in Berlin eine Sitzung abhalten, um zu beraten, ob der Werftarbeiterausstand mit einer Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter beantwortet werden soll. Wie verlautet, hat die Vertrauenskommission des Gesamtverbandes der Metallindustriellen die Generalaussperrung befürwortet.

Die Arbeiterorganisationen rüsten zu diesem großen Kampf, sie rechnen sicher mit einer längeren Dauer des Ausstandes und treffen ihre Maßnahmen dazu.

Die Androhung der großen Aussperrung wirkt aber keineswegs einschüchternd auf die Arbeiter, wohl aber wirkt sie provokatorisch. Die neueste Nummer der Metallarbeiter-Zeitung sagt daher zu der angekündigten Generalaussperrung:

„Sollte der Ausschuß des Gesamtverbandes wirklich gewillt sein, den Seeschiffswerften und seinem eigenen zweiten Vorsitzenden Herrn Wenck zu Gefallen den Brand einer Aussperrung zu entzünden, so möge er dabei ja nicht übersehen, daß er über den Umfang, den die Feuersbrunst dann annehmen kann, keine Gewalt hat. Diese immerwährenden Provokationen durch Aussperrungsdrohungen könnten schließlich die Geduldsfäden der Arbeiterschaft zum Reißen bringen. Die Verantwortung für die Folgen fällt auf das Haupt der Scharfmacher."

Lohnbewegungen.

Da die Elektromonteure von Stuttgart und Umgegend sich in einer Lohnbewegung befinden, ist das Stuttgarter Industriegebiet für alle Arbeiter der elektrischen Installationsbranche gesperrt.

Der Streik der Lithographen und Steindrucker in der Kunstanstalt J. C. König u. Ebhardt in Hannover wurde durch Verhandlungen beigelegt. 22 Gehilfen erhielten sofort Lohnzulagen; nach Aufnahme der Arbeit erfolgen weitere Zulagen. Für Bronzearbeiter wurde ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde bewilligt. Alle Ausständigen haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.

Das Ende der passiven Resistenz.

Wie die Blätter melden, erklärten die Angestellten der österreichischen Südbahn die Zugeständnisse der Direktion für befriedigend und nahmen die normale Arbeit in allen Stationen wieder auf.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Lemberg.

Ungefähr 1300 Bedienstete der städtischen Elektrizitätswerke sind in den Ausstand getreten. Der Verkehr auf der elektrischen Straßenbahnen ist eingestellt. Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt haben sich den Ausständigen angeschlossen.

Vereinskalender für Freitag.

Jaucherode und Umgegend. Abends 9 Uhr im Gasthof Jaucherode Volksversammlung.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. Reichstagswahlkreis. Bezirk Gittersee, Coschütz. Abends 9 Uhr im Gasthof Kleinnaundorf Mitgliederversammlung.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund (System Arends). Abends 8½ Uhr Uebungsabend für die Mitgliedschaft Dresden im Restaurant Stadt Dresden.

Sind Sie Zigarettenkenner?

Dann sind die Nachahmungen der Salem-Aleikum für Sie wertlos.

Einen wirklichen Genuss haben Sie nur von der echten. Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Stempel täuschen und überzeugen Sie sich, dass der Druck auf der Hülse lautet:

Salem-Aleikum Nr.

Orient. Tab.- u. Cigart.-Fabr. Yenidze, Inh. Hugo Zietz Dresden.

Fabrik-Ansicht

Preise: Nr. 8½ 4 5 6 8 10 / 8½ 4 5 6 8 10 Pf.

Leben • Wissen • Kunst

Zweites Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

[illegible] Kaiserin Alexandra [illegible] Gatte, [illegible] Kranz, die unter der [illegible] Krone in der Todesnacht an seinem Bette wachte, während die von den Kerzen vom Lagern fern gehaltene Gattin [illegible] und lauschend an der Tür stand, sah den Sterbenden unterhalb aus dem schlafähnlichen Zustand erwachen und mit dem Ausdruck tiefen Gemütslebens [illegible] auf seine Umgebung blicken. Auf die in solchen Momenten an ihn gerichteten Fragen, ob er Schmerzen habe und ob man ihm [illegible] Ton reichen solle, antwortete er leise mit Ja und Nein. Als gegen 9½ Uhr die gräßlichste Umgebung den Arzt herantrieb, war wieder ein Moment der Klarheit eingetreten. Sein letztes Wort war der hingehauchte Weisung: „Verbrennen". Während man seinem Wunsch erfüllte, hauchte er den Geist aus.

Bibliotheksfragen Marie v. Ebner-Eschenbach und die Bibliotheken des Wiener Volksbildungsvereins. In den hierzulande Bibliotheken des Wiener Volksbildungsvereins, der gegenwärtig mehr als 175 000 Bände ausgewählter Lektüre für das Publikum bereithält, sind, nach Mitteilung der Wiener Arbeiterzeitung, die Schriften der Dichterin Marie v. Ebner-Eschenbach, die anläßlich ihres achtzigsten Geburtstages so sehr gefeiert wurde, viel begehrt und benutzt in den größeren Bibliotheken auch in mehreren Exemplaren aufgestellt. Die genaue Statistik, die in der Zentrale des Volksbildungsvereins geführt wird, ermöglicht eine detaillierte Uebersicht über die von Jahr zu Jahr fortgesetzte Fülle der Entleihungen der Werke der berühmten Dichterin. In der Absicht, dem Publikum bei der Auswahl guter Lektüre bewährte zur Seite zu stehen, hat der Wiener Volksbildungsverein die ihm unterstehenden Bibliotheksleitungen beauftragt, Marie v. Ebner-Eschenbach gegenüber den früher mehr begehrten Romanen der Schriftstellerinnen Gräfin Ralli, Heimburg, Marlitt (welch letztere aus einzelnen Bibliotheken gänzlich entfernt wurde) und Werner zu empfehlen. Dies hatte die fast automatisch erfolgte Wirkung, daß die Werke der Ebner-Eschenbach immer mehr verlangt und gelesen wurden. Es ist zu interessieren zu beobachten, wie sich die Nachfrage des Publikums für einzelne Werke der Dichterin äußert. Am meisten verlangt wurden: „Lotti, die Uhrmacherin" und „Das Gemeindekind". Es folgen mit der größten Zahl der Entleihungen „Unsühnbar" und „Unsühnbar". Hierauf reihen sich „Glaubenslos" und „Zwei Komtessen", weiter „Meine Kinderjahre", „Dorf- und Schloßgeschichten", „Die Zwiebeln von Gemberlin". Die verhältnismäßig kleinste Zahl der Entleihungen ist für „Die arme Kleine", „Alte Schule", „Margarete", „Ein kleiner Roman" und „Die unbekannte Macht" zu verzeichnen. Bemerkenswert ist nach die verschiedene Psychologie der Leser in den einzelnen Bezirken. Während beispielsweise in Floridsdorf die Ebner-Eschenbach sehr viel angefordert wird und auch die neuerrichtete Filiale Groß-Jedlersdorf die Werke der geistvollen Dichterin lebhaft begehrt, fehlt die Hauptstadt, was die Häufigkeit der Entleihungen der Bände von Marie v. Ebner-Eschenbach anlangt, weit zurück. — Es wäre zu wünschen, daß auch aus anderen Großstädten, wo Volksbibliotheken bestehen, solche Statistiken zugänglich gemacht würden, damit das erfreuliche Erwachen des Geschmacks für gute Lektüre auf Kosten minderwertiger Unterhaltungsromane festgestellt werden kann.

Luftschiffahrt Der bemannte Flugdrache. Die rasch fortschreitenden Erfolge auf dem Gebiet der Aviatik bringen unaufhaltsam die Verwirklichung neuer Prinzipien zur Beförderung des Luftmenschen mittels Vorrichtungen, die nicht durch eigene Kraft gehoben werden. Dr. Alexander Graham Bell hat einen „Drachen" genannten Drachen konstruiert, der imstande ist, einen Menschen mit empor zu tragen. Wie das National Geographical Magazine berichtet, wurde die Vorrichtung im Dezember vorigen Jahres erfolgreich ausprobiert. Leutnant Selfridge flog damals etwa 50 Meter hoch empor und blieb über 7 Minuten lange in der Luft. Der Drache ist als tetraedrisch bezeichnet; doch wäre es vielleicht zutreffender, ihn als zweiseitiges Prisma mit abgeschrägten Enden zu beschreiben. Er mißt ungefähr 13 auf 3 Meter und 19 aus 1000 Zellen zusammengesetzt, die eine Oberfläche von rund 108 Quadratmetern haben. Sein Gewicht beträgt 85 Kilogramm. Er ist mit Aluminiumflächen im Gewicht von etwa 10 Kilogramm versehen, die ihm ermöglichen, auf einer Wasserfläche zu schwimmen. Bei den Versuchen, die in Baddeck in Neu-Schottland vorgenommen wurden, flog der Drache mit bemerkenswerter Stetigkeit und berechtigte zu der Hoffnung, daß ein mittels Motors angetriebener Flugapparat gleichen Systems ganz bedeutende Erfolge erzielen könnte.

Kleine Mitteilungen Aus Paris wird gemeldet: Der Unterstaatssekretär der schönen Künste hat einen aus Altertumsforschern und Rechtsgelehrten bestehenden Ausschuß beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch den verhindert werden soll, daß weiterhin geschichtliche Funde von Frankreich ins Ausland geschafft werden. Ferner hat der Unterstaatssekretär beschlossen, verschiedene Grotten, die an solchen Funden besonders reich sind, als geschichtliche Denkmäler erklären zu lassen. Dem Matin zufolge richtet sich diese Maßregel hauptsächlich gegen den Schweizer Hauzer, der in der Gegend von Cugnac seit längerer Zeit, angeblich für deutsche Museen Nachgrabungen in großem Umfange vornehmen und zu diesem Zwecke [illegible] Arbeiter angestellt hat. Dieser Forschungsreisende, [illegible] in anderen Gegenden [illegible] Nachgrabungen vorgenommen, hat er unserem Lande noch Schätze entführen [illegible].

Für das Verbringen der [illegible] Statistiken im Archiv der Stadt bringt eine neue Verordnung der Polizeibehörde [illegible] Interessantes [illegible]: Künftig [illegible] an der Theaterkasse [illegible]. Die Polizei hat [illegible] Umfang gemacht und für eine Uebersendung der in den Theatern aufgeführten Werke gesorgt. In China hat es bisher nur sehr wenige ständige Theater gegeben, in den meisten Städten fanden die Spiele überhaupt im Freien statt, die Zahl des Zuschauers bildete gewöhnlich nur einen allgemeinen Beitrahm für die Aufführung, bei der das Agieren der Schauspieler das Wichtigste war. Heute besteht in Kanton eine Reihe großer Theater, in denen regelmäßig Aufführungen stattfinden. Welcher Art diese theatralischen Darbietungen sind, können nur wenige Fremde erfahren. Selbst die, die der Reisegier folgen und das Dunkel nächtlig sind und hinterlassen solche Aufführungen besuchen, machen aus dem eigentlichen Sinne des Dialogs wie nicht klug. Die Einführung der Zensur stützt sich auf die Absicht, die „Moral der Bühne" zu heben.

Zeitschriften Vorkämpfer-Werke und Begleiter-Werke behandelt der Herausgeber des Kunstwarts, P. Ernestus, im neuesten Hefte seiner Halbmonatsschrift. Er wünscht den Vorkämpfer-Werken den rechten Platz, vor allem Dingen den Respekt, der ihren Autoren die Lebensmöglichkeit und Schaffensfreudigkeit bezieht. Andererseits soll die Pflege des „Neuen" aber nicht zu stark auf Kosten der „Begleit-Werke" gehen, daß dem „Alten" das Leben unmöglich gemacht ist. Das Bestreben der heutigen Kunstkritiker, nur Neuwerke und Neuwerte zu besprechen, ist nicht Vollkommenes. Es gilt, anhaltend, das Ewige, wenn es wirklich den vollen Beifall seiner Zeit hatte, zu erwerben, und beides zusammen erfordert unsere Kultur, sollen die Fundamente, auf die sie gebaut ist, fest und stark bleiben. — Dem achtzigsten Geburtstage der Marie von Ebner-Eschenbach sind ein zweiter sehr guter Artikel Willi Raths und die „Losen Blätter" gewidmet, die außer zahlreichen Proben aus den Prosawerken noch reizende Aphorismen der geistvollen Dichterin bringen. Die Anspruche des neuen Mannheimer Intendanten Ferdinand Gregori an seine Mitbeiter bildet die Einleitung zu einer Reihe von Essays über Theaterfragen, die Gregori in den nächsten Heften des Kunstwarts bringen wird. — Hohe Kritikerin schreibt den „Zeitspiel-Keller". Noch ein Dutzend recht lesenswerte Beiträge ergänzen das Heft, ferner noch mit der Novellenlage, die ein norwegisches „Trutzliedchen" und die Skizzenreihe enthält, dazu kommen die Bilder, unter ihnen hält besonders eine Heide-Landschaft von Hallock-Weithmann auf. Text, Bilder und Noten ergänzen sich aufs beste.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 23. September. Opernhaus (Abends): Nigger. Oper in drei Akten. Musik von Ludwig Thoma. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Abends): Hinz, Trauerspiel in fünf Akten von Theodor Körner. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Operetten-Abonnement 2. Reihe: Der fidele Bauer. Anfang 7½ Uhr.

Forst-Turnerschaft Dresden und Umgegend. 5. Gruppe. Sonntag den 25. September, vormittags 9 Uhr, in der Gold. Krone in Klein-Zschachwitz Sitzung des Gruppenausschusses. Es ist Pflicht aller Vereinsvorsteher, zu dieser Sitzung zu erscheinen, da eine reichhaltige Tagesordnung zu behandeln ist.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Dresden. Zentralorganisation aller Arbeitersänger und -sängerinnen. Für den Männerchor jeden Dienstag und für den Frauenchor jeden Donnerstag, abends von 8½ bis 11 Uhr, in der Zentralhalle, Fischhofplatz, Gesangsprobe und Aufnahme neuer Mitglieder. Wochenbeitrag 10 Pfennig.

VVK Sonnabend den 24. September (nicht, wie auf den Karten steht, Freitag den 23. September) abends 8½ Uhr 5. Lichtbildervortrag des Kunstschriftstellers Meißner über Gipfel deutscher Malerei: Menzel, Klinger. Eintrittskarten zu 50 Pf. sind im Bureau des Gewerkschaftshauses zu haben. — Jeder Vortrag ist für sich abgeschlossen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend Gruppen Altstadt, Johannstadt, Striesen. Freitag abend 8½ Uhr bei Klaus, Naußlitzstraße 16, Vortrag des Genossen Frähdorf über Arbeiterversicherung. Erscheinen aller Pflicht.

Gruppen Löbtau-Naußlitz, Plauen, Gorbitz. Freitag abend 8½ Uhr im Schillinghof in Löbtau gemeinschaftliche Vorbesprechung.

Gruppe Deuben. Sonnabend Wanderabend nach Wilsdruff. Abmarsch Punkt 6 Uhr vom Augustusbad Deuben.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 220 — Dresden 22. September — 1910

Höckerlipp

Das ganze Dorf feierte zum Kindesfest. Die Alten saßen auf ihren Stühlen und trafen sich schon im Friedhof. Sie tauschten sich vielfach von ihren Söhnen und Schwiegersöhnen zugeflüstert. Schlimmes und Böses, am schlechtesten erging es den alten Bäuerinnen, deren das junge Volk keinen Rock gönnte und ihnen das Essen so knapp hielt, daß die Alte zur Not vor dem Hungertod bewahrt wurde.

Die anderen im Dorfe machten nichts von dem Leid der Alten. Sie lachten darüber. Die Bauern mit ihren Weibern waren aufgemacht, ihren Wohlstand zu zeigen. Jetzt war es noch Zeit, die guten Tage mit den harten Händen festzuhalten. Aber schon wuchsen ihnen die Kinder über den Kopf, die Jungen gaben hinter den Mädchen her oder die Bauerntöchter hingen sich an einen Gesellen. Sie bekamen Kinder, ohne daß es jemand gewünscht hätte. Dann war das Unglück da; es wurde so lange an den Alten gezerrt, gequält und gebettelt, daß sie sich, um Ruhe zu bekommen, ins Altenteilchen schickten liefen.

So ging es den Bauern nach der Reihe. Nur der Bauer Tertung hielt stolz. Er dachte nicht daran, seinen Besitz vor den eigenen Kindern schützen zu müssen. Seine einzige Tochter Susanne war spröde, aber sie wollte gar einen Herrn aus der Stadt. Es gibt ein Gerede manchmal ein Mann mit ihr, aber der kam bei den Bauern für sie nicht in Betracht. Denn dieser galt nur als halber Mensch. Es war der Höckerlipp, ein schmächtiger Mensch, den niemand verstand. Er hieß Philipp und hatte ein wenig eine hohe Schulter. Was jedem anderen hätten die Dorfjungen durch ihren derben Spott einen Namen gemacht, aber Höckerlipp unterbrach den Neuen das Wort durch seinen Blick, der jedem seine Verachtung verriet. So ließ man ihn laufen.

Er wohnte bei einem Landarbeiter und studierte die Landwirtschaft aus den Büchern. Zuvor war er der Verwalter großer Güter gewesen. Susanne hatte den Höckerlipp bei einer landwirtschaftlichen Ausstellung gefunden. Da fand er bei Männern, die eifrig auf seine Erklärungen hörten. Das Mädchen verfolgte die Unterhaltung und es bewunderte Dinge, die man sich in den kleinen Höfen ihres Heimatortes nicht träumen ließ. Sie selbst hätte kaum daran gedacht, wenn nicht die Geräte und die Maschinen, die hier zu sehen waren, die Mächtigkeit seiner Gedanken bezeugt hätten. Zum erstenmal hörte Susanne über die Kleinheit und die Mängel der Wirtschaft ihres Vaters und der anderen Bauern. Als der Höckerlipp allein am Platze stand, näherte sich Susanne den aufgestellten Dingen. Als der Höckerlipp ihre Anwesenheit sah, zeigte er alles und erklärte die Anwendung. Weil sie aus einem Orte waren blieben sie beisammen. Am Abend fuhren sie zurück und wunderten noch eine Stunde zu Fuß ins Dorf.

Der Höckerlipp wußte nicht nur von Geräten und Maschinen zu reden, er erzählte dem Mädchen auch aus dem Leben. Susanne horchte auf. Das war etwas anderes, als was die Bauernburschen schwatzten. Es war auch ein anderes, als sie vom Vater hörte, der wohl beständig seine Arbeit tat und angab, aber sonst gegen jede Neuerung Mißmuten hegte. Susanne betrachtete den Höckerlipp nicht als einmal von der Seite. Er war ein kräftiger Mensch und hatte einen harten strengen Kopf. Wenn er schwieg, war sein Mund dicht geschlossen. Aber er hatte schöne Augen mit dem Ausdruck, der ihm Ruhe vor dem Spott verschaffte. Susanne vergegenwärtigte sich die jungen Bauern mit ihren groben Köpfen, den ausdruckslosen Augen. Da war keiner besonders wie er. Und Susanne dachte: wo sie nur die Eitelkeit hernahmen, diesem Menschen wegen seines kleinen unverschuldeten Fehlers demütigen zu wollen.

Der Höckerlipp bemerkte die Blicke des Mädchens, aber er verriet sein Wissen nicht. Als sie auseinander gingen, nahm er ihre Hand und schaute ihr ins Gesicht. „Es würde mir Freude machen," sagte er bittend, „wenn ich Sie wieder sehen könnte." Susanne lächelte ihn an und erwiderte ernstlich: „Gewiß werden wir uns wiedersehen. Ich muß noch vieles von Ihnen hören und lernen. Ich denke sogar dies einmal auszuführen, wenn ich es richtig verstehe und Gelegenheit dazu habe."

Zu Hause schwieg Susanne von der Begegnung. Aber sie beschäftigte sich viel mit dem Höckerlipp. Sie erzählte sogar von sich selbst; denn immer wieder während der Tagesarbeit sah sie seinen Kopf vor sich oder sie hörte die Augen eindringlichen Worte, die er zu ihr gesprochen hatte. Und dann wußte sie an Ende ihrer heimlichen Selbstgespräche, daß er der Einzige war, der ihr gefiel.

Dem alten Bauer wurde überrascht, daß seine Tochter mit dem Höckerlipp gesehen wurde. „Mädchen," sagte der Bauer im Scherz zu Susanne, „ist dieser Höckerlipp dein Freund geworden? Meinst du so wählerisch, um jetzt so anspruchslos zu sein?" Susanne erzürnte so leicht wie der Vater: „Ist es nicht gleich, ich rede mit einem krummen geraden oder einem klugen nicht geraden Menschen?" „Ich weiß nicht," sagte jetzt der Bauer ernst, „warum du sich für besser als die anderen hältst!" Susanne gab keine Antwort. Da aber der Vater fand und wartete, fragte sie: „Ist es ein Fehler, wenn ich einen geraden Verstand über gerade Glieder stelle?" „Da ist mit die nichts entgegnen," meinte der Bauer ärgerlich und ging weg.

Das Kindesfest verlief wie ein Jahrmarkt. Am Abend wanderte die Jugend den Berg hinauf zum Tanz. Aber auch die älteren Bauern fühlten sich so jung, daß sie den Burschen und Mädchen nachfolgten. Und in der Wirtschaft geizte es sich, daß die Mädchen gar nicht abgeneigt waren, in den Armen der Bauern zu tanzen. Es entstand bekanntlich eine Spannung zwischen den Burschen, den Mädchen und den Bauern. Susannens Vater sprang wie ein Jüngling, aber sie selbst stand unter der Tür und sah zu. „Tanzen Sie nicht?" Susanne schrak zusammen. Der Höckerlipp stand an ihrer Seite. „Ich habe keine Lust," erwiderte sie, „es den Armen einen fremden Menschen zu tragen." „Würden Sie aber mit mir tanzen?" „Ja," sagte Susanne und errötete. „Ich will aber niemand in Verlegenheit bringen, „erwiderte er darauf und sah das Mädchen scharf an. Aber Susanne blieb den forschenden Blick ruhig aus.

Inzwischen waren sie beobachtet worden. Die Leute wurden ohne Veranlassung eins, ihre Spannung am Höckerlipp auszulassen. Sie begannen mit ihren Bosheiten, darum und derb. Und sie schonten auch Susanne nicht. Aber die beiden kümmerten sich nicht darum. Sie vergaßen alles, die Tanzenden, sie hörten nicht den Spott und die Trompetenstöße, die eine schlechte Musik machten. Sie waren ganz in sich verloren und gewannen sich in dieser gedächtnellen Stille. „Warum sind Sie hier herausgekommen?" fragte Susanne den Höckerlipp. „Ich wußte, daß Sie da sind," antwortete er. „Ich wollte Sie prüfen, ob Sie nicht eitel sind. Das ist für mich sehr wichtig. Sie hätten mich auch vor all den versammelten Leuten verlangen können." Susanne schwieg eine Weile. Dann sah sie den Höckerlipp an und es entfuhr ihren Lippen: „Ich glaube, daß wir zusammen gehören." Der Mann wollte ihre Hand küssen, aber sie zog sie zurück. Die Musik schwieg und beide hörten wieder die Witze der Burschen und das Lachen der Mädchen. Susanne erröterte und sagte lachend: „Wir müssen allein sein. Sie stehen uns in die Nacht hinein."

Beide gingen weg und liefen langsam den Berg herunter. Sie schwiegen und hatten die Arme ineinandergelegt. Unter einem Baume legten sie sich auf die Bank und hingen ihren geheimsten Gedanken nach, die sich berührten und doch der Worte scheuten. Sie hörten die Trompetenstöße und das Schreien, sie sahen die unruhigen, erleuchteten Fenster der Wirtshäuser. Die Nacht lag unter Wolken, nur in der Ferne stand ein wunderbares Blau über die Tannengipfel. Manchmal trieben die Farbe an den Bäumen herunter.

Der Mann zog Susanne an sich. Er sagte: „Die lustige Gesellschaft hat uns in die Nacht hinausgekuppelt, denn sie können nicht wissen, wie schön es in dieser Einsamkeit ist." Susanne rückte aus dem Kopf. Sie wagte sich nicht zu bewegen, so war ihr Herz voll. Sie sahen sie lange, bis oben die Lichter erloschen und der Zug unter besseren Trompetenstößen bergab kam.

Der Bauer Tert lief acht Tage lang wie ein Verrückter im Torfe umher. Aber es half ihm nichts. Susannens Liebe und der Witze des Höckerlipp waren stärker als sein Bauernkopf. Er mußte es mit ansehen, wie diese zwei wirtschaftlichen, ordentlichen und einfachen. Aber es geschah ihm nichts Arges dabei. Er mußte nicht einmal die Welt vom Altersstandpunkt aus betrachten. Und wenn der gerade Bauer an Feiertagen stolz neben den Frauen ging, fragten die alten Weibchen und die gebückten Bauern. Sie glaubten, nun wäre die Welt anders werden und besser, wenn ein Bauer sein Geschlechtsstolz so aufrecht neben der Jugend trug.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer

14

Wie sehr vieles sprunghaft in Karl Weik war, wie absichtlich und unabsichtlich vieles paradox bei ihm klang, wie sehr er auch immer zu sich selbst zurückkehrte, auf Philipp übte er eine starke Wirkung aus. Er lag ihm deutlich in der Linie vom kleinen Herz zum Spengler Schlüssel, und Philipp schien, er erfüllte ihm dieses, was jene nur begonnen hatten. Und daß er diese Linie so deutlich sah, das war ihm ein Beweis, wie stark von dieser Seite eine Einwirkung auf ihn geschehen sein mußte, ohne daß er sich so recht darüber Rechenschaft gegeben hatte. Weil rih ihm dieses ein, oder wenn er sich dann Zeit genommen hatte, darüber klar zu werden, so bemerkte er, daß

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

er auf der [illegible] [illegible] Philipp fühlte ein [illegible] und meinte, es sei auch schon ein [illegible], weil es in den Theorien immer [illegible] und schwerer wurde. —

In der Konferenz saßen die Aerzte des Sanatoriums zusammen und beratschlagten über einen besonderen Fall, über den sie sich nicht einigen können. Es handelt sich um eine Kranke, die sich in einem Zustande nervöser Ueberreizung die Brust verwundet hat, so daß der Abteilungsarzt erklärt, die Brust müsse abgenommen werden. Er ist kein guter Chirurg und möchte die Amputation nicht ausführen. Der Direktor ist zunächst von der Notwendigkeit der Amputation nicht überzeugt.

Philipp kennt den Fall nur aus dem Bericht, aber er glaubt, die Amputation sei wohl unvermeidlich. Außerdem ist er bereit, sie auszuführen.

„Kennen Sie Fräulein Melanie Güßfeld, Herr Kollege Kaiser?“ fragte der Direktor.

Philipp verneinte.

„Es ist doch ein Jammer, ihr die Brust zu amputieren“, meinte der Direktor. „Sie ist jung und schön, wenn es nicht unbedingt sein muß, daß sie verunstaltet wird, wollen wir es nicht tun. Ihre Krankheit rührt nur von Ueberarbeitung her, und wir müssen auch an ihren Beruf denken, ehe wir die Operation vornehmen: sie ist Geigerin und tritt öffentlich auf. Bedenken Sie, was es für ein Nachteil für sie sein kann, wenn ihr die linke Brust fehlt.“

Philipp belächelte ein wenig den alten, gutmütigen Direktor. Er erwiderte:

„Das halte ich für das Schlimmste nicht. Da kann nachgeholfen werden. Ueberhaupt ist das ja gar nicht so schlimm. Wie viele Frauen sind in der gleichen Lage!“

Der Abteilungsarzt verfocht seine Meinung von der Notwendigkeit der Amputation mit Eifer.

„Ich muß darauf bestehen, daß die Operation vorgenommen wird. Sie ist notwendig. Eine Heilung ist ausgeschlossen. Zudem ist Fräulein Güßfeld tuberkulös. Ich befürchte, wir schaden ihr nur, wenn wir die Sache aufschieben.“

Es wurde weiter beraten. Schließlich setzte der Direktor durch, daß man sich noch auf eine Frist von drei Tagen einigte. Sollte dann die Amputation notwendig sein, so solle sie von Philipp ausgeführt werden. Er möge bis dahin bei der Behandlung assistieren.

Philipp war froh, wieder einmal Gelegenheit zu haben, eine vernünftige Operation auszuführen.

Fräulein Güßfeld lag bleich in den weißen Kissen, als er eintrat. Ein leichtes Rot, nur ein Hauch, flog über ihre Wangen, als sie den fremden Arzt sah. Er untersuchte die kranke Brust, über sie gebeugt und mit vorsichtigen Fingern die kranken Stellen betastend. Als er sich wieder aufrichtete, hingen zwei große, fragende Augen heiß an seinem Munde.

Philipp strich sich ein paarmal über die Stirne und an seinem Bart. Dann wandte er sich zu seinen Kollegen. Sie traten in die Fensternische und besprachen sich.

Dann traten sie wieder ans Krankenbett.

„Muß ich die Brust verlieren?“ fragte Fräulein Güßfeld leise.

Nun ward Philipp doch verlegen. Der Arzt wußte sofort die Antwort. Nun verlegte sie ihm der Mensch.

Er sah diese ängstlichen Blauaugen, deren Pupille ganz weit und dunkel wurde, während die Iris immer mehr ins Graue blaßte. Das blonde Haar, das in zwei dicken Gretchenzöpfen links und rechts zu seiten des Kopfes lag, und der halboffene Mund, der nach seinem Worte dürstete. Das packte ihn. Das Oval des Kopfes hob sich zart von dem Weiß der Kissen ab, das Haupt lag wie aus Marmor herausgemeißelt da. Da sah Philipp, daß die Kranke schön war. Die feine, gebrechliche, verlangende Schönheit der Schwindsüchtigen. Alles Werden und Scheiden, alles Dunst und Geheimnis [illegible].

Er fühlte eine Hitze in seinen Schläfen und sah abwesend zu ihr hin. Er konnte nicht antworten. Dies junge, zarte Geschöpf dauerte ihn. Der Arzt kämpfte gegen den Menschen.

„Haben Sie sehr Schmerzen?“ fragte er.

„Nur ein Brennen, — ich ertrage es nicht allzu schwer“, antwortete sie halb flüsternd.

„Und haben Sie es beständig?“

„O ja wohl, beständig.“

„Hm, hm!“

Er mußte wieder an seinem Barte und starrte sie abwesend an.

„Herr Doktor, bitte, sagen Sie mir doch, muß ich sie verlieren?“

„Gott, Fräulein“, — und nun quetschte es sich heraus — „es wird wohl nichts anderes übrig bleiben.“

Ihr Kopf fiel [illegible] weiß. Grauen [illegible] aus den Augen. Die Hände griffen [illegible].

„Nicht wahr“, sagte er begütigend, „Sie wollen doch gesund werden?“

Sie schluchzte nur.

„Und es gibt nur die eine Möglichkeit.“

„Ja, ich glaube es Ihnen ja.“

„Es wird nicht weh tun.“

„Nein? — Aber ich werde dann nur eine Brust haben.“

Das Blut schoß ihr in die Wangen, als sie das gesagt hatte.

„O!“ lächelte er, „das haben tausend Frauen nicht anders.“

„Es ist häßlich. Es wird sehr häßlich sein!“

Sie sah ihn wieder voll an, in den Augen die fragende Angst.

„Was heißt das?“ Er war verlegen. „Das ist nicht so schlimm, Fräulein. Das läßt sich verbergen. Denken Sie, Sie verlören ein Auge. Oder Sie hätten ein Mal im Gesicht. Das wäre doch viel schlimmer. Nein, darum machen Sie sich keine großen Sorgen, das ist das Schlimmste nicht.“

„Werden Sie die Operation ausführen?“

„Ja, ich.“

Sie griff mit beiden Händen nach seiner Hand. Das Rot in seinem Antlitz brannte und hämmerte.

„Gott, Herr Doktor!“

„Regen Sie sich nicht unnötig auf, bitte!“

„Und Sie meinen —“

Sie brauchte nicht zu vollenden.

„Das ist doch nur eine Eitelkeit von Ihnen. Die Gesundheit geht doch vor. Wenn Sie es erst einmal fertig gebracht haben, sich darauf einzustellen, wird's Ihnen gar nicht mehr so arg vorkommen. Regen Sie sich nicht auf. Es wird ganz rasch vorübergehen, und ich nehme nicht mehr weg, als sein muß.“

„Nun, so machen Sie's. Tun Sie's, Herr Doktor, — Wann denn?“

„Je eher, desto besser.“

„Heute?“

„Morgen!“

„Tun Sie's morgen.“

Und sie preßte ihm heiß die Hände.

„Das ist vernünftig von Ihnen, Fräulein.“

Sie ließ seine Hand los und lag matt und regungslos da.

Philipp stand noch an ihrem Bette und zupfte sich den Bart. Er wußte nicht, was ihn hielt.

Der Kollege kam von einem weiteren Besuch zurück. Er war gegangen, als die Untersuchung erledigt war und die private Unterhaltung begonnen hatte.

„Wir machen es morgen, Herr Kollege. Fräulein Güßfeld ist damit einverstanden.“

„Sehr schön.“

Die Kranke regte sich nicht. Plötzlich nahm sie wieder Philipps Hand.

„Sind Sie musikalisch?“

„Ein wenig.“

„Können Sie mit einer Geige umgehen?“

„O ja.“

„Stimmen?“

„Auch das.“

„Bitte, nehmen Sie dort meine Geige und stimmen Sie sie. Ich höre schon tagelang, wie die Saiten nachgeben, und das ist mir so schrecklich. Es ist mir, als sei der Geige ein Leid. Sie liegt in ihrem Kasten wie ein Toter im Grabe, dem man vergessen hat die Augen zuzudrücken. Und ich leide so entsetzlich darunter. Bitte, Herr Doktor!“

Philipp nahm die Geige und stimmte sie. Sie sagte ihm, wie er noch ein wenig nachhelfen sollte. Einen leichten Druck am Sattel, ein klein wenig lockern.

„Streichen Sie, bitte, noch einmal an. So ist's gut. Danke! Und Sie sagen, daß ich wieder gesund werden würde nach der Operation?“

„Wenn Sie sich schön ruhig verhalten wollen. Keine Aufregung. Nur ganz ruhig. Dann werden Sie wieder gesund werden.“

„Und die Lunge?“

„Das wird sich schon ausheilen.“

„Ich werde Ihnen in allem folgen, Herr Doktor. Ich werde Ihnen gerne folgen. Sie können die Operation heute schon vornehmen, wenn Sie wollen.“

„Also morgen!“

Er reichte ihr die Hand und verabschiedete sich. —

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

82. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte

Königsberg, 20. September.

Heute früh vereinigte sich eine größere Anzahl von Abteilungen der naturwissenschaftlichen Hauptgruppe zu einer gemeinsamen Sitzung, in der zunächst Dr. Caro-Berlin einen Vortrag über „Moorkultur und Torfverwertung“ hielt. In Holland, führte er aus, besteht eine ausgebreitete „Vehnkultur“, indem die Moore abgetorft werden, der gewonnene Torf als Brennmaterial nach den Städten gebracht wird, und die abgetorften Flächen mit städtischen Abfällen und künstlichen Düngemitteln gedüngt und in blühende Wiesen und Felder verwandelt werden. In Deutschland kann die Verwertung des Torfs als Brennmaterial als ausschlaggebender Faktor für die Moorverwertung nicht in Betracht kommen. Die Hochmoorkultur, die man hier versuchte und die die landwirtschaftliche Behandlung des Moorlandes ohne Verwertung der Moorsubstanz ermöglichen soll, scheiterte bisher, vor allem, weil es nicht gelang, die wirtschaftliche, beständig wirkende Entwässerung des Torfs durchzuführen. Aber dem Vortragenden ist es gemeinsam mit Professor Frank-Charlottenburg gelungen, ein Verfahren auszuarbeiten, bei dem die bisherigen Uebelstände vermieden werden; der Torf wird in Generatoren der Einwirkung von Luft und Wasserdampf unterworfen, und dabei wird die gesamte Torfsubstanz (mit Ausnahme der Asche) in ein heizkräftiges Gas verwandelt und daneben noch eine Reihe wertvoller Nebenprodukte gewonnen. Hierdurch sind die Moore Kraftquellen ersten Ranges geworden, denn das gewonnene Gas eignet sich wegen seiner Reinheit und konstanten Zusammensetzung besonders zur Gewinnung von Elektrizität, was für Deutschland mit seinen nur wenig ausgebauten Wasserkräften von besonderer Bedeutung ist. Das Verfahren wird ganz besonders dadurch wirtschaftlich, daß bis zu 85 Prozent des im Torfe enthaltenen Stickstoffs in Form von Ammoniak gewonnen werden, das zur Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak dient, einem in der Landwirtschaft gut bewährten Düngemittel. Die Moore werden also durch dieses Verfahren in die Reihe der wichtigsten Elektrizitäts- und Kraftquellen erhoben, und gleichzeitig kann die Landwirtschaft mit billigen, im Inlande hergestellten Düngemitteln versorgt werden. Die letzte Frage ist von besonderer Bedeutung — werden doch jährlich für 150 Millionen Mark Düngemittel vom Auslande, fast ausschließlich in Form von Salpeter, bezogen. Das größte Stickstoffreservoir besitzen wir in unserer Atmosphäre, und es sind bereits verschiedene Methoden zur Verwertung des Luftstickstoffs in die Industrie eingeführt; aussichtsreich erscheint neben der Herstellung von künstlichem Salpeter nach dem Verfahren von Birkeland und Eyde namentlich das Verfahren von Professor Frank und dem Vortragenden, Kalkstickstoff zu erzeugen, der entweder direkt oder nach Umwandlung in schwefelsaures Ammoniak in der Landwirtschaft Verwendung findet.

Auch der folgende Vortrag von Hennig-Berlin über „Aeronautik vor Montgolfier“ fand den dankbaren Zuhörerschaft statt. Bekanntlich ist der erste Luftballon, der mit Hilfe erwärmter Luft in die Höhe stieg, von Montgolfier im Jahre 1783 konstruiert worden. Daß das Sehnen der Menschen von jeher auf die Erhebung in die Lüfte gerichtet war, beweisen die vielen Flugsagen, die wie ähnlich der Dädalus-Ikarus-Sage in allen Teilen der Welt finden. Es sind auch sicherlich in allen Zeiten schon manche Versuche unternommen, mit Hilfe von Flugapparaten, meist in Verbindung mit Nachahmungen der Flügel der Vögel, in den Luftraum aufzusteigen. Doch können diese Versuche nicht als Vorgänger der Montgolfieren bezeichnet werden, wohl aber führt von dem Drachen, der als Feldzeichen benutzt wurde, eine gerade Entwicklung bis zum [illegible] Montgolfiers. Aus China kam dieses Feldzeichen [illegible], und in der großen Mongolenschlacht im Jahre 1241 soll der [illegible] Drachen der Feinde einen panischen Schrecken im Heere der Christen verursacht haben. Später nahmen die europäischen Völker ihn auf und entzündeten ebenfalls in seinem Innern ein Feuer, zunächst wohl, um das Zeichen auch bei Nacht weithin sichtbar zu machen, dann aber auch wohl, um die Gegner zu schrecken. Wenn man der Drache nicht auf einer Stange getragen wurde, sondern wenn der Reiter ihn, wie viele bildliche Darstellungen zeigen, lustig im Winde flattern ließ, so mußte man bemerken, wieviel leichter er aufstieg, wenn das Feuer in ihm entzündet war. Es brauchte nur noch eine [illegible] andere Form zu bekommen, um das schwere Gewicht der [illegible] Luft zu verhindern, und der Warmluftballon, die Montgolfiere, war fertig. — Merkwürdig ist auch, daß in den vielen phantastischen Projekten, die im 16. und 17. Jahrhundert sich [illegible], manches eine theoretisch richtige Grundlage, [illegible] [illegible] [illegible], und daß manche bereits in die Praxis übergegangene Erfindung sich bei ihnen verfolgen, wie der Fallschirm, den der jetzt wieder viel genannte Jules Verne des 17. Jahrhunderts, Cyrano von Bergerac, in seinen Romanen verwendet. Sehr [illegible] und umfassende Studien über das Ausgreifen des [illegible] auch der berühmte Maler Leonardo da Vinci angestellt; er erwähnte auch die Absicht, einen Flugversuch zu unternehmen, doch ist nichts darüber bekannt, ob er diese Absicht auch verwirklicht hat.

Zur gleichen Zeit hielt heute die medizinische Gruppe eine Gesamtsitzung aller Abteilungen ab, in welcher Dr. Wassermann-Berlin über „Die Bedeutung des Spezifitätsbegriffs für die moderne Medizin“ sprach. Er führte aus: Die heutige Epoche der Medizin ist im Gegensatz zu der vergangenen rein [illegible] [illegible] gerichtet. Es wird nicht mehr der Zerstörung des Gewebes, sondern von der Durchforschung des lebenden Organismus beherrscht, sie ist Biologie im weitesten Umfange. Die Grundidee der modernen Epoche der Medizin ist mit dem einen Worte „Spezifität“ zu bezeichnen. Dieser Begriff wurde zuerst in strenger Form von Robert Koch in die Medizin eingeführt, der sein Gesetz der Spezifität aufstellte, wonach jede Infektionskrankheit durch einen ganz bestimmten Erreger hervorgerufen wird, der für die betreffende Krankheit spezifisch ist. Vor rund 20 Jahren erschien Ehrlichs Arbeit, wonach der Organismus in Reaktion auf die Einverleibung von Bakterien oder deren Giften mit der Erzeugung von gewissen Gegenstoffen antwortet, die ebenfalls spezifisch sind. Weiter zeigte sich bald, daß der Spezifitätsbegriff nicht auf Bakterien beschränkt ist, sondern alle möglichen Zellen tierischer und pflanzlicher Herkunft umfaßt. Das Protoplasma jeder einzelnen Tierart erwies sich als spezifisch, so daß bei Einverleibung in den Organismus nur ihm entsprechende Reaktionsprodukte hervorgebracht werden. Bei der Serodiagnostik der Syphilis zeigte sich, daß diese Spezifität nicht auf Eiweißstoffe beschränkt ist, und damit eröffnete sich mit einem Schlage ein neues Gebiet. Die Spezifität einer Zelle besteht darin, daß sie zu einer chemischen Substanz eine andere Affinität hat als alle übrigen Zellen oder Gewebe des Organismus, und der therapeutische Fortschritt besteht nun darin, diese Substanz herauszufinden. Dadurch ist eine zielbewußte, experimentelle Therapie möglich geworden, deren vielfache Erfolge der Redner darlegt; sie führte zur Ausbildung einer zielbewußten Chemotherapie, deren jüngstes, vielverheißendes Kind das Ehrlichsche Präparat 606 ist. — In der Nachmittagssitzung der dermatologischen Abteilung berichtete eine Reihe von Forschern über ihre Erfahrungen mit diesem Heilmittel, woran sich eine ausgedehnte Debatte schloß. Auf diese werden wir morgen zurückkommen.

Theater An der Bahre von Josef Kainz. Die Teilnahme, die an die Bahre von Josef Kainz herandrängt, ist eine außerordentliche, unbeschreibliche. Aus aller Welt kommen zu Tausenden Briefe und Depeschen, und die Kränze und Blumen häufen sich zu Bergen. Viele hervorragende deutsche Künstler der Bühne sprechen ihr Urteil über Kainz in der Presse aus. Sein Werk, seine Persönlichkeit steht allen als etwas Großes, Starkes, Einziges vor Augen. Die Mitglieder des Deutschen Theaters zu Berlin, mit dessen Geschichte der Name Kainz so eng verknüpft ist, telegraphieren nach Wien: „Mit der gesamten deutschen Schauspielerwelt sind wir uns bewußt, daß Josef Kainz ein [illegible] leuchtendes Vorbild war, und wir empfinden in schmerzlicher Bewegtheit, daß sein Verlust für die deutsche Schauspielkunst unersetzlich ist. Das Andenken an den Künstler und Menschen bleibt lebendig.“ Das Gefühl, daß hier der Tod eine Lücke gerissen hat, die nicht wieder zuwachsen wird, bringt sich einigen Künstlern mit bitterer Macht auf. Irene Triesch vom Berliner Lessing-Theater schreibt: „Es ist ein hartes und grausames Schicksal, daß Josef Kainz auf der Höhe seines Ruhmes und seiner Leistungen zusammenbricht. Ja, er wird uns fehlen. Wir haben ja keinen, der uns ihn ersetzen könnte! Wo ist denn heute ein jugendlicher Liebhaber, der dieses Feuer und diese Begeisterungsfähigkeit hätte! Das ist noch nicht einmal das Schlimmste, daß er dem Publikum fehlen wird. Viel schlimmer ist, daß keine jungen Schauspieler von ihm lernen können. Was hat Kainz nicht alles angeregt! Er verstand es ja wie sonst niemand, sich jedem zu öffnen und alle anzuregen, die mit ihm zusammenkamen. Es sprudelte aus ihm wie aus einer lebendigen Quelle, die nie versagt.“ Und vergißt Irene Triesch: von der Art, wie Kainz Menschen charakterisierte, wie er seine Gestalten aus dem Werk der Dichter herausmeißelte, läßt sich sagen und lernen, und das eben braucht die Generation der jungen Schauspieler.

Prof. Dr. Schnitzler und die den großen Künstler behandelnden Aerzte legten eine authentische Darstellung des Krankheitsverlaufs fest. Diese Kundgebung der Aerzte hat folgenden Wortlaut: Seit dem Herbst des Jahres 1909 litt Kainz an Darmbeschwerden von verschiedener Art und wechselnder Intensität. Im Mai laufenden Jahres, nach der Rückkehr Kainz nach Wien, konnte bei ihm die Natur seines Leidens festgestellt werden. Es wurde ein hochgradiges, bösartiges Neugebilde mit beginnender Verengung des Darmes konstatiert. Nun erst berichtete der Kranke über hochgradige langwierige Beschwerden, die er auf der Bühne nur mit Aufbietung ungewöhnlicher Willenskraft überwunden hatte und die einmal sogar zu einem Ohnmachtsanfall hinter der Szene geführt hatten. Zu der Vornahme der unbedingt notwendigen Operation willigte Kainz infolge dieser Beschwerden sofort ein, obwohl ihm die Schwere des Eingriffs nicht verschwiegen wurde. Neben der Natur seines Leidens wurde er [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible] [illegible] Operation über die bösartige Natur des [illegible] [illegible]. Ebenso wurde sein Krebsverdacht [illegible] [illegible]. Bei der Operation konnte die Neubildung gründlich entfernt werden, und die nach der chirurgischen Radikaloperation [illegible] [illegible] gelangen sich nach [illegible] der Rückbildung. Die [illegible] Untersuchung des entfernten Darmabschnitts durch den pathologischen Anatomen Dr. [illegible] bestätigte die klinische Diagnose und die [illegible] Entfernung [illegible]

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220. | Dresden, Donnerstag den 22. September 1910. | 21. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung, Mittwoch den 21. September 1910.

Dietz verliest vor Eintritt in die Verhandlungen Begrüßungstelegramme vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund Rußlands und von der Bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sowie ein Beileidstelegramm der Genossin Luise Gerisch im Namen ihres verstorbenen Gatten.

Sodann gibt **Klement-Kaiserslautern** folgende Erklärung ab: Ich habe den Antrag 94 (Einsetzung einer Studienkommission) nur unterzeichnet unter der Voraussetzung, daß in diesem Antrag die Zustimmung des gesamten Parteivorstandes zu der verlangten Kommission enthalten sein würde. Da dies nicht geschehen ist, ziehe ich meine Unterschrift zurück. (Lachen bei den Süddeutschen. Frank ruft: Engländer!)

Es wird noch mitgeteilt, daß die Anträge 7, 1, 2, 47, 57, 60, zugunsten des Antrages 94 zurückgezogen sind.

Hierauf wird die Diskussion über die Budgetbewilligung eröffnet.

Panzer-Bayreuth:

Ich habe auf dem Nürnberger Parteitag der Erklärung der Fraktion zugestimmt, um damit den Abgeordneten bei der Agitation im Lande den Rücken zu decken und in der Voraussetzung, daß in Zukunft die Fraktionen sich mit dem Parteivorstande in Verbindung setzen werden, bevor sie dem Budget zustimmen. Mitten in die Vorbereitungen zur Reichstagswahl kam die badische Budgetbewilligung hinein, und die Genossen in Nordbayern, speziell in den kleinen Kreisen, die zunächst damit einverstanden waren, daß ihre Vertreter die Erklärung der 66 unterschrieben haben, haben sich entschieden gegen die badische Fraktion gewandt. Grade die Kommentare der badischen Presse bestärkten die nordbayrischen Genossen in der Ueberzeugung, daß hier wieder ein dummer Streich gemacht worden. Die bürgerliche Presse hat die Badenser sehr gelobt, wohl in der Hoffnung, daß es zu einem Konflikt in der Partei kommen könnte. Angesichts dieser Sachlage sehe ich mich deshalb außerstande, hier wieder der badischen Fraktion den Rücken zu decken und bin genötigt, für die Resolution des Parteivorstandes und den Zusatzantrag Zubeil zu stimmen. (Hört! Hört! bei den Südd.)

Fast in allen Kreisen Nordbayerns sind geharnischte Resolutionen gegen die Badenser angenommen worden. Der Antrag auf Einsetzung der Studienkommission wäre nur diskutabel, wenn er unabhängig von der badischen Budgetbewilligung behandelt wird. Die jetzigen Auseinandersetzungen werden uns sicherlich bei den Wahlen Abbruch tun. Es ist sehr zu bezweifeln, ob der Arbeiterbevölkerung wirklich solcher Schaden erwachsen wäre, wenn man das Budget verweigert hätte. Ich begrüße es, daß die Diskussion diesmal nicht den geradezu feindseligen Charakter trägt wie in Nürnberg. Die Genossen in der Provinz verlangen freundliche Lösung der Frage, aber sie verlangen auch, daß die Parteitagsbeschlüsse gehalten werden. Wer nicht so handelt, stellt sich von selbst außerhalb der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Auer-München:

Bebel hat gestern zwar äußerst scharf, aber streng sachlich und tatsächlich gesprochen. So müssen Diskussionen unter Parteigenossen geführt werden. Dabei hat Bebel einen schönen Humor entwickelt, der ihm Anspruch auf das Ehrenbürgerrecht in München-Capua gibt. Bebels Haltung steht in wohltuendem Gegensatz zu der mittelalterlich-mönchischen Ketzerverfolgungswut anderer Genossen. Aber bei aller Verehrung, die ich für Bebel hege, muß ich ihm in mehreren Punkten widersprechen. Ich weiß von Parteitagen und von Berliner Versammlungen, wo vom Erheben der Rebellion gesprochen wurde, wenn es so entschieden wurde, wie es dem Genossen Bebel paßte.

Ich muß das in eine Linie stellen mit den Disziplinbrüchen, wenn von Meuterungen und Prophezeiungen gesprochen wurde, worüber ich, soll man sich hüten, von derartigen Dingen zu sprechen, wenn man im Glashause sitzt. Und der Kladderadatsch ist bis heute noch nicht eingetroffen. (Sehr gut! und Unruhe. Zuruf bei den Linken: Das ist wohl Ihr bestes Argument!) Man hat 1893 auf dem Parteitage in Köln den Gewerkschaften die Existenzberechtigung abgesprochen. (Oho!) Ja, Genossen, Sie scheinen ja die Protokolle nicht zu kennen. (Widerspruch.)

In Köln wurde davon gesprochen, daß die Gewerkschaften in ihrer Wirkungskreis gleich Null sind, und heute haben wir über drei Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaften. Man sagte, die Arbeitslosenversicherung führe zur Versumpfung und heute ist sie ein wichtiges Kampfmittel der Gewerkschaften. Es gibt keine Taktik, die für alle Zeiten geeignet ist. Die Wähler wollen sehen, was wir ihnen bringen. Sie erwarten praktische Erfolge und nicht nur Reden. Wir begreifen wirklich sehr wohl die ungeheuer schwierige Stellung der preußischen Genossen gegenüber dem Junkertum und im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht.

Aber Sie begreifen unsere Stellung nicht, Sie begreifen nicht, daß jeder Fortschritt der Demokratie im Süden eine Stütze ist im schweren Kampf der preußischen Genossen, daß der immer schärfere Gegensatz zwischen dem norddeutschen Junkertum und dem demokratischen Süden die preußische Wahlrechtsbewegung mächtig fördern hilft. Das Nichtverstehen ist auf Ihrer Seite, nicht auf unserer Seite. Wenn Sie von uns die Ablehnung des bayrischen Budgets verlangen, befinden Sie sich in Gesellschaft des feudalsten Aristokraten, des reaktionären Grafen v. Oratzheim, des früheren bayrischen Ministerpräsidenten. (Gelächter.)

Ich habe in Frankfurt 1894 gegen die Budgetbewilligung in Bayern gesprochen, aber ich habe mich weiter entwickelt und es wäre mir lieber, wenn sich recht viele Genossen auch weiter entwickeln würden. (Aroho! bei den Südd., Gelächter bei der Mehrheit.) Im Jahre 1894 stand Timm in Ihrem Lager und Geck in unserem. Wundern Sie sich doch die Erklärung von Geck an, die er damals unterschrieben hat. Ich nehme es ihm gar nicht übel, nur ist die Frage, wer sich vorwärts entwickelt hat und wer nicht. (Sehr richtig!) Bebel sagt, die Gewerkschaften würden sich das, was ist, nicht länger gefallen lassen. Wenn es nicht Bebel gewesen wäre, würde ich einen Versuch vermuten, einen Keil zwischen Partei und Gewerkschaften zu treiben. (Zustimmung bei den Südd.)

Aber gerade bei uns in Bayern arbeiten Partei und Gewerkschaften im besten Einvernehmen. Und nun möchte ich noch den Parteivorstand um die Beantwortung der Frage bitten, wie wir es mit dem Budget in den bayrischen Landräten halten wollen. Der pfälzische Landrat gibt ungefähr 10 Millionen für Erziehung und Bildung, für Industrie und Kultur, für Bauten, Gesundheitspflege usw. aus, für andere Zwecke keinen Pfennig. Das sind Instrumente des Klassenstaats. (Zustimmung bei den Südd.) Die Mittel werden durch direkte Steuern und Staatszuschüsse aufgebracht. Das nun noch eine weitere Frage: Wie stellen sich Bebel und der Vorstand zum Zusatzantrag der Berliner. Will der Vorstand die Hand dazu bieten, ein Ausnahmegesetz zu schaffen, das mit den klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts im Widerspruch steht? (Bewegung, lebhaftes hört! hört! bei den Südd. Pfannkuch ruft: Glauben Sie, das wissen wir nicht! Große Unruhe.) Sie (zur Linken) sind die Zerstörer der Partei. (Beifall bei den Südd.)

Rosa Luxemburg:

Auch bei der größten Aufmerksamkeit war aus den Reden von Frank, Kolb und Genossen nicht ein einziges übergeugendes Argument für die Notwendigkeit der Budgetbewilligung herauszuhören. (Zustimmung und Widerspruch.) Auch nicht ein einziges neues Moment wurde in die Debatte gebracht, die wir nun schon leider seit 16 Jahren in der Partei haben. In seiner großen Verteidigungsrede hat der Korreferent Frank selbst zugeben müssen, daß unsere Genossen im badischen Landtage auf keinem einzigen Gebiete unsere prinzipiellen Forderungen wirklich durchgesetzt haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich erkenne mit Freuden an, daß die badischen Genossen ihre Forderungen aufgestellt haben. Sie haben schließlich doch immer nur Lappalien errungen. Sie haben nach Goldschätzen gegraben und waren froh, wenn sie Regenwürmer fanden. (Oho! bei der Minderheit. Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das Prunkstück der badischen Genossen ist das neue Schulgesetz. Haben Sie nicht alle heftiges Herzklopfen gekriegt (Zuruf: Nein! Heiterkeit), als geschildert wurde, daß wir einen Schularzt errungen haben? Jetzt werden gewiß die traurigen Gesundheitszustände der badischen Schuljugend in radikaler Weise verbessert werden. (Heiterkeit.) Ich will als Nicht-Badenserin mir kein kompetentes Urteil über das Schulgesetz anmaßen, aber ich bin in der glücklichen Lage, das Zeugnis eines Badensers anzuführen, und zwar eines solchen, der zu den Budgetbewilligern gehört. (Hört, hört! bei der Mehrheit.)

In dem von einem Freunde Kolbs und Franks redigierten Lörracher Parteiblatt erschien ein Artikel, in welchem über das neue Schulgesetz u. a. stand: „Das Gesetz ist zwar ein Produkt des Großblocks, aber die alten, liberalen Forderungen: Trennung von Schule und Kirche, sind nicht zur Geltung gekommen. (Hört, hört!) . . . Für Kinder, die in einer Religionsgemeinschaft aufgenommen sind, besteht die Verpflichtung, den Religionsunterricht dieser Gemeinschaft zu besuchen... Soweit man bis jetzt beobachten konnte, hat das neue Schulgesetz bei der Bevölkerung keine gute Aufnahme gefunden, und namentlich die Lehrerschaft ist mit dem Gesetz unzufrieden . . . Auf eine große Lebensdauer wird das Gesetz nicht hoffen können." (Hört, hört!) So sieht die glänzendste der Errungenschaften der praktischen Politik im badischen Landtage in der eigenen Beleuchtung eines Anhängers dieser Politik aus.

Die zweite große Errungenschaft, auf die hier hauptsächlich gepocht wurde, ist das neue Gemeindegesetz. Auch zu dieser neuen Errungenschaft hat ein Budgetbewilliger einen Kommentar gegeben. In einer meiner Versammlungen im Wiesental trat der Genosse Adolf Müller gegen mich auf. Er feierte den Fortschritt, den die Sechsteilung gegenüber der Zwölfteilung bedeute, und sagte dann weiter: Wir sind nicht einmal in der Lage, dies neue Wahlgesetz wirklich auszunutzen, weil wir nicht die nötige Zahl von wirtschaftlich unabhängigen Leuten als Kandidaten aufstellen können. (Hört, hört!) Denn, so sagte Müller, es genügt, daß wir einen Proletarier als Gemeinderatskandidaten aufstellen, damit er sofort aus seiner Werkstelle fliegt. (Hört, hört!) Das sind die besonderen politischen Verhältnisse in Baden. Und fragen Sie mal die ausgemergelten Textilarbeiter im Wiesental, wer sie aus der Brotstelle fliegen läßt? Sie werden Ihnen antworten, das sind unsere Blockbrüder, die Nationalliberalen. (Stürmisches Sehr gut! bei der Mehrheit.) So sehen die besonderen Verhältnisse aus, wenn man sie näher betrachtet. Aber selbst, wenn die Badenser statt Lappalien epochemachende Erfolge errungen hätten, so bleibt doch die Frage bestehen: was hat denn das alles mit der Budgetbewilligung zu tun? (Sehr richtig!)

Hängt das Schicksal eines dieser epochemachenden Gesetze von der Schlußabstimmung zum Budget ab? Hängt auch nur das Zustandekommen des Budgets von eurer Zustimmung ab? Beide Fragen werdet ihr nicht bejahen können. Die Vertrauenskundgebung in den badischen Parteiversammlungen haben die Abgeordneten erhalten, weil sie niemals die Budgetzustimmung von ihrer gesamten Tätigkeit im Landtage trennten. Die Abgeordneten haben sicherlich eingehende, fleißige Arbeit geleistet, und die Arbeiter konnten die verlangte Vertrauenskundgebung nicht versagen, weil man ihnen eben ein Urteil über die Gesamttätigkeit abverlangte. Wären die Fragen in der badischen Versammlung getrennt gestellt worden, hätten die Arbeiter über die reine Frage der Ablehnung oder Bewilligung des Budgets zu urteilen gehabt, dann wäre in manchen Fällen die Antwort ganz anders ausgefallen. Wenn man vor die badischen Proletarier tritt mit denselben Argumenten, mit denen wir gewohnt sind, seit jeher in der deutschen Sozialdemokratie an die Klasseninteressen der Proletarier zu appellieren, so findet man dort genau dasselbe Echo wie bei den Arbeitern in allen anderen Teilen Deutschlands . . . (Vors. Dietz macht die Rednerin darauf aufmerksam, daß sie ihre Redezeit bereits überschritten hat.) Ich habe 20 Minuten, denn ich muß doch den Antrag meines Wahlkreises begründen. (Zurufe: Nein, nein!) Warum nein? Genau so, wie jeder andere Antrag, ist auch das ein selbständiger Antrag, zu dessen Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gewährt werden muß.

(Vors. Dietz erklärt, nachdem er mit der Rednerin privatim gesprochen hat: wenn Genossin Luxemburg sich der Geschäftsordnung nicht fügen will, dann muß ich allerdings den Parteitag anrufen und fragen, ob er geneigt ist, hier die Redezeit zu verlängern. Es liegt kein selbständiger Antrag vor. Genossin Luxemburg hat, wie jeder Diskussionsredner, eine Redezeit von 10 Minuten; ich bin weitergegangen und habe ihr bereits 15 Minuten gewährt.)

Rosa Luxemburg (fortfahrend): Die Sache ist erledigt, ich füge mich. Wenn irgendein Umstand bewiesen hat, wie notwendig es ist, der Politik der badischen Landtagsfraktion mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, so ist es das Vorgehen der württembergischen Fraktion. Die Erklärung von Kolb und seinen Landtagskollegen beweist uns, wieviel Wert hinter den Berufungen der badischen Landtagsabgeordneten auf die Zustimmung der Arbeitermassen steckt. (Sehr richtig!) Das zeigt uns, daß unsere Parlamentarier mit dem Willen des Volkes genau so verfahren wie die Agrarier gegenüber dem König, wenn sie sagen: das Volk absolut, wenn es unseren Willen tut. (Große Unruhe bei den Süddeutschen; lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Wenn sich die Arbeiter gegen eure Politik erklären, so genkert euch das nicht und man macht dann über die Köpfe der Mehrheit der württembergischen Genossen hinweg eine Demonstration auf dem Parteitag zugunsten der badischen Landtagsfraktion. Es zeigt sich, daß diese Parlamentarier keinen Wert legen auf die Demonstration gegen den Klassenstaat (Fortgesetzte Schlußrufe bei den Süddeutschen, auf die die Norddeutschen mit dem Rufe: Ruhe! antworten), wohl aber auf Demonstrationen gegen die eigenen Arbeiter. Frank hat mit einer sehr richtigen Bemerkung geschlossen. . . . (Die Rufe: Schluß! wiederholen sich so stürmisch, daß die Rednerin einen Satz, den sie beginnt, nicht beenden kann. Der Vorsitzende Dietz ersucht die Rednerin, abzubrechen; sie erklärt, daß sie sich füge, doch gehen ihre Worte unter dem Lärm vollkommen verloren. Fortgesetzt erschallen aus den Reihen der Minderheit Schlußrufe. (Frank ruft: Ihre Zeit ist vorbei, Genossin Luxemburg. — Heiterkeit bei den Süddeutschen. — Von anderer Seite wird gerufen: Abtreten! Der Lärm schwillt so an, daß der Vorsitzende droht, falls keine Ruhe eintritt, würde er die Sitzung auf kurze Zeit aufheben. Die Genossin Luxemburg verläßt schließlich unter brausendem Beifall der Mehrheit die Rednertribüne.)

Die Geschäftsordnungsdebatte.

Dittmann-Solingen:

Bisher hat immer auf dem Parteitage der Vorsitzende dem Redner, selbst nach Ablauf seiner Redezeit, einen Schlußsatz gestattet. Ich stelle weiter fest, daß die badischen Budgetbewilliger der Genossin Luxemburg die Beendigung ihrer Rede unmöglich gemacht haben. (Stürm. Beifall bei der Mehrheit und Widerspruch. Zubeil ruft: Wir rächen uns!) Ich will davon absehen, einen formellen Antrag zu stellen, der Genossin Luxemburg jetzt unmittelbar noch einmal das Wort zu geben. (Gelächter bei den badischen Delegierten und Zurufe: Stellen Sie ihn doch! Zubeil: Wir können auch Skandal machen, merkt euch das!) Die gewaltige Mehrheit des Parteitages würde dem Antrage zustimmen. (Lebh. Beifall.) Ich stelle die Tatsache der Vergewaltigung der Genossin Luxemburg vor dem Parteitage und vor der ganzen Partei hiermit fest. (Lebh. Beifall und starker Widerspruch.)

Stadthagen (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage ausdrücklich, der Genossin Luxemburg noch 10 Minuten Redezeit zu gewähren, und zwar darum, weil es ihr durch Unterbrechungen der Minderheit unmöglich gemacht worden ist, 10 Minuten lang zu sprechen. Nur der Präsident hat das Recht, die Rede abzukürzen. Wir müssen also auch der Genossin Luxemburg das Recht geben, ihre Redezeit auszunutzen. (Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender Dietz:

Ein solcher Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Ich bitte, die Entscheidung über diese Frage und über die Leitung der Diskussion mir zu überlassen. (Beifall.) Ich habe die Gepflogenheiten unseres Singer befolgt, die Redner ein paar Minuten länger reden zu lassen, wenn sie gerade einen Gedanken zu Ende führen wollten. Ich stelle fest, daß Genossin Luxemburg 15 Minuten gesprochen hat und während dieser Zeit von den Genossen ruhig angehört worden ist. Erst nachher begann der Lärm und der Skandal. (Sehr richtig!) Sie sehen, wie notwendig es ist, daß die Genossen besonders auch auf der Rednertribüne sich den Anordnungen des Vorsitzenden fügen und von der Rednertribüne abtreten, wenn der Vorsitzende es bestimmt. (Beifall.) Das ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung dringend notwendig.

Stadthagen zieht seinen Antrag zurück.

Dr. Karl Liebknecht:

Die Genossin Luxemburg verzichtet darauf, daß ein besonderer Antrag gestellt wird, ihr noch einmal das Wort zu geben. Aber ich muß darum bitten, eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die einzelnen Anträge zur Budgetbewilligung als selbständige Anträge im Sinne unserer Geschäftsordnung aufzufassen sind. Ich bin durchaus der Ansicht, daß dies der Fall ist. Die Wahlkreise, die diese Anträge gestellt haben, können verlangen, daß sie gründlich beraten werden. Wir verlangen daher für jeden Antragsteller 20 Minuten Redezeit zur Begründung. Man darf ja hoffen, daß das nicht ausgenutzt wird. Ich bitte, einen Beschluß des Parteitages herbeizuführen.

Vorsitzender Dietz:

Die Anträge sind zusammengelegt worden, und ich habe nicht die Diskussion über diesen oder jenen Antrag, sondern über die ganze Budgetfrage eröffnet. (Zustimmung.) Da hat jeder nur 10 Minuten lang Redezeit. Das entspricht einer zwanzigjährigen Uebung, und ich bitte, es dabei zu belassen. (Beifall.)

Auer-München:

Hätte ein Parteitagsbeschluß vorgelegen, daß der Redner jeder Organisation, die einen Antrag gestellt hat, 20 Minuten Redezeit hat, so hätten wir diesen Parteitagsbeschluß respektiert. (Heiterkeit. Dittmann ruft: Wie alle Parteitagsbeschlüsse! Sehr gut! bei der Mehrheit.) Was aber die Genossin Luxemburg getan hat, war nicht ordnungsmäßig, sondern geschäftsordnungswidrig. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Nachdem sie 15 Minuten lang geredet hatte, schnitt sie wieder ein neues Thema an. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Da sagten wir uns: nun reicht es, nun geht die Geschichte nicht weiter, und da protestierten wir, nicht gegen die Genossin Luxemburg als Person, sondern gegen die Ungerechtigkeit ihres Verfahrens. (Beifall bei der Minderheit.)

Nachdem auch Südbeim-Nürnberg um Zurückziehung des Antrages gebeten hat, die Genossin Luxemburg jetzt noch einmal zu Worte kommen zu lassen, stellt Genosse Liebknecht fest, daß der Antrag zurückgezogen wird.

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Hellmann-Chemnitz:

Mit Recht hat die Genossin Luxemburg gesagt, daß kein neues Argument für die Budgetbewilligung ausgesprochen worden ist. Leider ist auch kein neues Argument gegen die Budgetbewilligung gesagt worden, und ich hatte doch auf die Theoretiker meine letzte Hoffnung gesetzt, Aufklärung über die wirkliche Bedeutung der Budgetverweigerung zu erlangen. (Heiterkeit.) Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß die Budgetverweigerung eine Demonstration gegen den Klassenstaat ist, und verweise auf die ganz neue Theorie unseres Genossen Schippel. (Unruhe bei der Mehrheit.) Niemand, der von der Reichstagstribüne herab sich die Budgetverweigerungen angesehen hat, wird mir einreden, daß sie irgendwelche Bedeutung haben. (Sehr gut! bei den Südd.) Ich glaube beinahe, es gibt kaum einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der nicht einmal aus Versehen für das Budget gestimmt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Südd.)

Ich glaube, nicht einmal der Genosse Bebel hat immer darauf geachtet. (Bebel ruft: Auf die Schlußabstimmung allerdings!) Wenn Genosse Bebel aufgepaßt hat, will ich das gern zurücknehmen, aber ich habe oft gesehen, wie sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete während der Schlußabstimmung Briefe schrieben oder hinausgingen, und ich behaupte, das ist keine Demonstration. (Sehr gut! bei den Südd.)

Keiner würde von unserer Schlußabstimmung Notiz nehmen, wenn wir uns nicht jahraus, jahrein darüber zanken würden. (Sehr gut! bei den Südd.) Kein anderer als Ferdinand Lassalle hat die Budgetverweigerung für einen Ausdruck liberaler Feigheit, nicht für eine Demonstration gegen den Klassenstaat erklärt. (Hört, hört! bei den Südd.) Und Lassalle hat auseinandergesetzt, daß die Budgetverweigerung nur einen Sinn hat, wenn die Steuerverweigerung darauf erfolgt. (Zurufe bei der Mehrheit.) Und die Steuerverweigerung nur einen Sinn, wenn man dem Steuerexekutor mit der Waffe entgegentritt. (Sehr gut! bei den Südd.) Die Genossin Luxemburg aber und auch Genosse Bebel haben ausgeführt, daß das badische Budget auch ohne unsere badischen Genossen angenommen worden wäre. Wir lehnen das Budget ab, nicht um Ernst damit zu machen, sondern weil es nichts schadet. (Zuruf: Unsinn!) Ja, wollen Sie denn das Budget ablehnen, wenn Sie die Mehrheit haben? (Gelächter bei der Mehrheit. Ledebour ruft: Das ist etwas ganz anderes!)

Wenn die Budgetverweigerung etwas Prinzipielles ist, warum verlangen Sie denn nicht einen internationalen Beschluß, warum hat nicht die ganze deutsche Delegation verlangt, daß Keir Hardie das Budget ablehnt. (Sehr gut! bei den Südd.) Nur noch eine einzige Partei der Internationale hat die Budgetverweigerung im Programm, nämlich die französische Bruderpartei. Die betreffende Bestimmung wurde nachträglich in das Einigungsstatut gebracht auf Antrag des

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

früheren Genossen Aristide Briand. (Heiterkeit bei den Südd.) Und nun noch eine Frage. Glauben Sie denn wirklich, daß es eine machtvolle Demonstration sein wird, wenn par ordre de moufti, auf Befehl des Parteitages, die badischen Genossen das Budget ablehnen. (Sehr gut! bei den Südd. Zuruf bei der Mehrheit: Nach dem Willen der Gesamtpartei!) Glauben Sie, daß dieser Wille der Gesamtpartei, so wie wir ihn respektieren auch respektiert wird von den bürgerlichen Parteien? (Stürmische Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wie Sie jetzt lachen, werden die bürgerlichen Parteien bei der badischen Budgetverweigerung lachen. Dann wären Frank und Kolb nicht mehr die festen auftretenden Männer, die wir doch gerade nach Bebel brauchen. In Leipzig, Dresden, Chemnitz stimmen wir für die Gemeindebudgets und streiten uns nicht darum. Suchen wir einen Weg zur Einigkeit und Verträglichkeit ohne Zwang. (Lebhafter Beifall bei den Südd.)

Vors. Dietz ersucht die Galerie, Beifallskundgebungen zu unterlassen. Sie sei zum Hören da, nicht aber um Beifall oder Mißfallen zu äußern.

Quark-Frankfurt:

Wir müssen uns doch endlich äußern, wie wir uns zur Beschlußfassung stellen wollen. Im Namen einer ganzen Reihe von Delegierten möchte ich vorschlagen, über die Resolution Bebel getrennt abzustimmen. (Ledebour: Wir denken nicht daran!) Ich beantrage, bei der Abstimmung den ersten Absatz von der Gesamtresolution zu trennen, denn strittig ist ja der erste Absatz allein; dagegen wird sich die große Mehrheit wohl auf die letzten Absätze vereinigen. Man darf sich nicht der Tatsache verschließen, daß bis in die Reihen der norddeutschen Genossen Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob mit der alten Form der Ablehnung auf alle Fälle durchzukommen ist, weil wir durch unsere wachsende Macht in den Landtagen vor große Schwierigkeiten gestellt werden. Die Konstellation in Deutschland ist so, daß einerseits unsere Landesparlamente immer mehr bloße Verwaltungskörper werden, und daß andererseits der Druck des preußischen Junkertums auf die deutsche Gesamtpolitik immer mächtiger wird, so daß wir zwischen diesen beiden Dingen in den Landtagen hin und her pendeln. Wir reichen mit der alten Formel daher nicht aus. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Art, wie die Badenser für die Abänderung unserer taktischen Maßnahmen zu wirken suchten so ungeschickt war wie möglich. Sie haben die Frage nicht aufklärt, sondern verwirrt. (Bebel: Sehr gut!) Man soll die Gegner vor vollendete Tatsachen stellen, aber nicht die eigene Partei. (Bebel: Sehr gut!) Es ist nicht richtig, daß die Badenser keine Zeit gehabt hätten, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen. (Bebel: Lächerlich!) Ihre Haltung in der ganzen Frage war außerordentlich schwankend, mal so, mal so, nicht gerade imponierend. (Bebel: Sehr richtig!) Sie haben als Entschuldigung vielleicht eins, daß Sie durch das Extrem auf der anderen Seite und durch die wirkliche oder vermeintliche Aussichtslosigkeit, sich in Norddeutschland bei der heutigen Zusammensetzung des Parteivorstandes Geltung zu verschaffen, ins andere Extrem getrieben wurden. Die richtige sozialdemokratische Landtagspolitik besteht in der Verbindung praktischer und agitatorischer Tätigkeit, darin daß man herausschlägt, was man kann, daß aber Erfolge nur erzielt werden durch klassenbewußte sozialdemokratische Haltung in Verbindung mit den Massen außerhalb des Parlaments, und darin habt ihr gefehlt.

Ich erkenne die Entschuldigungsgründe für die Haltung der Badenser an, ich weiß, mit welcher Freude, mit welchem Eifer, und mit welch prächtiger Arbeitskraft ihr euch auf die Arbeit gestürzt habt. Ihr habt des Guten nicht zu viel in der Aufklärungsarbeit, sondern im rein Parlamentarischen getan. Ihr habt zum Beispiel, als in der Kommission der Vorsitzende fragte, ob jemand einen Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts zu stellen habe, geschwiegen. Ihr habt dann, so viel ich weiß, erst in der dritten Lesung den Antrag nachgeholt, also zu spät. Ihr habt in der Wahlfrage Verbindung mit der Arbeiterschaft draußen noch nicht einmal gesucht. Ihr hattet die Ehrenpflicht, im Kampfe gegen das Klassenwahlrecht an der Spitze zu stehen.

Ihr habt aber den Entwurf ohne jede Agitation im Lande hineingenommen. Die Fraktion mußte hinausgehen und die Massen aufrütteln. Dann hättet ihr eine ganz andere Stellung gehabt, und wir wären nicht in die Lage hineingekommen, in denen wir jetzt sind. Ihr habt euch durch die Arbeitsgemeinschaft zu weit hinreißen lassen. Dadurch fallen eure Gründe und auch die Begründungen auf Lassalle platt zu Boden und erst recht, wenn wir die deutsche Gesamtlage betrachten. Heute, wo wir vor einem Gottesgnadentum stehen in Preußen, das den Widerstreit der Massen geradezu herausfordert und doch bis in die badische Regierung hinein seine Stütze findet.

Ihr Badenser müßt also auch nachgeben. Ihr sollt euch den Argumenten von der andern Seite nicht so verschließen, wie ihr es bisher getan habt, damit eine Einigung zustande kommt, die euch nicht bloß diktiert wird, sondern eine Einigung, bei der ihr dabei seid. Schon auf dem Offenburger Parteitag hättet ihr dieser Einigung vorarbeiten können. Die Vorstandsmitglieder Müller und Molkenbuhr beschworen euch dort, eine Form der Verständigung zu finden. Müller sprach von dem Gefühl der Trauer und des Schmerzes, das die Gesamtpartei infolge eures Verhaltens beherrsche. Ihr aber bliebt im Vollgefühl eurer parlamentarischen Erfolge taub und habt mit keinem Worte darauf reagiert. (Hört, hört!)

Genosse Frank, Sie haben jetzt gesagt, Sie würden einen Antrag auf Indemnität einbringen, aber wenn Sie wüßten, daß er angenommen würde. Wenn Sie damals eine Verständigung mit dem Parteivorstand gesucht hätten, so hätte die Einigung auf dieser Grundlage erfolgen können und Szenen, wie die heutigen, wären uns erspart geblieben, bei denen, wie ich nicht verhehlen kann, die Genossin Luxemburg auch nicht gerade ein Muster an Demokratie gegeben hat. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach:

Die ganze Schwierigkeit stammt daher, daß man auf dem großen deutschen Parteitag zu sehr auf die Vorgänge in den einzelnen Ländern einzuwirken sucht. Ich gehöre zu denen, die schon für das Budget gestimmt haben, im wesentlichen aber jetzt dagegen stimmen müssen, weil die Verhältnisse sich so entwickelt haben, daß es ein schweres Unrecht gegen mich selbst wäre, wollten wir die frühere Taktik auch jetzt beobachten. Gerade diese Verschiedenheit der Situation beweist, daß Fehler unvermeidlich sind, wenn wir uniformieren wollen. Selbstverständlich hat der Parteitag das Recht und die Pflicht, über die Tätigkeit in den Landtagen zu urteilen und zu sprechen.

Es ist aber ein Fehler, wenn wir durch Beschlüsse nach Art des Nürnberger in unhaltbare Situationen gebracht werden. Die Verhältnisse wechseln, und wir müssen diesem Wechsel, soweit wir das als Parlamentarier können, Rechnung tragen. Es muß also ein Weg gefunden werden, der den Willen der Gesamtpartei ausspricht, dabei aber den einzelnen Landsmannschaften die Möglichkeit gibt, im Rahmen dieses Willens handeln zu können. Ich war allerdings auch erstaunt über die Begründung, die die badischen Genossen für ihre Haltung gaben und habe Frank persönlich den Kopf gewaschen. Seine Begründung hat den Kern der Sache nicht getroffen. Unzweifelhaft wäre, nachdem einmal unsere Genossen mit den Liberalen sich zum Großblock geeinigt haben, die Situation der Arbeiterklasse schlechter geworden, wenn ein Wechsel in der Politik eingetreten wäre. Die Situation stand so, daß die badischen Genossen sich mit dem Parteivorstand verständigen mußten, um dadurch solche Auseinandersetzungen, wie sie erfolgt sind, zu vermeiden. — Es ist eine Gefahr für die Gesamtpartei und für uns alle, wenn wir jetzt einen Beschluß fassen, wie ihn namentlich der Antrag Zubeil verlangt. Das wäre ein Beschluß, der den Zwiespalt in unsere eigenen Reihen trägt (Ledebour: Der ist von anderer Seite hineingetragen worden!) und der nirgends mehr vernünftige Arbeit ermöglicht.

Es ist Ledebours gutes Recht, solche Anträge auszuhecken, aber auch mein gutes Recht, sie zu bekämpfen. Ich sitze hier nicht auf der Anklagebank, für mich würde der Antrag keine praktische Bedeutung haben. Aber es können auch für die kleinsten Länder Situationen kommen, wo die paar Mandate im Landtage entscheidend sein können für die Entwicklung. Darüber sind wir ja doch alle einig, daß mit einem Schlage eine vernünftige Gesellschaftsordnung nicht geschaffen werden wird. (Lebhafter Beifall bei den Südd.)

Ich habe auch einmal gedacht, wenn ich meinen ersten Monat Gefängnis hinter mir habe, dann haben wir die Mehrheit im ganzen Lande. (Heiterkeit.) Weil wir wissen, daß mit Wasser gekocht wird, daß die Verhältnisse in allen Einzelstaaten anders sind, darum sollen wir einen solchen Beschluß nicht fassen. Der Antrag, die Frage nochmals gründlich zu studieren, genügt wirklich. Derartige kniffliche Fragen können nicht im Handumdrehen gelöst werden. Wird der Beschluß angenommen, so wird unfraglich von Genossen aus allen süddeutschen Staaten das nächste Mal beantragt, die Frage wieder aufzurollen. Darum sollten wir auf eine Resolution bedacht sein, die die Freiheit der einzelnen im Rahmen der Gesamtbeschlüsse ermöglicht. Ich habe Frank wie Bebel gegenüber die Auffassung vertreten, daß wir, nachdem wir so groß geworden sind, eine Menge Elemente hinter uns haben, die nicht so scharf logisch ausgeprägte Auffassungen wie Bebel besitzen, und die wir, nachdem wir sie nun haben, erziehen und nicht abstoßen sollen. In Preußen sind Sie über jene Frage längst weg — weil Sie noch nie davor gestanden haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn es Ihnen gelingt, wobei ich gern mithelfen will, das allgemeine Wahlrecht zu kriegen, dann wird man auch von einem Kanton Preußisch reden können, wie man jetzt von einem Kanton Badisch redet. (Lebh. Beifall bei der Minderheit.)

Lehmann-Mannheim:

Es ist nicht gerade angenehm, daß wir uns alle paar Jahre mit dem badischen Krakeel zu befassen haben. 1904 in Frankfurt haben wir die bekannte Stegmüllerei gehabt. Nachdem sie endlich beseitigt war und man nicht mehr darüber redet, kam wieder die Budgetannahme im Landtag vor den Lübecker Parteitag. Die Sache erschien damals dem Parteivorstand wesentlich genug, Bebel nach Baden als Referenten abzuordnen. Die badische Fraktion unter Führung des verstorbenen Genossen Dreßbach hat sich damals unterworfen, und ein Fraktionsmitglied hat, ohne daß man lange Ausreden gesucht hätte, ausdrücklich erklärt, daß sie auf Grund des Lübecker Parteitagsbeschlusses gegen das Budget stimmen. Die Gegner haben das gewiß verstanden, daß eine kämpfende Partei einig und geschlossen sein muß.

Es wurde 1904 für ganz selbstverständlich erachtet, daß wir das Budget ablehnten. 1906 kam der sogenannte Großblock zustande und damals traten Frank und Kolb in den Landtag. Aber auch diese beiden, die für die Zustimmung zum Budget in erster Linie verantwortlich zu machen sind, haben 1908 gar nicht daran gedacht, die Zustimmung auch nur zu beantragen. Damals wurde noch der Lübecker Beschluß respektiert und wir hatten auch noch keine Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen. Die Nationalliberalen stimmten unsere Anträge nieder, wie sie es jetzt übrigens auch tun. Man war noch nicht so weit gegangen in der Verbrüderung mit ihnen wie jetzt . . . . 1908 wurde dann für das Budget gestimmt. Dann kam der scharfe Beschluß des Nürnberger Parteitages gegen die Budgetbewilligung und die Genossen in Württemberg und Bayern fügten sich. Wir haben ohne weiteres angenommen, daß die badischen Genossen sich auch fügen würden. Bei der Kandidatenaufstellung bald nach dem Nürnberger Parteitag wurde nach der Stellung der Kandidaten zur Budgetfrage nicht gefragt.

Als ich abgesägt wurde (Heiterkeit), wurde der ja vielleicht plausible Grund der Doppelmandate angeführt. Wir haben damals einfach angenommen, daß sich die Abgeordneten den Parteitagsbeschlüssen fügen würden. Kolb und Frank haben sich die Folgen ihres Umfalles sicherlich nicht überlegt. Hätte man die Folgen vorausgesehen, so hätte sich vielleicht auch keine Mehrheit in der Fraktion für die Budgetbewilligung gefunden. Ohne diese Zustimmung ständen wir heute in Baden viel besser da als jetzt. In keiner Weise waren wir gezwungen, für das Budget zu stimmen. Die direkten Steuern sind geblieben, die indirekten sind erhöht worden. (Zuruf: Durch das Reich erhöht!) Wieso durch das Reich?

Das Reich hat uns doch nicht zur Erhöhung der Biersteuer gezwungen. Die Erhöhung der Biersteuer hat die Fraktion wohlweislich den Nationalliberalen und dem Zentrum überlassen. Die gemeinsame Tätigkeit mit den Nationalliberalen hemmt uns nur. Warum ist nicht diesmal der Antrag auf Beseitigung der schädlichen Steuern auf Lebensmittel wiederholt worden? Warum hat man sich diese wichtigste Agitationswaffe entwinden lassen? Etwa um die Nationalliberalen nicht in Verlegenheit zu bringen? Oder will man von Vergeßlichkeit sprechen? Bei den nächsten Wahlen wird eine ganz andere Parteikonstellation eintreten. Auch mit unserer Hilfe werden die Nationalliberalen nicht in ihrer jetzigen Stärke erhalten werden können, und sie werden sich mit dem Zentrum verbünden. Mancher von Ihnen, der jetzt noch die Illusion hegt, eine liberale Politik wie in Frankreich betreiben zu können, wird von dieser Illusion geheilt werden.

Wir kommen aus den ewigen Streitigkeiten nur heraus, wenn die in Frage kommenden Genossen erklären, daß sie sich in Zukunft den Parteitagsbeschlüssen fügen wollen. Sie wollten sich ja schon fügen. Es war schon vereinbart, wie man sich bei den Nationalliberalen entschuldigen wollte. Die Herren hatten schon unter sich vereinbart, welche Erklärung sie abgeben wollten. (Hört, hört! Widerspruch bei den Süddeutschen.) Gestehen Sie doch ein, daß Sie einen falschen Weg eingeschlagen haben. Ich traue Ihnen doch nicht zu, daß Sie die Partei ins bürgerliche Lager hinüberführen wollten. Darum erklären Sie das öffentlich, damit wir aus den ewigen Streitigkeiten herauskommen. (Lebhafter Beifall.)

Meyer-Heidelberg:

Wenn Genosse Lehmann und seine Freunde dem Frieden in Baden dienen wollen, dann brauchen sie nur darauf zu verzichten, alles was in Baden vorkommt — es kommt ja schließlich auch in Berlin manchmal was vor — auf dem schnellsten Weg der Leipziger Volkszeitung und anderswohin zu übermitteln. (Sehr gut! und Unruhe.) Genosse Lehmann könnte dann noch persönlich etwas zum Frieden beitragen, wenn er einmal parteigenössisch die Frage behandeln würde, anstatt sich immer nur sozusagen zum Sprachrohr des Zentrums zu machen. (Zuruf: Unerhört!)

Die Rede des Genossen Lehmann und die Artikel der badischen Zentrumspresse enthalten immer dieselben Gedanken. Ich weiß nicht, ob seine Verwandtschaft mit Wiesbaden dazu beiträgt. (Hört, hört! und Unruhe bei der Mehrheit.) Eigentümlich ist es jedenfalls, daß immer Zentrumsargumente vom Genossen Lehmann vertreten und unterstützt werden. (Große Unruhe bei der Mehrheit. Zuruf: Verdächtigung!) Es ist keine Verdächtigung das Aussprechen einer Tatsache, die bewiesen werden kann jeden Tag durch Zeitungsartikel.

Vorsitzender Dietz: Sie unterstellen hier dem Genossen Lehmann, daß er Zentrumsgrundsätze propagiert. Das ist nicht zulässig.

Meyer (fortfahrend): Ich habe nur die Tatsache konstatiert, daß Lehmann eigentümlicherweise immer mit Argumenten der Zentrumspresse operiert.

Dietz: Die Tatsache haben wir nicht konstatiert. Wenn Sie weiter so fortfahren, muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Meyer: Ich kann ja auch mal auf einem sozialdemokratischen Parteitag zur Ordnung gerufen werden. Dreßbach hat im badischen Landtag erklärt, er würde es als Beleidigung auffassen, wenn man ihm unterschiebe, er stimme gegen das Budget wegen der Lübecker Resolution; er stimme vielmehr gegen das Budget, weil es seiner Ueberzeugung entspreche. Und Eichhorn hat einmal auf einem badischen Parteitag erklärt, wir hätten für das Landtagswahlgesetz gestimmt, wenn wir dabei den Ausschlag gegeben hätten, so aber haben wir dagegen gestimmt, weil es auf unsere Stimmen nicht ankam. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.)

Die Darstellung, die Lehmann von den badischen Steuerverhältnissen gab, stimmt nicht. Wir haben in Baden keine Fleischsteuer außer der Fleischaksize, die etwa 800 M. einbringt. Dagegen haben wir in Baden heute die höchsten direkten Steuern. Eben will die große Sunlight-Seifenfabrik in Mannheim ihre Fabrik aus Baden verlegen wegen der hohen direkten Steuern. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Für uns ist also das Steuerwesen eine gefährliche Sache. (Zuruf: So reden die Oberbürgermeister!) Nein, so reden die Leute, die etwas davon verstehen. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ein kleines Land muß in Steuerfragen immer weit vorsichtiger operieren als ein großer Staat. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Die Genossin Luxemburg, mit der ich mich nicht weiter befassen will (Heiterkeit), hat trotz ihrer Kenntnis dem wahren Sachverhalt den Parteitag über den Schuldigen falsch informiert, hinters Licht geführt. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.)

Der Artikel, der wahrscheinlich aus dem Lager des Genossen Adolf Geck oder von ihm selbst stammt, stand ursprünglich im Baseler Vorwärts und ist in die Lörracher Arbeiterzeitung ohne Wissen des Genossen Rösch vielleicht durch den Metteur oder sonstwie hineingekommen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wenn sie die sozialistischen Geheimnisse kennen würden, würden sie das bestreiten.

Der Satz der Lörracher Arbeiterzeitung wird nämlich in Baden hergestellt. — Der Abschluß der Landtagswahlen, das Resultat der letzten Reichstagswahlen, sie beweisen die Treue und fleißige Parteiarbeit der Badenser, und bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir erneut den Beweis bringen, daß wir trotzdem gute Sozialdemokraten sind und im Kampfe um die Befreiung des Proletariats es an nichts fehlen lassen. (Bravo! bei den Süddeutschen.)

Klara Zetkin:

Die Budgetfrage darf nicht als eine abstrakte Herzensfrage behandelt werden, als eine akademische Doktorfrage, losgelöst von Raum und Zeit. Wir müssen die Frage ins Auge fassen in ihrer konkreten Realität. Das Lied, daß wir die Frage an und für sich zu behandeln haben, haben wir auch jetzt wieder gehört. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, und wir haben gestern auch wieder ihren klassischen Barden gehört in der Person des Genossen Keil, der uns den Rat gegeben hat, die Frage weder durch die radikale noch durch die revisionistische Brille zu betrachten. Vielleicht sagt uns Genosse Keil, welche eigentümliche Brille er sie betrachtet. (Frank: Mit einem gesunden Augen!) Er betrachtet sie offenbar durch einen Reifen, durch welchem alle Katzen grau sind. (Heiterkeit.) Die Frage ist nicht sich allein zu beurteilen, sondern als reife Frucht einer konsequent bewußt befolgten Richtung, die eine Aenderung unserer bisherigen Taktik anstrebt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Indirekt hat Genosse Keil das selbst zugegeben. Er hat das Eingreifen der Sozialistischen Monatshefte bedauert. Nicht etwa, weil er die Richtung der Monatshefte mißbilligt, sondern weil durch die Sozialistischen Monatshefte gewissermaßen der Punkt auf das i gesetzt wird und die Masse der Parteigenossen daraus erkennt, woher der Wind kommt und wohin er weht. Genosse Keil sollte doch mit Auer sprechen, so etwas tut man so etwas sagt man nicht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.)

Ich wollte, er hätte so offen gesprochen wie sein Parteifreund Hildenbrand in Stuttgart, der nach einem Bericht der Tagwacht in einer Versammlung am 17. September dort erklärt haben soll: Wir können beschließen, was ihr wollt, wir tun, was wir wollen. (Stürmisch hört!) Ich zitiere nach der Tagwacht, wenn es nicht stimmt, kann Hildenbrand ja berichtigen. Die Masse der Parteigenossen hat ein Recht darauf, informiert zu werden. — Genosse Frank hat sich von den Flügeln der Dichtkunst Rückerts nach Indien tragen lassen, um uns die poetische Weisheit der Brahminen zu zitieren. Mir wäre es lieber gewesen, er hätte uns die ganz prosaische Weisheit seines Fraktionsmitglieds Kolb aus Karlsruhe zitiert. Diese Weisheit hat uns seit Monaten immer und immer wieder versichert, daß es sich bei der Budgetbewilligung nicht um eine ausnahmsweise Maßregel handeln kann, sondern um eine regelmäßige Erscheinung, die als Unterpfand einer ganz neuen Taktik dienen soll. Einer Taktik, die nach Kolbs Wunsche auf das ganze Reich auszudehnen ist.

Angesichts dieser Tatsache rate ich ganz entschieden von der Einsetzung einer Studienkommission ab. Eine solche würde sachlich darauf hinauslaufen, daß der Parteitag erklärt, ihr Badenser habt ja recht gehandelt, aber im Grunde trägt ja der Parteitag die Schuld, der über eine Frage geurteilt hat, über die er nicht genügend informiert gewesen ist. Die Partei würde sich damit ein Armutszeugnis ohnegleichen ausstellen. Die Kommission müßte ja in Permanenz tagen, denn es kämen immer und immer wieder die Erörterung ganz neuer Verhältnisse in Frage kommen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. Frank ruft: Da haben Sie ganz recht!) Dann soll man lieber konsequent sein und die Nürnberger und die anderen Budgetbeschlüsse abschaffen. Ich bin persönlich immer für die Konsequenz und für klare, unzweideutige Entscheidungen. — Mit geradezu armseligen Gründen haben die Badenser Genossen und ihre Freunde bis jetzt ihr Verhalten gerechtfertigt. Da war von Ministerworten die Rede, von der komplizierten Natur dieses Ministers, wobei ich an das feuilletonistische Gerede von dem modernen Menschen Bülow und dem Philosophen Bethmann Hollweg denken mußte. (Sehr gut!)

Wir haben es nicht mit der Natur der sogenannten Staatsmänner zu tun, sondern mit den realen Verhältnissen des Staates, und da liegen die Dinge wirklich einfach genug. (Lebh. Zustimmung.) Die bekannte Aeußerung Bodmans in der Ersten Kammer zeigt keine Spur vom Begreifen der Sozialdemokratie und ihres geschichtlichen Wesens, sondern ist eine ganz triviale Aeußerung, wie sie jeder liebige Nichtarbeiterfreund schon hundertmal getan hat. (Sehr richtig!)

Die Budgetbewilligung war auch gar nicht notwendig, um die Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen aufrecht zu erhalten, die sie doch hier als arme Teufel vorgestellt worden sind, die sich in einer Notlage befinden. (Sehr gut!) Ich bin die letzte, die Konzessionen und Reformen auch der kleinsten Art unterschätzt. Wir freuen uns des Eifers und der Erfolge unserer badischen Parteigenossen. Aber die Frage ist die: Sollen wir Reformen erzwingen durch parlamentarische Konzessionen und Bescheidenheit, oder sollen wir sie erringen durch den Druck der Massen von außen? (Lebhaftes Sehr gut!)

Ueber die Arbeitsgemeinschaft mit dem liberalen Block scheinen unsere Parteifreunde zu sehr die Kampfgemeinschaft mit der Gesamtheit der Partei und mit den Massen außerhalb des Landtages aus den Augen verloren zu haben. (Sehr richtig!) Frank meinte gestern, es gäbe doch eine ganze Reihe Erscheinungen, unter denen das Proletariat leidet, die nicht zum Wesen des Klassenstaates gehören, der zum Beispiel der Klassenstaat bestehen kann ohne Wucherzölle. Das ist recht, aber wir haben es nicht mit dem abstrakten Begriff des Klassenstaates, sondern mit der historischen Situation zu tun, in der wir uns gegenwärtig befinden, und da gehört die Strömung gegen Demokratie, Wucherzölle, Arbeiterfeindschaft zum Wesen der herrschenden Klassen.

Die bürgerlichen Klassen, die sich liberal und demokratisch nennen, den Parteien einschließlich des Zentrums, sinken immer mehr zu Trägern der gesamten reaktionären Wirtschaftspolitik herab. (Sehr richtig!) Frank meinte zum Schluß: Die Monarchie habe eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats. Wir hätten nicht die Institutionen zu bekämpfen, sondern die Personen, die als Träger der Institution mehr oder weniger scharf, mehr oder weniger verhängnisvoll eingreifen. (Frank: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt!) Nein, Sie haben wörtlich gesagt, was ich ausgeführt habe. Da begreife ich allerdings nicht, wie man gerade einem Monarchen bei einem Leichenbegängnis eine Huldigung darbringen konnte, der sich jederzeit als besonderer persönlicher Feind der Sozialdemokratie mit besonderer Ehrlichkeit bekannt hat. (Sehr gut!) Wir bekämpfen vor allem die Institution, und diese ist hinwegs eine gleichgültige mittelalterliche Festung, an der wir uns hindert vorüberziehen können, sondern die stärkste Schanze, das stärkste Rückgrat der proletarierfeindlichen, reaktionären Politik aller herrschenden Klassen ohne Unterschied. (Lebh. Zustimmung.)

Da soll man uns doch nicht sagen, daß diese Institution nicht von uns aufs schärfste bekämpft werden muß, jetzt, wo die herrschenden Klassen in Deutschland auf die feigenblattlose Proklamation des Gottesgnadentums mit einem Ruf zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie geantwortet haben. (Lebh. Zustimmung.) Die Monarchie in Deutschland hat sich immer als persönlicher Feind der Arbeiterklasse bekannt. (Sehr richtig!) Darum wird auch, je länger je mehr, der entschiedene Kampf gegen diese „mittelalterliche Festung" ein immer wichtigerer Teil des proletarischen Klassenkampfes überhaupt. Ganz gewiß, es gilt, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit, aber zur Entscheidung steht jetzt die Frage, um welchen Preis, auf welchem Boden wollen wir die Geschlossenheit? Wollen wir sie auf dem Flugsand der Konzessionspolitik, der Konjekturalpolitik, oder wollen wir sie auf dem festen Granit der Auffassung, auf dem die Sozialdemokratie bis jetzt gestanden hat, auf dem sie noch steht und auf dem sie stehen will, wenn sie bleiben will, was sie ist, der politische Ausdruck der revolutionären Arbeiterklasse! (Stürmischer Beifall.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Quessel-Darmstadt:

Die Abstimmung auf der hessischen Landeskonferenz hat bewiesen, daß auch in Hessen die Mehrheit der Parteigenossen die Frage der Budgetbewilligung nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische ansieht. Dadurch, daß der Parteitag beschließt, sie sei eine prinzipielle Frage, wird sie noch nicht zu einer solchen. Auch gerade so wenig, wie ein Apfelbaum Feigen trägt, wenn man ein Plakat dran klebt mit der Aufschrift: Das ist ein Feigenbaum. Auch zehn Parteitage können an der Natur der Dinge nichts ändern. Täuschen wir uns nicht darüber: auch wenn wir in Baden oder Hessen die Mehrheit erringen, bleibt der Klassenstaat im Süden immer noch derselbe wie andere Klassenstaaten. Aber der Klassenstaat ist in Süddeutschland anders gestaltet wie der norddeutsche, preußische Klassenstaat, das hat Bebel selbst oft hervorgehoben. Auch die Budgets im Süden sind ganz anders gestaltet als im Norden. Eine Studienkommission ist durchaus notwendig, wenn es auch Genossen gibt, die alles zu wissen behaupten. Ich mußte als Norddeutscher ein halbes Jahr lang täglich eine Stunde mit Ulrich debattieren, ehe ich in die Eigentümlichkeiten der hessischen Verhältnisse eingeweiht war. In Hessen werden wir nicht leichtfertig das Budget bewilligen, aber wir werden dazu gezwungen werden durch die Macht der Verhältnisse. Wir werden gezwungen werden, die Resolution 90 zu brechen. (Hört, hört!) Wir werden sie brechen müssen und wir werden sie brechen. (Lebhaftes Hört, hört!)

Die hessische Finanzkrisis kann nur durch schärfere Besteuerung der großen Vermögen und der großen Einkommen behoben werden. Der frühere Finanzminister Gnauth sagte in Erwiderung auf eine Rede Ulrichs: Ihre Steuervorschläge sind ausführbar, ich würde sie ausführen, aber schaffen Sie mir erst eine Mehrheit im Landtage. Die Erklärung bewirkte, daß Gnauth von der Ersten Kammer gestürzt wurde. Die Organe des Herrn v. Heyl hetzten wie eine Meute hinter dem sogenannten sozialdemokratischen Finanzminister her. Offen erklärte sie, die Erste Kammer wird es machen wie das englische Oberhaus, sie wird das Budget ablehnen, um den Besitz zu schonen vor der Begehrlichkeit der durch die Sozialdemokratie aufgehetzten Massen. Gnauth ist zurückgetreten. Hätte er es aber auf einen Kampf ankommen lassen, so wären unsere Abgeordneten nicht mit der Ersten Kammer gegen die Volkskammer gegangen und hätten das Budget abgelehnt, sondern sie wären mit der Volkskammer gegen die Herrenkammer gegangen und hätten das Budget angenommen, um die Ministerstürzerei der beiden Herren zu verhindern. Derartige Verhältnisse werden wieder kommen. Resolutionen, die unsere Stellung festlegen, erschweren uns ungemein unsere Arbeit. Bebel unterschätzt selbst den gewaltigen Gewinn seiner Lebensarbeit, wenn er sagt, daß wir nur kleine Konzessionen erreichen könnten. Nein, der Sozialismus marschiert, wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein.

Lebedour:

Zunächst habe ich im Auftrage des Genossen Limbertz-Essen zu erklären, daß die Arbeiter des niederrheinischen Agitationsbezirks eine entschiedene Absage an die revisionistischen Budgetbewilliger ergehen lassen. — Heilmann hat hier aus der Vogelperspektive der Journalistentribüne seine Ansichten über den Parlamentarismus entwickelt. Die Ablehnung des Budgets ist eine politische Handlung, nicht eine Demonstration in dem Sinne, wie Heilmann es hinzustellen sucht. Demonstrationen im Parlament wachsen aus der Situation heraus, etwa, wenn ein Oldenburg uns provoziert oder wenn Bethmann mit seiner Wahlrechtsvorlage erscheint und von unseren Genossen als Vaterlands- und Arbeiterfeind gebrandmarkt wird. Aber politische Handlungen im Laufe einer ordnungsgemäß verlaufenen Reichstagssitzung geben niemals zu sensationellen Ereignissen Anlaß, über die sich Heilmann auf der Journalistentribüne amüsieren kann. (Heiterkeit.) Die Verwechslung Heilmanns ist charakteristisch, weil er nur nach dem Verhalten der paar Mäuseken im Parlamente nach ihrem äußeren Auftreten urteilt. Die Bedeutung der Abgeordneten liegt aber darin, daß sie im Reichstage mit der Ehre betraut sind, die feindliche Stimmung der gesamten Genossen des Landes gegen den Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. Darin liegt ihre Bedeutung und nicht in dem Gesicht, das dieser oder jener dabei schneidet. — Auf dem Internationalen Kongreß habe ich nicht Keir Hardie Vorschriften über seine Stellung zum englischen Budget machen wollen, sondern ich habe ihm nur gesagt, wenn ihr dem Klassenstaat Mittel für Heer und Rüstungen bewilligt, könnt ihr nicht den Arbeitern eines Landes und anderer Länder den Generalstreik im Kriegsfalle aufzwingen wollen. Heilmann sowohl wie der Vorredner haben das Wesen des Parlaments mißverstanden. Das ist ja gerade der Fluch in Deutschland, daß wir noch nicht einmal in den bürgerlichen Parlamentarismus des Klassenstaats hineingekommen sind. Nicht einmal den bürgerlichen Parlamentarismus haben wir, und trotzdem habt ihr in Baden, und die anderen, die euch zustimmen, so wenig proletarisches Selbstgefühl! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei den badischen Delegierten), so wenig Stolz (erneuter stürmischer Beifall und Widerspruch), daß ihr diesen jämmerlichen deutschen Bureaukraten die Existenz weiter ermöglichen wollt entgegen dem Willen der Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist der Kern der Sache. Ob der Mann Bodman oder Bethmann heißt, oder ob es sich um andere unmännliche Männer handelt (Heiterkeit), das ist gleichgültig, sie sind alle Handlanger des verschleierten Absolutismus, sie stehen da nicht Kraft einer Ueberzeugung, ich weiß nicht, ob sie je ein solches Ding besessen haben, sondern im Auftrage eines Monarchen. Und wenn es dem Manne nicht paßt, dann pustet er und dann verschwinden sie und dann versinken sie auf Nimmerwiedersehen. Und von den Phrasen solcher abhängigen Leute wollt ihr es abhängig machen, ob ihr dem Budget zustimmt oder nicht. (Frank lacht.) Genosse Frank lacht selbst darüber. (Frank ruft: Ueber Sie, mein lieber Lebedour!) Nichts ist charakteristischer als die Frivolität, mit der Sie die ganze Frage behandeln. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit, erregter Widerspruch der Minderheit. Frank ruft: Sie sind doch noch keine geheiligte Person!)

Die ganzen badischen Entschuldigungen sind nichts als frivole Redereien. Die Badenser haben förmlich nach einem Grund für ihre Budgetbewilligung gelechzt, und da ist euch denn der Bodman über die Leber gelaufen. (Heiterkeit.) Was sind das für Parteigenossen, die von solchen äußerlichen Umständen ihre Haltung in solchen wichtigen Fragen abhängig machen? Nun hat Kolb hier erklärt, wenn ihr wirklich die Resolution annehmt, müssen wir nach dem Rezept Ulrichs handeln und uns hinausschwindeln, indem wir sagen: unsere Haltung entspricht ja den Beschlüssen des Nürnberger Parteitags. Nun, wenn ihr mit diesem Herausschwindeln kommt (Stürmische Zustimmung der Mehrheit, Gelächter der Badenser), dann wissen wir eben, daß es Schwindel ist. (Lebhafter Beifall.) Es ist notwendig, die Resolution Bebel mit dem Zusatzantrag anzunehmen. Jawohl, Bebel, es ist notwendig, daß das Amendement angenommen wird. (Bebel: Das ist gar nicht notwendig!) Wir müssen eine bestimmte Tat hineinbringen, das steht in Einklang mit dem Organisationsstatut. (Bebel: Das ist unrichtig!) Es muß festgestellt werden, auf Grund welcher Tatsache die Organisation die Funktion des Ausschlusses zu vollziehen hat. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David:

Die Art, wie Lebedour die sachliche Begründung der Badenser gewürdigt hat, muß jedem unbefangenen Parteigenossen die Ueberzeugung beibringen, daß wir in dieser Frage mit solchen Diskussionen nicht zu einem befriedigenden Schluß kommen können. Lebedour hat mit seinen sachlichen Ausführungen (Heiterkeit) am besten bewiesen, wie notwendig es ist, die ganze Frage noch einmal einer leidenschaftslosen sachlichen Behandlung in einer Kommission zu unterziehen unter Hinzuziehung aller, die dazu theoretisch oder praktisch Material geben können. Man hat eingewendet, mit der Einsetzung einer solchen Kommission stelle sich der Parteitag ein Armutszeugnis aus. Ach nein, nicht diejenigen, die immer sagen, sie wüßten bereits alles, sind die Besten. (Sehr gut!) Jeder Mensch kann noch lernen, zumal in einer so komplizierten Sache. Leider wurde diese Frage von Anfang an auf den Parteitagen nicht vom rein sachlichen Stande, sondern aus den schärfsten gegensätzlichen Stimmungen heraus diskutiert. Die Genossin Luxemburg weiß natürlich alles, was in der ganzen Welt vorgegangen ist und vorgehen wird (Heiterkeit bei der Minderheit), aber den Genossen Haase möchte ich, obgleich er Jurist ist, doch fragen, ob er denn in der Lage ist, Auskunft zu geben über die staatsrechtlichen Bestimmungen und Formen der einzelnen Budgetrechte in den verschiedenen Staaten. Ich glaube, er würde dann sagen: mein Name ist Haase, ich weiß von nichts. (Große Heiterkeit.)

Der Genosse Braun hat sich ein Verdienst damit erworben, daß er uns diesen Weg gezeigt hat, der den Weg zum Frieden bedeutet. Wir haben unseren Antrag, die früheren Resolutionen aufzuheben, zurückgezogen zugunsten dieses Antrags und wir sagen damit: wir sind bereit, den Versuch zu machen; bringen Sie uns Gründe, dann wird die Sache geregelt werden, sonst kehren diese Debatten immer wieder, wir können beschließen, was wir wollen. Die Verhältnisse sind stärker als alle Beschlüsse. Ein einfaches Repetieren der früheren Beschlüsse, wie sie die Resolution Bebel will, kann dem Frieden nicht dienen. Nun hat Bebel einen Ausweg angedeutet, der mich etwas gewundert hat. Gewiß gibt es eine Möglichkeit, daß die Genossen bei der Budgetabstimmung sich dem entziehen, gegen den Parteitagsbeschluß zu verstoßen, ohne daß sie für das Budget stimmen, indem sie einfach hinausgehen, wie es schon Geck getan hat. (Heiterkeit bei den Badensern.)

So hat man es auch in Sachsen gemacht, in dem feierlichen Moment, wo der ganze Gegensatz gegen den parlamentarischen Staat zum Ausdruck kommen sollte. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Wollen Sie, daß dieser Weg gegangen wird? (Rufe: Nein, nein!) Das können Sie nicht wollen, das wäre jammervoll und eine Blamage für die ganze Partei. (Bravo! bei den Badensern.)

Der Antrag Jubeil verdient patentiert zu werden. Es wird kurzer Prozeß gemacht. Es ist nicht einmal eine Hinrichtung gewöhnlicher Art, sondern eine automatische Selbsthinrichtungsmaschine. (Heiterkeit.) Man drückt auf den Knopf, bums, ist das Messer herunter und man ist ausgeschlossen. (Große Heiterkeit.) Die Annahme dieses Antrags wäre die Proklamierung eines Standrechts. (Frank: Das ist russisch!) Bedenken Sie, daß die Abgeordneten die Vertrauensleute der Organisationen sind. Es ist doch möglich, daß in diesem Fall die Massen wieder hinter den Abgeordneten stehen. Wollen Sie, daß auch diese Massen dann aus der Partei herausfliegen? Machen Sie sich diese Konsequenzen klar. (Sehr gut bei den Südd.) Man hat unsere badischen Genossen auch wegen ihres Blockverhältnisses mit den Nationalliberalen angegriffen. Aber auch Bebel weiß, daß die Nationalliberalen kein einheitlicher Begriff sind. Es gibt mancherlei Richtungen in dieser Partei, die sich gegenüberstehen. Augenblicklich haben die Nationalliberalen gerade furchtbares Bauchgrimmen. Da ist es gar nicht ratsam, die verschiedenen Richtungen zusammenzutreiben. Es wäre richtiger, den Keil in die Ritzen zu treiben, anstatt die Gegner mit eisernen Klammern aneinander zu fesseln. (Sehr richtig!)

Glauben Sie denn wirklich, Genosse Bebel, daß es in diesem Saal einen Sozialdemokraten gibt, der die Absicht hat, die Partei ins Lager der Nationalliberalen zu führen? (Heiterkeit.) Ich appelliere an diejenigen, die die materialistische Geschichtsauffassung als das A und O betrachten. Glauben Sie denn wirklich, daß man eine so kompakte Partei mit dieser Entwicklung mit einer anderen Partei kleiern kann? (Bebel: Das glaube ich auch nicht, aber das schließt doch den Willen dazu nicht aus!)

Halten Sie uns denn für so dumm? (Bebel: Nein, aber diese Politik ist dazu angetan!) Wir haben in der nächsten Zeit die wichtige Aufgabe zu lösen, daß wir das Volk befreien von dem ungeheuren Druck der Brotwucher- und Lebensmittelverteuerungspolitik. (Zustimmung. — Bebel ruft: Und die Nationalliberalen?) Dabei wird der agrarische Flügel der Nationalliberalen der Parole Heyl folgen. Aber diejenigen Nationalliberalen, die sich im wesentlichen auf eine städtische Bevölkerung stützen, können nicht mitgehen. Wir müssen in erster Linie verlangen, daß die Wucherpolitik beseitigt wird. Mit der Lösung dieser Frage kann man nicht bis zum Zukunftsstaat warten. Gewiß hat Bebel recht, daß der preußische Staat einzig in der Welt ist. Aber unsere preußischen Genossen stellen die Dinge immer so dar, als ob die Zustände und Vorgänge in Preußen die notwendigen Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung wären. (Bebel: Das hat kein Mensch behauptet!) Sie nicht, aber andere, auch die Genossin Zetkin tut das. Angesichts der ganzen Entwicklung sollte man doch aufhören, mit oratorischer Phraseologie, wie Frau Zetkin das getan hat, allgemeine Forderungen aufzustellen.

Die Entwicklung in Süddeutschland bringt doch auch den preußischen Genossen Vorteile. (Bebel: Das bestreitet niemand!) Die Genossin Luxemburg nennt die badischen Errungenschaften Lappalien. Für Wahlen zu den Parlamenten mag ja das der richtige Ton sein. Wenn nicht gleich die Republik erreicht wird, dann sind es eben Lappalien. (Heiterkeit.) Man erschwert sich dadurch doch nur die Agitation im eigenen Lande. Was Sie hier zur Kritik des Erreichten sagen, das wissen wir ebenso gut und sagen es im Lande selbst sehr scharf. Aber das bringen wir doch nicht aus der Welt, daß Unterschiede und Errungenschaften von Wert da sind. Nötigen Sie uns nicht, das immer hier so zu unterstreichen, sondern setzen Sie entsprechend unserem Antrage eine Studienkommission ein! Es ist nicht beabsichtigt, irgendwie die Einheit und Geschlossenheit der Partei in großen Fragen anzutasten! Deshalb aber müssen Sie eine Lösung vermeiden, die den Stachel noch tiefer eindringen läßt. Beschreiten Sie den Weg, der die Einheit der Partei von innen heraus festigt, indem er die Begeisterung für die gemeinsame Sache nicht schädigt, sondern erhöht. (Lebh. Beifall bei der Minderheit.)

Dräner-Elberfeld:

Die Genossen, die der linken Seite der Partei immer vorerzählen, was alles auf dem Spiele steht, sind in der Regel die Provozierenden gewesen. Nach dem klaren Beschluß von Nürnberg konnte man wohl erwarten, daß kein Abgeordneter der Partei in einem deutschen Bundesstaate es noch wagen würde, gegen den Willen der höchsten Instanz zu verstoßen. (Sehr richtig!) Gewiß haben unsere badischen Genossen das Beste für die Partei gewollt; aber sie haben sich nicht gefragt, welche Wirkung nach außen ihr Verhalten hat, sie haben mehr Gewicht auf den Eindruck bei den bürgerlichen Parteien, als bei der eigenen Partei gelegt. Ihr Vorgehen hat wie Sprengpulver gewirkt. Der örtliche Vorstand von Elberfeld-Barmen wollte den 17 badischen Abgeordneten eine Brücke bauen, er wollte sich mit einer Aufforderung zur Mandatsniederlegung begnügen, aber die Genossen in den Parteiversammlungen verlangten ihren Ausschluß wegen Disziplinbruchs. (Bravo!)

So werden die Delegierten im Lande geschoben, und auch der Parteivorstand muß geschoben werden. Wenn die badischen Genossen das Verhalten ihrer Abgeordneten billigen, so beweist das, daß sie nicht richtig erzogen sind. (Unruhe bei den Südd. und lebhafter Beifall bei den Nordd.) In Baden wird keine grundsätzliche Politik im Sinne der Dresdner Beschlüsse getrieben, und auch die Preßkommissionen verkennen in dieser Beziehung oft ihre Pflicht. Ich könnte nur wünschen, daß die badischen Genossen ein so prinzipienfestes Organ hätten wie wir in Elberfeld. (Frank: Das würden wir uns nicht 14 Tage gefallen lassen.) Was soll nun werden? Disziplin muß sein. Ich empfehle den Ausschluß der Genossen aus der Partei, wir ersparen uns dann Auseinandersetzungen für später. (Ironisches Bravo! bei den Südd.) Die Einheit müssen wir wahren, aber nicht die Einheit um jeden Preis. (Bravo!)

Adolf Müller-München:

Wenn der Vorredner in Brüssel als Erzieher erscheinen wird, wird er dort dem Präsidenten der Internationale, dem Genossen Vandervelde, genau so imponieren wie die norddeutschen Agitatoren, die nach München gekommen sind, um zu lehren, und bald darauf als Bekehrte unter uns geblieben sind. (Zuruf: Wer denn?) Ich erinnere an unseren Johannes Timm. (Zuruf: Berliner Bayer!) Ich möchte nur wünschen, daß Sie uns noch mehr so tüchtige Genossen schicken. (Zuruf bei den Südd.: Lebedour! — Heiterkeit.) Es ist nicht richtig, daß ich meinen Fraktionsgenossen Klement unter falscher Vorspiegelung veranlaßt habe, den Antrag 94 zu unterschreiben. Ihm ist der Antrag von einem anderen unterbreitet worden, er hat sich geweigert zu unterschreiben nicht etwa wegen des sachlichen Inhalts, sondern wegen der Form. Ich habe ihn dann in freundschaftlicher Weise gefragt, warum er denn den vernünftigen Antrag nicht unterschreiben wolle, und er hat gesagt, er sei ganz damit einverstanden, nur verlange er, daß statt eines Delegierten des Parteivorstandes der ganze Parteivorstand in die Kommission eintritt. Darauf habe ich ihm erwidert, wenn du es verlangst, und wenn es dir Vergnügen macht, will ich deinen Wunsch vertreten, sofern ich überhaupt reden kann. Hiermit vertrete ich nun diesen Wunsch, denn wir haben gar nichts dagegen, daß der gesamte Parteivorstand und meinethalben auch noch ein halbes Dutzend Funktionäre von Groß-Berlin in die Kommission kommen. (Heiterkeit.)

Genosse Bebel hat sich durch die versöhnliche Art, in der sein Referat gehalten war, den Dank der Gesamtpartei verdient, aber trotz aller Versöhnlichkeit hat er doch einige Bemerkungen gegen die Bayern gerichtet, die ich schon in Rücksicht auf die aufhorchenden Gegner nicht unwidersprochen lassen kann. (Sehr richtig! bei den Südd.) Er hat daran erinnert, daß eine Anzahl bayrischer Parteigenossen, darunter auch ich, die Dresdner Resolution akzeptiert hätten. Ich weiß nicht, was das soll, denn wir haben in unserer ganzen Tätigkeit auch nicht das geringste Entgegenkommen gegen die Regierung und den Klassenstaat gezeigt, wir haben den Sinn der Dresdner Resolution — und auf den Sinn kommt es doch an — jederzeit erfüllt. Es kann uns wohl nicht als Sünde angerechnet werden, daß wir durch den Druck der sich stets mehrenden Massen, die hinter uns stehen, und durch den Einfluß unseres Münchner Parteiorgans, das sich eine glückliche Unabhängigkeit von dem souveränen Geldsack von Groß-Berlin bewahrt hat — daß wir durch diese Faktoren die Regierung des kapitalistischen Staates Bayern gezwungen haben, uns entgegenzukommen. (Bravo! bei den Südd.)

Bebel hat dann anerkannt, die bayrischen Genossen hätten viel Gemüt, aber sie wären zu weich. Nun, das Gemüt ist an und für sich kein Fehler, und wenn die Genossin Luxemburg zu ihrem außerordentlich scharfen Verstand auch noch eine ansehnliche Portion Gemüt hätte, so wäre sie ein vollkommenes Frauenzimmer. (Stürmische Heiterkeit bei den Südd.)

Ich halte es nicht für richtig, daß Bebel an der Rückgratfestigkeit und Mannhaftigkeit der bayrischen Genossen gezweifelt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Südd.) Bebel hat das nicht so schlimm gemeint. (Bebel: Ich habe es gar nicht so gemeint, wie Sie es darstellen.) Die Dinge werden aber so aufgefaßt, und auch die Größten innerhalb der Partei müssen ein wenig Rücksicht darauf nehmen, was die Gegner mit den Worten machen, die sie aussprechen. Unsere Zentrumsleute in Bayern haben eine Mappe, die gefüllt ist mit Aussprüchen der Genossen Bebel und Kautsky. (Bebel: und Vollmar!) Die Aussprüche Vollmars werden sich zur Zentrumsagitation wohl kaum verwenden lassen. Es wäre deshalb ganz gut, wenn man eine gewisse Vorsicht bei unseren Parteidiskussionen walten ließe. Bebel hat, und das hat mich gewundert, auch von angeblich inneren Vorgängen in der bayrischen Landtagsfraktion gesprochen. Ich weiß nicht, woher er die Kenntnis hat. (Bebel: Das werde ich Ihnen auch nicht sagen!) Ich erkläre ihm gegenüber, daß es in der ganzen bayrischen Landtagsfraktion kein einziges Mitglied gibt, das irgendwie Lust hätte, der Regierung des Klassenstaates entgegenzukommen oder ihr irgend einen Beweis des Vertrauens zu geben. Ich erkläre weiter, daß, wenn einzelne Mitglieder der Fraktion, und zu diesen Sündern gehöre auch ich, erklärt haben, daß wir der besonderen Verhältnisse wegen unter Umständen genötigt sind, gegen den Nürnberger Beschluß zu verstoßen (Hört, hört! und Unruhe), so liegt es eben an den besonderen bayrischen budgetrechtlichen Verhältnissen, weil Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten ein vollständiges parlamentarisches Steuerbewilligungsrecht hat. Wie wenig Eindruck hinsichtlich der gewollten Demonstration die Ablehnung des Budgets auf unsere Gegner macht, dafür ein klassisches Beispiel. Als nach dem Frankfurter Parteitag die bayrische Landtagsfraktion das Budget ablehnte, kam der damalige bayrische Finanzminister von Riedel zu den Bänken der Sozialdemokratie und sagte: ich danke Ihnen schön für das Vertrauen, daß Sie mir erteilt haben. (Hört, hört!) Und es ist in der Tat ein Vertrauensvotum. Denn wenn kein Budget in Bayern zustande kommt, tritt an Stelle der Verpflichtung für die Regierung das freie Ermessen. Die Regierung kann dann mit den Summen machen, was sie will. Sie kann also die Summen, die für Erhöhung der Arbeiterlöhne bewilligt sind, zur Erhöhung der Zivilliste verwenden. (Hört, hört!) Sie sehen also, wie notwendig das Studium dieser Verhältnisse ist, damit an Stelle des unfruchtbaren Symbolismus die praktische revolutionäre Aktion kommt, in der sie von uns Süddeutschen noch sehr viel lernen können. (Lebh. Beifall bei den Süddeutschen.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Nachmittag vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Riem-Dresden: Genosse Fleißner hat mir gestern Dinge unterschoben, die ich nicht gesagt habe. Als ich sagte, man solle keinen Geßlerhut aufrichten, meinte ich, daß man keine Beschlüsse fassen soll, die nachher zu solchen Situationen führen. Selbst Anträge, die von 208 Genossen unterschrieben sind, sind noch keine Beschlüsse.

Hildenbrand-Stuttgart: Es ist unwahr, daß ich in Stuttgart, wie Genossin Zetkin behauptet, gesagt habe, die württembergische Fraktion werde ohne Rücksicht auf die Partei tun, was sie wolle.

Genossin Zetkin: Ich habe nur gesagt, daß in der Tagwacht steht, Hildenbrand habe erklärt: Ihr könnt beschließen, was ihr wollt, wir tun, was wir wollen.

Adolf Geck: Genosse Meyer hat angedeutet, daß der von der Genossin Luxemburg verlesene Artikel des Lörracher Parteiblattes aus dem Lager von Geck und Genossen herrühret. Ich habe kein Lager für Artikel und stehe auch in keiner Beziehung zu dem Artikel. Er ist vom Baseler Vorwärts zu vertreten.

Lehmann-Wiesbaden: Aus der Rede Meyers, der auch zu den Budgetbewilligern gehört, werden Sie entnommen haben, mit welchen Mitteln man in Baden gegen diejenigen kämpft, die nicht alle Schwenkungen mitmachen. Man hat schon gemeinerweise in Mannheim gesagt, ich hätte meinen Standpunkt eingenommen, weil ich hoffte, mit Hilfe des Zentrums wieder in den Reichstag zu kommen. Diese Gemeinheit weise ich zurück. (Beifall.) Weiß Meyer denn nicht, daß das Zentrum in meinem Wahlkreise mein schlimmster Gegner ist? Den vorgebrachten Artikel kenne ich nicht.

Vorsitzender Dietz verliest auf Wunsch der Genossin Zetkin einen Bericht der Schwäbischen Tagwacht, wonach Hildenbrand in Stuttgart erklärt haben soll: Sie können beschließen, was Sie wollen, die Fraktion wird handeln, wie sie es für richtig hält.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vors. Dietz eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr.

Dr. Karl Liebknecht: Ich bin von jeher ein Gegner jeder taktischen Engherzigkeit und Engbrüstigkeit gewesen und habe eine Taktik der unbegrenzten Möglichkeiten empfohlen, im gewissen Sinne auch nach rechts, natürlich nach meinem Herzen mehr nach links. Ich habe auch so wenig wie irgend jemand bestritten, daß Süddeutschland schließlich etwas anderes ist wie Norddeutschland. Wir freuen uns, über die günstigeren Verhältnisse in Süddeutschland und benutzen sie bei jeder Gelegenheit als Argument im preußischen Landtage. (Hört, hört!) Aber es gibt Länder, die noch freier sind als Süddeutschland. Wenn die Begeisterung für den heutigen Staat sich progressiv mit der freieren Gestaltung des politischen Lebens vergrößert, dann müssen unsere Genossen in Frankreich und England schließlich vor Glückseligkeit rein aus dem Häuschen geraten. (Sehr gut!) Ich begreife auch die Ueberschätzung des Kontrastes zwischen Nord- und Süddeutschland. In der Bibel heißt es: es zog ein Knabe aus — er hieß nicht David

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

(Heiterkeit) —, um einen Esel zu suchen, und er fand ein Königreich. Mir scheint es, als ob manche ausgingen, ein Großherzogtum zu erobern und vielleicht statt dessen einen Esel finden. (Unruhe bei den Süddeutschen.)

Niemand hat etwas gegen die Ausnutzung der politischen Situation. Und wenn hier von kleinen Konzessionen und Lappalien gesprochen wurde, so soll damit nicht die praktische Arbeit der Badenser herabgesetzt werden, sondern es soll das Kleine, das erreicht wurde, gemessen werden an der Größe unserer Ziele. Die sogenannten Radikalen, das sind die eigentlichen Reformisten (Heiterkeit), die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten, die nicht vor dem Wald die Bäume übersehen. (Erneute Heiterkeit.)

Das Wesentliche ist immer, daß wir nicht die Quelle unserer Macht übersehen. Das sind die Massen. (Stürmischer Applaus.) Die Quelle unserer Macht liegt nicht im Parlament, und diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatisiererei. Die Zukunft der Politik Deutschlands ist gewiß nicht Baden, sondern viel eher haben wir die Zukunft zu sehen in Norddeutschland. Es ist viel wahrscheinlicher, daß sich die Dinge durch ständige Zuspitzung der Klassengegensätze in ganz Deutschland so entwickeln werden wie in Preußen, als daß es möglich sein wird, in dieser behaglichen Weise in den Zukunftsstaat hineinzugleiten, wie man in Süddeutschland glaubt. (Vielfaches Sehr wahr!)

Man schlägt uns die Einsetzung einer Studienkommission vor. Aber die ganze Budgetsache hängt uns schon zum Halse heraus. (Heiterkeit.) Wer sie bisher noch nicht kapiert hat, wird sie nie kapieren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es mit dem bayerischen Finanzgesetze so steht, wie uns heute gesagt wurde, so hat man allenfalls zu prüfen, wie der Nürnberger Beschluß angesichts dieses Gesetzes zu interpretieren sein wird. (Rufe der Badenser: Aha! Na also!)

Wenn wirklich einmal ein solcher Ausnahmefall eintritt, dann kann man ja fragen, ob nicht die Ausnahmebestimmungen des Nürnberger Beschlusses Anwendung finden müssen, um die es sich hier aber gar nicht handelt. Es ist nicht die Budgetfrage selbst, die den eigentlichen Grund der ganzen taktischen Auseinandersetzung bildet. Was hat all dem den Stachel gegeben? (Frank: Der Unverstand!) Was hat so tiefe Empörung in der großen Mehrheit der Parteigenossen erzeugt? Der Disziplinbruch und die Hofgängerei und die Brüskierung der Gesamtpartei. (Stürmische Zustimmung.)

Wir treiben gewiß keine Disziplinreiterei, ich persönlich am allerwenigsten. Aber hier handelt es sich nicht um irgendeinen beliebigen Beschluß, sondern um wiederholte Beschlüsse mehrerer Parteitage, die die Mehrheit als unverbrüchliche Beschlüsse betrachtet und für die sie unbedingt Respektierung fordert. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nicht um einen zufälligen, sondern um einen lange vorbereiteten, mit vollem Bewußtsein unternommenen Verstoß. Daß uns in der jetzigen Situation Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden, muß mit Recht die größte Entrüstung hervorrufen. In Gegenwart der Gegner wird der Nürnberger Beschluß als bloße Formsache erklärt. Ein schlimmerer Verstoß gegen die Demokratie ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Disziplin in der Partei ist keine erzwungene, sondern eine freiwillig übernommene, und gerade darum muß sie die schärfste sein. (Stürmischer Beifall.) Frank erklärt jetzt, daß die Badenser bei der Abstimmung für das Budget eine unangenehme Empfindung hatten. In der ersten schon präparierten Erklärung hieß es umgekehrt, daß es ihnen leid tue, gegen das Budget stimmen zu müssen. Was tut ihnen nun mehr leid? Den größeren Schmerz scheint ihnen die Abstimmung gegen das Budget zu bereiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Sie haben keinen Konflikt mit der Partei gesucht, aber sie haben den Konflikt mit der Partei nicht vermieden. Wir müssen uns darüber klar werden, daß es eine ungeheure Gefahr wird, wenn die ganze Sache einfach in der Weise abschließen würde, wie viele wünschen. Wenn dieser Disziplinbruch durchgeht, dann wird man in Zukunft überall auf die Parteitagsbeschlüsse pfeifen à la Baden. Darum können wir uns mit der Mißbilligung nicht begnügen, auf die stets nur gepfiffen wird. Wir sind es den großen Organisationen der Sozialdemokratie schuldig, daß wir etwas mehr als bloße Mißstimmung aussprechen.

Eine Beleidigung der Süddeutschen soll darin durchaus nicht liegen. Hätten die Süddeutschen nur die einzige Erklärung abgegeben: von jetzt an werden wir uns wie alle anderen Parteigenossen an die Parteitagsbeschlüsse binden, dann hätten wir die ganze Budgetdebatte nicht gehabt, und man hätte sich die heftigen Worte ersparen können. Da eine solche Erklärung aber nicht erfolgt ist, so hat man natürlich den Verdacht, daß diese Debatten nur geführt werden mit dem Hintergedanken, wenn wir aus Magdeburg heraus sind, dann können wir machen, was wir wollen. (Sehr wahr!)

Fast täglich habe ich von meinem Vater gehört: Disziplin ist das wichtigste, unsere Partei muß stolz sein auf ihre Disziplin, ohne Disziplin kann man keinen politischen Kampf führen. Und nun muß man sehen, daß bei einer solchen Situation Parteigenossen nicht das geringste Empfinden haben für das, was sie getan haben, daß nicht ein Wort des Bedauerns von dieser Seite gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen keine Guillotine aufrichten, wir wollen nur, daß der Parteitag in einer Art authentischen Deklaration seine Ansicht dahin ausspricht, daß, wer nun wieder, so wie es hier geschehen ist, gegen grundlegende Parteitagsbeschlüsse verstößt, damit die Grenze überschreitet. In welcher Weise dann der Ausschluß stattfindet, ist Sache für sich. Wenn David unseren Antrag anders auslegt, so befindet er sich im Irrtum. Für die Zukunft muß ein Pentagramma aufgestellt werden.

Wir stehen in Preußen in einem Kampfe, so schwer, wie ihn die Sozialdemokratie noch nie erlebt hat, in einem Kampfe, der für uns alle unübersehbaren Konsequenzen, die wir aber nicht scheuen, persönlicher und sachlicher Art zeitigen kann. (Stürmische Zustimmung.) Sie können uns viel helfen bei unserem Kampfe in Preußen, aber das Wichtigste ist, sichern Sie die Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Südekum:

Der erste Teil der Rede des Genossen Liebknecht war ein glänzender Beweis für die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission. (Gelächter bei der Mehrheit.) Liebknecht muß selbst eingestehen, daß es Fälle gibt, über die man mit einer authentischen Interpretation der Nürnberger Resolution hinwegkommt, und andere Fälle, in denen man sie übertreten muß. Alles das sollte sie doch bewegen, der sachlichen, ehrlichen und eine gute Lösung bietenden Forderung zuzustimmen, daß die Sache vom Fundament aus angepackt wird. Auer Fidcit, der keine Mörderagrube aus seinem Herzen macht, sagte und andere wiederholten es: Wir wollen Ruhe haben. Das ist der Standpunkt jenes Biedermannes, der in Berlin anschlagen ließ: Der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Jawohl, der König hat eine Bataille verloren. (Ledebour: Brunnenvergiftung!) Ach, Ledebour, ich kenne Sie doch. (Ledebour: So sollten Sie mal in Nürnberg reden!) Das wird schon geschehen, beruhigen Sie sich nur. Glauben Sie nicht, durch den Galgen der Resolution jubelt Ruhe zu bekommen. Bebel wird als erster die Fahne der Rebellion gegen diese Resolution erheben und muß sie erheben. (Zuruf: Abwarten!)

Es wird nicht möglich sein, alle die verschiedenartigen einzelstaatlichen Verhältnisse in das Prokrustesbett der Beschlüsse von Nürnberg und Lübeck zu spannen. Die süddeutschen Genossen haben geradezu die Pflicht, die Sache nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Wer sieht denn dafür, daß jeder Parteitag dieselbe Mehrheit haben wird? Dieser Parteitag ist ja auch schon sozusagen unter einem Ausnahmegesetz gewählt worden. (Lebh. Widerspruch.) Wann war es denn bei uns Mode, Delegierte mit gebundenem Mandat auf den Parteitag zu schicken (Zuruf: Namen nennen!), damit sie sich nicht umstimmen lassen? (Zuruf: Beweise!)

Sollte der Zusatzantrag Bebel auch nur ein einziges Mal Wirklichkeit werden, so würde die schwerste Erschütterung gerade des dann übrigbleibenden Teiles der Partei erfolgen. (Widerspruch der Mehrheit.) Große Teile Norddeutschlands stellen in der Sache selbst durch aus den Standpunkt der Süddeutschen. (Erneuter Widerspruch.) Was Sie wollen, führt nicht zur Einheit, sondern zur Kleinheit der Partei. Was Sie gegen die Studienkommission einnimmt, das ist die unglückselige Katastrophentheorie, die in der letzten Zeit in der radikalen Parteiliteratur eine Rolle gespielt hat. Diese Theorie ist Gift für Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften. Weiter helfen uns nicht Katastrophen, sondern die Katastrophe der Katastrophentheorie.

Rosa Luxemburg sagt den Badensern: Was braucht ihr für das Budget zu stimmen, es wird ja ohne euch auch angenommen — also eine Demonstration, wenn es nichts macht —, und die Nürnberger Resolution will, daß wir für das Budget stimmen, wenn wir die Mehrheit haben. Das ist alles eine innere Unwahrhaftigkeit, ein Pseudoradikalismus, eine wortrevolutionäre Politik, ein Wortfetischismus. Die Süddeutschen sind die wahren Radikalen. (Lautes Lachen bei der Mehrheit.)

Die Budgetverweigerer denken in Wirklichkeit gar nicht marxistisch, noch sozialdemokratisch, sondern arbeiten mit liberaler Phraseologie. Vergessen Sie nicht, daß die süddeutschen Massen mit gewaltiger Mehrheit hinter ihren Abgeordneten stehen. Will man den Dingen gerecht werden, muß man an die Dinge selbst herantreten. Davor schützen keine Resolutionen und auch nicht die Maßnahmen Zubeils, die an ihrer eigenen technischen Unmöglichkeit scheitern werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Westmeyer-Stuttgart:

Von den Delegierten der von den Abgeordneten Hildenbrand, Keil, Heymann, Dr. Lindemann parlamentarisch vertretenen württembergischen Wahlkreise bin ich beauftragt, zu erklären, daß sie geschlossen für die Vorstandsresolution eintreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wir haben kein gebundenes Mandat, aber Anhänger der Budgetbewilligung haben solche. (Stürmisches Hört, hört! und Rufe: Namen nennen!) Ich meine Knapper und Wagner. (Lebhaftes Hört, hört!)

Es handelt sich nicht mehr um die Budgetabstimmung, sondern um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat. Der bürgerliche Demokrat Robert Blum hat einmal gesagt: Morgens beim Minister speisen und nachmittags dem Minister Opposition machen verträgt sich nicht miteinander. (Stürmische Zustimmung.)

Aber unsere Genossen im württembergischen Landtage haben nicht nur teilweise an Ministeressen teilgenommen, sondern sind liebwerte Gäste am Königshof gewesen. (Lebhaftes Hört, hört!) Budgetbewilligung, Hofgang, Ministeressen, das entspringt alles derselben Wurzel. Es ist unrichtig, wenn Hildenbrand sagte, ich wollte die ganze Fraktion kneblen, ich, der einzige, so viele hervorragende Geister. Nein, ich habe nur ausgesprochen, was die große Masse der Genossen denkt. (Widerspruch Hildenbrands.)

Ich kenne deine Kampfesweise, Hildenbrand. Du solltest doch so viel Rücksicht auf den Parteitag nehmen, wie du beim Ministeressen gezeigt hast. (Mehrfaches Sehr richtig!) Wenn gesagt worden ist, daß hinter den badischen Genossen die badischen Parteiorganisationen stehen, so konstatiere ich, daß hinter den Abgeordneten in Stuttgart in dieser Frage die Organisationen nicht stehen. Der Wert der parlamentarischen Tätigkeit wird illusorisch gemacht, wenn die Abgeordneten die Axt an die Wurzel unserer Kraft, an die Disziplin legen. Wenn die Disziplin untergraben wird, stürzen nicht nur die Organisationen zusammen, dann brechen unter den Trümmern die Mandate unserer Abgeordneten zusammen. (Lebhafte Zustimmung.)

Besonders erbittert hat die kalte Ueberlegung dieses Disziplinbruchs. Sie hat den schärfsten Tadel auch bei Leuten gefunden, die sachlich auf dem Boden der Budgetbewilligung stehen. Es ist versucht worden, uns mit einer Mainlinie gruselig zu machen. (Frank: Wer hat das gesagt?) Das stand doch in den Zeitungen. Es heißt doch auch immer: wir Süddeutschen. (Frank: Gewiß!) Aber trotz der süddeutschen Landtagsfraktion wird die Arbeiterschaft einig bleiben. Nur dann könnte die Situation kritisch werden, wenn der Parteitag selbst nicht die Kraft und den Entschluß findet, ganz energisch für diese Einheit einzutreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Die in großer Anzahl vorhandenen Genossen in Süddeutschland, die für die Einheit der Partei tätig sind, verlangen einen klipp und klaren unzweideutigen Entschluß. Möchte in der Vertretung der Beschlüsse der Gesamtpartei nur der zehnte Teil der Energie gezeigt werden, die bekundet wird, wenn es gilt, gegen die Beschlüsse der Partei Front zu machen. (Sehr gut!) Nur von unten her, durch die Massen der Parteigenossen kann der Bewegung gegen Parteitagsbeschlüsse ein Ende gemacht werden. Dazu soll uns ein unzweideutiger, klarer Beschluß helfen, und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution des Parteivorstandes mit dem Amendement Zubeil. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Ruffel-Leipzig beantragt Schluß der Debatte. (Beifall.)

Auer-München bittet, erst nach dem nächsten Redner Severing Schluß zu machen, damit die Parität gewahrt bleibt und die gleiche Anzahl von Rednern für und gegen zu Wort kommt.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hug-Bant erklärt, daß es ihm durch den Schlußantrag unmöglich gemacht sei, darzulegen, daß er auf dem Boden der Süddeutschen stehe. (Bebel: Das wußten wir!)

Persönliche Bemerkungen.

Stadthagen:

Frank glaubt einen Gegensatz konstruieren zu können — wenigstens könnte das von der liberalen Klistierspritzenlogik so ausgelegt werden — zwischen der Auffassung von Bebel und mir. Er glaubte zur Unterstützung dessen anführen zu können, ich hätte den badischen Genossen hündisches Benehmen vorgeworfen. Das trifft nicht ganz zu. Ich habe in der Versammlung, auf die er bezug nahm, dargelegt, daß es nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch ist, wenn man sagt, eigentlich müßten wir schon deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt angesehen wird, das Budget ablehnen, aber wir nehmen es an. Dabei hat mir vorgeschwebt die Selbsterkenntnis von Nationalliberalen, die in einer ähnlichen Lage erklärten: Hunde sind wir ja doch. (Große Unruhe bei den Südd.) Da ich aber sehe, daß das Wort hündisch Ihnen nicht paßt, bin ich gern bereit, dafür zu sagen: nationalliberal oder kompliziert. (Lachen bei den Südd.)

Wagner-Stuttgart:

Genosse Westmeyer sprach von gebundenen Mandaten und erwähnte dabei auch mich. Ich habe die Sünden der württembergischen Landtagsfraktion nicht mitgemacht, nicht die Etatabstimmung, nicht die Fahrt nach Friedrichshafen und auch nicht den Königsbesuch. (Bravo!) Ich stehe auf dem Boden des Programms und auf dem Standpunkt, daß Parteitagsbeschlüsse befolgt werden müssen. Ich habe aus diesem Grunde betont, daß ich die Stellungnahme der Badenser bedauere. Ich bedauere das um so mehr, weil ich die Nürnberger Resolution als einen Fehler ansehe, da sie unsere Bewegungsfreiheit und Agitationstätigkeit hemmt. (Hört, hört! bei den Südd.) Ich bin einstimmig als Delegierter zum Parteitag gewählt worden, und erst nachträglich hat man angeregt, ich sollte beauftragt werden, für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zu wirken. Das ist doch kein gebundenes Mandat. Ich glaube übrigens, wir wären zu einer anderen Auffassung in der Budgetfrage gelangt, wenn nicht der badische Fall dazwischen gekommen wäre. (Sehr wahr!)

Knapper-Heilbronn:

Westmeyer hat die objektive Unwahrheit gesagt, als er behauptete, daß ich ein gebundenes Mandat habe. Wohl aber haben vor zwei Jahren die Freunde Westmeyers den Delegierten nach Nürnberg gebundene Mandate mitgeben wollen.

Kühn-Dresden:

Gegenüber dem Genossen Heilmann stelle ich fest, daß wir in den letzten zwei Jahren gegen den Polizeietat gestimmt haben und ich stelle weiter fest, daß im Dresdner Stadtverordnetenkollegium eine Gesamtabstimmung über den Etat überhaupt nicht stattfindet. Ich bin ferner von meinen Dresdner Mitdelegierten beauftragt worden, gegen die gestrigen Ausführungen Riems zu protestieren, die sich mit den Anschauungen der übergroßen Mehrheit der Dresdner Genossen durchaus nicht decken.

Die Schlußworte.

Bebel:

Bevor ich sachlich in die Debatte eintrete, bin ich genötigt, eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich war leider am Schlusse der gestrigen Sitzung bereits abwesend, als Peus seine persönliche Bemerkung gegen mich machte, die mich zwingt, meinerseits kurz darauf zu antworten.

Der Kollege Peus war darüber beleidigt, daß ich von dem Blatte, daß er redigiert, als einem Blättle sprach. Ich habe mir hintennach sagen lassen, daß das für norddeutsche Genossen etwas beleidigend klingt, aber da ich sehr häufig längere Zeit in Süddeutschland lebe, kann ich konstatieren, daß man da von viel größeren Blättern, als das vom Kollegen Peus ist, von einem Blättle spricht. Das ist mir also nur so aus dem Munde geschlüpft und sollte natürlich nicht beleidigend sein. Peus hat sich weiter bitter beschwert, daß ich ihm vorgehalten habe, daß er zu ziemlich den gleichen Zeiten verschieden gesprochen hat. Peus ist schon häufig Gegenstand der Erörterung im Parteivorstand gewesen und namentlich als der verstorbene Genosse Auer noch lebte, habe ich wiederholt mit diesem Unterhaltungen gehabt, ihm Blätter, die Peus herausgegeben hatte, vorgelegt und gesagt, das geht doch über die Hutschnur, da glaube ich doch, daß wir vom Parteivorstand einschreiten sollten. (Lebh. Sehr richtig!) Sie wissen, wie Auer in solchen Dingen dachte: um nicht Konflikte hervorzurufen, beruhigte ich mich dann bei seinen Ausführungen. Es kamen die Reichstagswahlen von 1903. Peus bat mich ein, für unseren Kandidaten Kaeppler in Dessau zu sprechen. Ich ging selbstverständlich hin, denn wenn eine Reichstagswahl ist, dann frage ich nicht, ob der Kandidat Revisionist oder Radikaler ist. (Zuruf: Kaeppler ist gar kein Revisionist.)

Ich habe also in der Wahlversammlung meinen Vortrag gehalten und danach sprach Peus. Ich war außerordentlich erstaunt, wie derselbe Peus, der kurz zuvor verlangt hatte, daß man die prinzipielle Einleitung zum Programm streichen möchte (Peus: Ist ja nicht wahr!) — das haben Sie doch verlangt! — wie naiv und einwandfrei er sich da verhielt. Später ist er in seiner Haltung noch weiter gegangen. In diesem Monat habe ich gelesen, welch eigenartige Bemerkungen er über die Idee eines Zusammenhaltens nach rechts, mit den bürgerlichen Parteien, gemacht hat, und es fiel mir auf, daß er in Brandenburg bei seiner Kandidatenrede auf der Konferenz einen Ton anschlug, der zu dem, was ich gelesen hatte, gar nicht passen wollte, und ich dachte, na, er kann auch anders. Im übrigen ist ja bekannt, daß er sehr wunderbare Ausführungen macht. Ich habe hier eine Nummer des Volksblattes für Anhalt aus den letzten Tagen und da schließt ein Artikel mit diesen Worten: „Nur die Sozialdemokratie und die Demokratische Vereinigung nehmen die Interessen der Lohnarbeiter wahr.“ (Hört, hört! Heiterkeit.)

Ja wozu hat denn ein Sozialdemokrat Reklame für die Demokratische Vereinigung zu machen. Ich habe vor dem Redakteur des Blattes Das freie Volk, vor Herrn Dr. Breitscheidt, großen Respekt. Er hat unter anderem über Budgetabstimmung und Blockpolitik Bemerkungen gemacht, von denen ich gewünscht hätte, daß sie in der Parteipresse gemacht wären, so treffend und so radikal waren sie. Ich muß zu unserer Schande sagen, zum ersten Male in den 47 Jahren, solange wir die Partei haben, ist es möglich, von bürgerlichen Blättern zu sagen, daß sie die Forderungen der Demokratie besser verstehen als ein Teil der Partei. (Bewegung.)

Was in unserer Presse vom Budget und Block hie und da gesagt wurde, läßt sich tatsächlich vor dem bürgerlich-demokratischen Standpunkte nicht rechtfertigen. — Nun haben Peus, Müller und David angedeutet, daß meine Bemerkungen der Kandidatur von Peus schaden könnten. Müller besonders hat gemeint, und ich nehme an, das bezieht sich auf mich, man solle sich mehr zurückhalten und nicht den Gegnern Gelegenheit geben, unsere Worte gegen uns selbst auszunutzen. Aber wenn die Rücksicht auf die Gegner so weit gehen soll, daß wir uns einen Maulkorb umhängen müßten, dann danke ich. (Bewegung und Zustimmung.)

Sorgen die Genossen durch ihre Handlungen dafür, daß in einem solchen Momente wie dem jetzigen es nicht nötig ist, solche Kritik üben zu müssen. (Stürmischer Beifall.) Das ist ja sehr schön von den Revisionisten, in solchen Momenten zu kommen, man mögt doch nicht debattieren, wir sind unschuldig, die Radikalen sind an allem schuld! (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß der Brandenburger Kreis wieder zurückerobert wird, aber wenn ich sagen soll, ob das gerade die Person Peus sein soll, da habe ich eine andere Meinung! (Große Bewegung. Verschiedene Zwischenrufe: Aber! aber!) Ihr habt euch immer noch nicht an den Bebel gewöhnt. Vielleicht wird's nie. (Ruf: Er soll sich an uns gewöhnen.) Da müßt ihr andere Saiten aufziehen, ehe ich mich an eure Handlungen gewöhnen könnte. Mit euren Personen ist es natürlich anders. (Frank: Damit ist Peus Basis gesichert.)

Ich gehe nun zu den Ausführungen Franks über. Es war ja selbstverständlich, daß sich Frank die größte Mühe geben würde, seine und seiner Freunde Haltung im badischen Landtag und ihre Gründe für die Budgetabstimmung hier auseinanderzusetzen. Ich bin dabei außerordentlich enttäuscht worden und ich habe auch auf den Parteitage von verschiedenen Seiten Ausdrücke der Verwunderung hören müssen, daß Frank keine besseren Gründe vorzuführen wußte, als er hier vernehmen ließ.

Heilmann meinte heute, die Verhandlungen hätten gar nichts neues geboten. Das kann sein, wenn ich allerdings auch anderer Meinung bin. Aber bei so viel erörterten Fragen ist es allerdings schwer, etwas Neues vorzubringen. Von dem Anhänger der Budgetbewilligung hätten wir allerdings neue Gründe erwarten dürfen, weil die, die er vorgebracht hat, zu den oft abgehandelten zählen Kamellen gehören, die die große Mehrheit der Partei niemals bestimmt haben, von ihrer Auffassung abzugehen. Da erzählt uns Frank von der Stellung der badischen Fraktion im Landtage. Nun, im Reichstage haben wir diese Stellung längst. Längst sind wir im Seniorenkonvent vertreten und stellen Kommissionsvorsitzende.

Singer war lange Jahre Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission. Gegenwärtig ist Geyer Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission und Südekum Vorsitzender der Wertzuwachssteuerkommission. Aber es ist uns keinen Augenblick beigekommen, das als eine besondere Begünstigung anzusehen, die uns zu einer anderen Haltung der Regierung gegenüber verpflichtet. — Es kann sein, daß Baden eine ganze Reihe Fortschritte aufzuweisen hat, die zum Beispiel für Sachsen sehr erstrebenswert wären. In Süddeutschland ist der Verkehr auch mit den politischen Gegnern ein ganz anderer, weit menschlicher, als in Norddeutschland.

Selbstverständlich liegt dann auch die Gefahr einer größeren Nachgiebigkeit vor, und ich bin überzeugt, das hat bei euch in Baden mehr als einmal bei wichtigen Fragen den Ausschlag gegeben. Aber da kann ich keinerlei Vorwurf machen, ich freue mich über diese günstigeren Verhältnisse in Süddeutschland und bedaure, daß sie in Norddeutschland aus sehr natürlichen Gründen nicht vorhanden sind.

Frank nahm bezug auf das Schulgesetz. Die Meinungen über die erreichten Vorteile gehen in der Partei auseinander. Was Frank uns gestern aufgezählt hat, hält sich innerhalb der Grenzen, die ein Nationalliberaler bewilligen kann. (Sehr richtig!)

Mit diesen kleinen Errungenschaften kann man nicht die Zustimmung zum Budget rechtfertigen. (Zuruf: Sie haben ja selbst das sächsische Budget oft bewilligt.) Fällt mir gar nicht ein, nicht einmal. Lesen Sie nur meine Reden im sächsischen Landtag, und Sie werden sehen, daß niemals Minister so heruntergehauen worden sind, wie damals durch den Bebel. In der Lörracher Volkszeitung wird ausgeführt, das neue Schulgesetz hat bei der Bevölkerung und namentlich

(Fortsetzung in der 3. Beilage.)

3. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220. | Dresden, Donnerstag den 22. September 1910. | 21. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

der Lehrerschaft keine gute Aufnahme gefunden. Es wird keine ge Lehrerschaft haben. Das steht in der Volkszeitung, Organ der tätigen Massen des badischen Oberlandes in Lörrach, und ist nder von einem Lehrer geschrieben worden. Wenn so Leute ur- en die am allermeisten am Schulgesetz interessiert sind, so haben ter Genossen u. gleich keine Ursache, wegen solcher Errungen- en großes Halloo zu machen und der Partei anzukündigen, was sie gen hätten sei mustergültig. Das sind furchtbare Uebertrei- ben. Ich kann diese Politik nur nationalliberal nennen. Diese ruf der Verlautbarung und Abschleifung aller Gegensätze führt zur meinen Versumpfung. (Sehr richtig!) Daß die badischen Partei- sen hinter ihren Abgeordneten stehen, wußten wir. Sie haben auch nichts anderes gelesen als die paar badischen Parteiblätter, ferrichtigt die Massen im Sinne ihrer Politik bearbeitet haben. so sehr bedauerlich, daß man sich hier in unserer Partei einer so geheuchelten Information schuldig macht.

Dann hat Frank in einer Reihe anderer Reden Bezug genom- auf einen Satz in unserer Resolution, in der von kleinen Kon- nen gesprochen wird. Quessel ging sogar soweit, zu sagen: Ja el, damit verleugnen Sie Ihr ganzes Lebenswerk. Man lasse die Linke im Dorfe. Ich habe lediglich die kleinen Konzessionen Gegensatz gestellt zu der grundlegenden Umgestaltung der Gesell- ft, die unsere Partei fordert und für die keine Regierung ein- n kann. Ich unterschätze die kleinen Konzessionen nicht, aber soll sie auch nicht überschätzen, man soll nicht kleine Konzessionen, man früher kein Aufhebens gemacht hat, heute so hin- n, als handle es sich um wunder was für Errungenschaften. Wenn ein Marx seinerzeit gesagt hat, die Eroberung des Zehnstunden- s in England 1847 war nicht eine Reform, das war eine Revo- on, dann werden Sie mir als Anhänger von Marx glauben, daß die Erfolge nicht geringer einschätze, obwohl eine Zehnstundenbill ch doch etwas ganz anderes ist wie 1847. (Lebhafte Zustimmung.)

Im großen ganzen haben ja auch alle Redner, wenn auch der sehr ist den gegenteiligen Eindruck hervorrief, einmütig erklärt, wir praktisch zu arbeiten haben und das haben wir von jeher n. Wir haben seinerzeit den Ausschlag für den russischen Handels- ag gegeben und dadurch die Herabsetzung der Getreidezölle von auf 350 M. erreicht, wir haben uns 1891 bemüht, die Gewerbe- ssgesetze in unserem Sinne zu verbessern, aber als dann die nnte Verschlechterungskommission unter Führung des Freiherrn Stumm unsere Verbesserungen wieder herausbrachte, da haben tsächlich entschlossen dagegen gestimmt. So könnte ich Ihnen noch ere Beispiele in Fülle und Fülle anführen. Worüber wir uns ten, worüber wir auch in der Fraktion sehr häufig streiten, das ist ob das Maß von Konzessionen so groß ist, daß wir mancherlei chlechterungen durchgehen lassen können. Aber das sind keine den Fälle, darüber entscheidet die Fraktion im großen ganzen rtig und die Frage Radikalismus oder Revisionismus hat in Reichstagsfraktion bisher noch gar keine Rolle gespielt. (Leb- ft Zustimmung.)

Nun hat Frank gemeint: In bezug auf den Prinzen Ludwig Sie aber eingefallen. (Heiterkeit.) Mein, ich bin gar nicht gefallen. Daß Prinz Ludwig katholisch ist, weiß ich längst, daß ganz katholisch ist, weiß ich auch und ich bin, offen gestanden, im rfel ob ich das Glaubensbekenntnis in Altötting oder das kurz vor in Königsberg ergangene für besser oder für vernünftiger halten wenn der Vernunft dabei überhaupt die Rede sein sollte. (Heiter- .) Es ist ja dementiert worden, aber das ist ganz gleich. Die ziehung unserer Prinzen und Fürsten im fortschrittlichen Sinne ja überhaupt viel zu wünschen übrig. (Große Heiterkeit.) Das eine bekannte Tatsache, an der wir nichts ändern können, und darin wir ja auch ganz einig, daß wir weder Prinzen noch Fürsten an Spitze brauchen. (Sehr gut!)

Aber da Prinz Ludwig sich für das allgemeine Wahlrecht er- t und sogar — ich glaube, nicht einmal unsere Genossen haben s bestritten — nach jeder Volkszählung eine Neueinteilung der ahlkreise verlangt hat, so habe ich damals gesagt: wenn wir einen ser zu wählen hätten und in der Wahl auf einen Fürsten beschränkt ren, denn im anderen Falle würde ich ja selbst als Kandidat auf- ten (Stürmische, minutenlang anhaltende Heiterkeit), — ja, ich t das deshalb, weil ich weiß, daß ich dann die Revisionisten und Radikalen auf meiner Seite haben würde (Erneute große Heiter- t) — also ich habe gesagt: wenn schon innerhalb des Fürstenkreises wählt werden muß, dann wähle ich den Prinzen Ludwig, der ist viel lieber als ein Hohenzoller. (David: Na also!) Wundern sich darüber? Auch Sie würden das tun. Darüber sind wir uns einig.

Dann aber habe ich an den Ausführungen von Frank voll- ständig vermißt, wie sie selbst mit den sogenannten Errungenschaften es waren ja welche darunter, obgleich die Wertschätzung bei mir ganz anders ist als bei Ihnen — Ihre Zustimmung zum Budget begründen können. Ihr konntet eure ganze parlamentarische Taktik halten, wie ihr sie gehalten habt, ihr konntet dort, wo euch das ze in den Schoß fiel, es akzeptieren, wie wir es auch gehalten en und wie wir es noch täglich im Reichstage machen. (Sehr gut!) Es ist doch gar kein Zweifel, daß wir in sozialpolitischen gen, wenn unsere eigenen Anträge abgelehnt waren, oft mit dem rzentliberalen stimmen mußten, weil es weiter ging, als die ren. So könnt ihr im Landtage auch handeln, man ich aber nicht mit einer bestimmten Partei verbrüdern.

Ihr habt keine Gründe vorzubringen gewußt, um die Ab- mung für das Budget zu rechtfertigen, und was eurem ganzen halten einen so außerordentlich komischen Anstrich gibt, das ist, nachdem ihr monatelang für das Budget stimmen wolltet, Ihr rn von einer Redewendung des Ministers, die euch ärgerte, be- haben, dagegen zu stimmen, und daß ihr dann, als der ter auf die erregten Wogen ein paar nichtssagende Redensarten wieder angefallen seid. (Sehr gut!) Ihr habt ja förmlich gelacht, für das Budget zu stimmen. Es war euch äußerst genommen, dagegen zu stimmen, sonst wäre ja eure Haltung ganz verständlich. Und da sage ich: das ist keine Haltung von Männern, keine Rückgratfestigkeit, sondern eine Biegsamkeit, die ich alle- bekämpft habe, und die ich bekämpfen werde, solange ich lebe. (Stürmischer Beifall.)

Das ist kein Standpunkt, wie er sich für Sozialdemokraten wir müssen noch ein stärkeres Rückgrat haben als andere denn wir sollen in den allerwichtigsten Fragen taktfest und nach jeder Richtung sein. Es lag kein Hindernis für die prak- Arbeit vor. Ihr mußtet nach Lage der Verhältnisse und nach Beschlüssen der Parteitage gegen das Budget stimmen, und ihr ja bis heute noch nicht bewiesen, daß sonst ein großer Schaden worden wäre; wäre das der Fall, dann hättet ihr doch nicht 24 Stunden lang entschlossen sein können, gegen das Budget stimmen. (Sehr gut!)

Nun sagt man, man kann sich nicht binden. Ja, von 1901 bis sind wir ganz gut ausgekommen, da haben die Bayern, Badenser Württemberger gegen das Budget gestimmt, aber auf einmal die drei übereingekommen, gestützt auf den letzten Absatz der Resolution, dafür zu stimmen, und das machte den Nürn- Beschluß notwendig, um die weiteren Zustimmungen zum Budget nach Möglichkeit zu verhüten.

Kolb meinte, selbst die Frage der Teilnahme an der Regierung werde eines Tages aktuell werden. Eine Teilnahme an der Regierung ist selbst im Musterländle Baden nicht denkbar. (Sehr gut!) Wenn also der eine oder der andere die kühne Idee haben sollte, daß etwas herausschaut, wenn man für das Budget stimmt, dann täuscht er sich. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Im Klasseninstinkt und in der Wahrung der Klasseninteressen sind unsere Gegner immer noch die Gescheiteren. (Sehr richtig!) Kolb sprach von der Möglichkeit einer Teilnahme der dänischen Genossen an der Regierung. Unser lieber Gast Stauning hat mir eben noch bestätigt, daß die dänische Sozialdemokratie, auch wenn sie mit den dänischen Radikalen zusammen bei den letzten Wahlen die Mehrheit erlangt hätte, nicht in die Regierung eingetreten wäre. Unsere dänischen Parteigenossen haben eifrig die Radikalen unterstützt. Die Demokratie in Dänemark bedeutet etwas ganz anderes als der Liberalismus in Deutschland. Mit ihr kann höchstens die kleine Gruppe verglichen werden, die von Breitscheid geführt wird. Beim deutschen Liberalismus gibt es keine Grundsätze mehr. Aber in ein Ministerium auch der dänischen Demokratie wollen unsere dortigen Genossen nicht eintreten. Sie wollen wohl ein solches Ministerium unterstützen, aber freie Hand behalten.

Die Hinweise Kolbs auf Oesterreich und Frankreich treffen nicht zu. Mein Freund Jaurès hat ausdrücklich erklären lassen, daß er nicht erst durch die Amsterdamer Beschlüsse bestimmt worden sei, gegen das Budget zu stimmen, sondern daß er das aus eigener freier Ueberzeugung tue. Die Oesterreicher stimmen schlankweg dagegen. Die Engländer können uns — unser lieber Freund Keir Hardie nehme mir das nicht übel — nicht in allen Dingen als Muster gelten, einmal weil England ganz andere Verhältnisse hat und zum andern, weil es dort eine große sozialdemokratische Partei zurzeit nicht gibt. Die dortigen Trad Unions würde Marx nicht mehr als Preisfechter des europäischen Proletariats bezeichnen.

Seit 1870 geht die deutsche Sozialdemokratie dem internationalen Proletariat voran. Und so wird es weiter bleiben, wenn wir vernünftig sind. Gewaltiges haben die englischen Trade Unions geleistet, aber es können schwerlich unsere Gewerkschaften die englischen als mustergültig ansehen. (Zustimmung.) Ich hoffe ja, daß das sich ändern wird, und daß das gewaltige englische Proletariat bald Hand in Hand mit uns marschieren wird.

Keil schlug einen Vermittelungsweg vor. Er bezeichnete als solchen den letzten Absatz der Lübecker Resolution. Keil hat dabei ganz übersehen, daß dieser Beschluß durch den Nürnberger Beschluß verbessert worden ist. (Keil ruft: Der ist falsch!) Genosse Keil, Sie halten für falsch, was die andern für richtig halten. Solange die Mehrheit aber auf dem falschen Standpunkt steht, müssen sie sich fügen, anders geht es nicht. Der Standpunkt der Resolution ist maßgebend, damit muß man sich abfinden. In Nürnberg sagte Hildenbrand: Die Resolution macht uns die Arbeit im Landtage unmöglich. Ihr habt mittlerweile zwei Jahre sehr fleißig gearbeitet. Die Resolution hat euch gar nichts geschadet. Und das nächstemal werdet ihr so viel Gründe gegen die Annahme des Budgets haben, daß ihr es ruhig tun könnt.

Ich muß es euch Süddeutschen und den anderen, die ebenso denken, noch einmal mit aller Schärfe sagen: Ihr übersehet die Rolle der einzelstaatlichen Regierungen im Reich und im Bundesrat. Die ganze Reichspolitik ist auch durch die süddeutschen Regierungen mit geschaffen worden. Wir können die Regierungen im Reichstag nicht zur Verantwortung ziehen. Das ist eure Sache in den Landtagen. (Frank: Das ist auch geschehen!) Die Regierungen haben den Steuer-, Militär-, Marine-, Flotten-, Kolonialvorlagen und früher den Ausnahmegesetzen zugestimmt. Auch die kleinsten Regierungen konnten eine solche Politik bekämpfen und haben es nicht getan.

Die Zölle sind durchlaufende Posten in den Staatsbudgets der Einzelstaaten. Solchen Regierungen könnt ihr doch kein Vertrauen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus könnt ihr zu keinem Budget stimmen. Wenn ihr das motiviert, dann begreift das jeder Mensch, jeder Arbeiter. Es geht alles, wenn man es nur mit der nötigen Geschicklichkeit, der nötigen Gründlichkeit und dem nötigen Ernst betreibt. Täuscht euch doch nicht. Die ungeheure Erregung, die diesmal bei den verschiedenen Rednern und bei den ganzen Debatten dieses Parteitags zum Ausdruck kam, ist nichts weiter als die Widerspiegelung der ungeheuren Erregung der Massen des breiten Volkes.

Diese Massen begreifen es nicht, daß es Leute gibt, die Regierungen unterstützen, die sie am liebsten beseitigen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben (Stürmische Zustimmung), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind. Das kommt unbewußt zur Geltung. Denkt daran, daß ihr vor eure Wähler kommen müßt und seht zu, daß es euch nicht geht wie den törichten Jungfrauen in der Bibel. (Sehr wahr!)

Man hat verschiedentlich von Spaltung gesprochen. Ich bin fest überzeugt, daß kein Mensch im Saale an eine Spaltung denkt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Ich habe als junger Mensch neun Jahre für die Einheit der Partei gekämpft, bis wir sie endlich hatten. Kein Mensch wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tue, von dem ich glaube, daß es zur Spaltung führen könnte. Wenn wirklich einzelne unter uns tollkühn genug sein sollten, an eine Spaltung zu denken oder gar eine Spaltung zu wünschen; ich weiß, die Spaltung kommt nicht, die Massen machen sie nicht mit. (Stürmischer Beifall.)

Und wenn ein kleiner Kreis folgen sollte, es dauert keine paar Monate und wir haben sie wieder in unseren Armen. (Erneute stürmische Zustimmung.) Unsere Freunde in Süddeutschland, die gegen unsere Resolution sind, sollten sich einmal fragen, ob nicht auch in Süddeutschland seit dem Nürnberger Parteitag ein merklicher Umschwung der Stimmung eingetreten ist. (Widerspruch bei den Süddeutschen.)

Nun, heute ist doch das westliche Nordbayern gegen die Budgetbewilligung. (Widerspruch der bayrischen Delegierten.) Nürnberg ist entschieden dagegen. Es haben Stuttgarter und andere gesprochen, die damals auf einem ganz anderen Standpunkt standen. Die hessische Minderheit gegen die Budgetbewilligung war niemals so stark wie heute. In Hannover sind Stimmen laut geworden, die früher ganz anders sprachen, die jetzt auch dagegen sind. Wenn man glauben würde, über alle diese Erscheinungen leichten Herzens hinweg gehen zu können, dann täuscht man sich ungeheuer. (Sehr richtig!)

Ich mache mich anheischig, auch in Baden eine ganz andere Stimmung hervorzurufen. (Zuruf: Macht's nur!) Ja wir bringen es fertig, wenn es sein muß. (Große Heiterkeit.) Die badischen Proletarier müßten ja keine Proletarier sein, wenn es anders sein sollte. (Lebhafte Zustimmung. Frank ruft: Dann werden wir mal nach Berlin kommen! Große Heiterkeit!) Lieber Frank, nur nicht mit dem Budget, dann könnte es Ihnen schlecht gehen.

Heilmann hat sich beklagt, nichts Neues hier gehört zu haben. Er hält die langen Ausführungen Schippels für hochwichtig. Ich kann sie nach keiner Richtung hin akzeptieren. (Heilmann ruft: Darum eben Studienkommission!) Heilmann sprach dann von der großen Unaufmerksamkeit bei der Budgetabstimmung im Reichstage. Ich gebe Heilmann vollständig recht, daß im Deutschen Reichstag so wenig wie in einem anderen, die Abgeordneten wie in der Kirche sitzen und angestrengt auf jedes Wort von der Tribüne lauschen, als wenn es der Quell der Weisheit wäre.

Ich glaubte einmal auch, das müßte so sein, aber schon in meinem ersten Bericht über den Norddeutschen Reichstag habe ich gesagt, ich möchte, daß die Wähler zwangsweise acht Tage auf die Tribüne geschickt würden. Sie würden dann eine ganz andere Auffassung vom Parlament bekommen. (Heiterkeit.) Die Abstimmung über das Budget im Reichstag wird ganz formlos vorgenommen. Der Präsident sagt, ich bringe die und die Positionen zur Abstimmung, ich werde sie aufrufen, und wenn niemand das Wort wünscht, so sind sie angenommen. Das ist auch ganz richtig. Aber bei der Schlußabstimmung sind alle Reichstagsmitglieder in Berlin auf dem Posten, und ich diete immer alles auf, damit wir vollzählig sind. Es ist schon ein gewisser feierlicher Akt, weil die Gegner wissen — namentlich als wir eine starke Fraktion waren —, daß sie die Abstimmung nicht versäumen dürfen, damit wir nicht vielleicht zufällig die Mehrheit haben. Da ist die Glocke stets durchs ganze Haus gegangen, und es wurde in dem vollen Hause recht feierlich abgestimmt. Wir sind sitzen geblieben, und es ist nicht wahr, wie Heilmann sagt, daß dies unbeachtet geblieben wäre. Regelmäßig war unsere Abstimmung der Gegenstand der Besprechung der ganzen bürgerlichen Presse, und den Tag würde die bürgerliche Presse preisen, wo wir für den Etat stimmen würden.

Genosse David meinte, ich hätte gesagt, die Partei könnte nationalliberal werden. Glauben Sie denn, Genosse David, daß ich es für möglich hielte, auch nur ein namhafter Teil der deutschen Sozialdemokratie könne nationalliberal werden? Ich habe gesagt, die Politik, die da getrieben wird, ist eine nationalliberale und ihr verdanken wir allerdings den ungünstigen Einfluß auf die Parteientwicklung, die unangenehmen Debatten. Wenn je eine Partei davor sicher war, daß sie nicht korrumpiert werden kann, daß sie nie einer bürgerlichen Partei zum Opfer fallen kann, dann ist es die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorge raubt mir keine Sekunde meines sonst sehr guten Schlafes. (Heiterkeit.)

Genosse Heilmann hat dann weiter versucht, Lassalle zum Revisionisten zu machen. Gewiß hat Lassalle die Abstimmung der Fortschrittspartei im preußischen Landtag gegen das Budget als liberale Feigheit gebrandmarkt. Ich unterschreibe heute noch nach 48 Jahren die Ausführung in „Was nun?“ und über „Verfassungswesen“ und kann der Partei dringend raten, jedes Wort dieser Broschüren auswendig zu lernen, dann werden unsere Debatten bedeutend kürzer sein. Heilmann hat nur die Begleitumstände vergessen anzugeben, von denen Lassalle ausgegangen ist. Genosse Heilmann, Sie haben zwar sehr kurze Haare, aber ich werde Sie schon zausen. (Stürmische Heiterkeit.)

Lassalle ging davon aus, daß die Fortschrittspartei Bismarck einen Verfassungsbrecher nannte, der die Klage auf Hochverrat verdiente. Da freilich, sagt Lassalle, genügt die Abstimmung gegen das Budget nicht, und ihr müßt es durch die Steuerverweigerung zum Konflikt treiben, selbst auf die Gefahr der Revolution. (Lebh. Zust.)

Die Liberalen sind heute nicht dieselben wie damals, sondern noch viel schlechter, und all die Hoffnungen, die Sie (zur Minderheit) auf den Liberalismus setzen, die schwimmen leider bachab, wie man in der Schweiz sagt. Ich habe es oft gesagt: wir müßten eine wirklich liberale Partei wünschen, aber sie ist eben nicht vorhanden, zu ihr fehlen die Leute und die Bedingungen. Schon der Klassenkampf und die Furcht vor der Sozialdemokratie verhindern die Bildung einer solchen Partei. Wie sind den Liberalen unsere Nachwahlsiege in die Glieder gefahren! Wenn wirklich 1911 diese Siege sich auf ganz Deutschland übertragen sollten, dann werdet ihr sehen, mit welch bleichen Gesichtern und schlotternden Gliedern unsere Liberalen herumlaufen und wozu sie fähig sind. (Bewegung und Beifall.)

Heilmann hat weiter gesagt: Warum bringen wir diese Frage nicht vor das Forum der Internationale? Nun, die Amsterdamer Resolution ist die Uebertragung der Dresdner Resolution, und sie erklärt ausdrücklich, daß die Partei die Mittel für Gesetze und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft verweigert. Die Deutschen sind es übrigens nicht gewesen, die die Amsterdamer Resolution veranlaßt haben, und Kolb irrt sich, wenn er das behauptet. Die Sache ist von Guesde ausgegangen. Die Internationale hat gesprochen und der Beschluß hat auch bestimmend gewirkt auf eine Reihe von Staaten, die hier in Frage kommen. Die hier aufgeworfene Frage der Gemeindebudgets und der bayrischen Landratsbudgets gehört nicht zur Frage des Landesbudgets, denn es handelt sich hier um Verwaltungskörperschaften, die nicht gesetzgebende Funktionen haben, sondern denen wesentlich Verwaltungsangelegenheiten zugewiesen sind.

Gegen die von Quarck vorgeschlagene Teilung der Resolution habe ich nichts einzuwenden. Nach Quessel soll ich es offen gelassen haben, ob die Frage eine taktische oder prinzipielle sei. Aber es kann gar keine Frage sein, daß die Nürnberger Resolution vom Parteitag als eine prinzipielle betrachtet worden ist. Quessel sagt, die Hessen werden die Resolution ablehnen. Das ist ihr gutes Recht. Wenn er aber sagt, daß sie sich eventuell nicht an die beschlossene Resolution halten würden, nun, das wollen wir abwarten. Drohen könnt ihr, soviel ihr wollt. (Frank: Das tut ja niemand!) Es kommt aber auf euer Handeln an, und da wollen wir sehen. (Lebh. Zustimmung.)

Was die vorgeschlagene Studienkommission betrifft, so bin ich ganz verwundert, daß euch nach 15 Jahren auf einmal das Bedürfnis nach einer solchen Kommission kommt. (Frank: Wir haben wenigstens die Hoffnung, daß sie zu einem anderen Ergebnis kommt!) Nun, mit der Hoffnung fallt ihr ja rein, das steht fest. (Heiterkeit.) Auf einmal nehmt ihr Bayern verachtete bayrische Gesetze fürchterlich ernst. Vollmar und Grillenberger in Frankfurt hatten eine ganz andere Meinung, und ihr bayrischen Abgeordneten habt ja diesmal auch gegen das Budget gestimmt. Bevor ihr die Mehrheit in der bayrischen Kammer habt, seid ihr und ich gestorben. Also wozu zerbrecht ihr euch den Kopf darüber. Aber wenn die Regierung trotz der Ablehnung des Etats durch die Kammer das Budget in Kraft setzen sollte, dann würde ein so gewaltiger Sturm im ganzen Volke ausbrechen, daß die Regierung klein beigeben würde. Wozu sollen wir wegen eurer speziellen bayrischen Verhältnisse eine Studienkommission einsetzen. Soweit die Budgettage uns alle interessiert, ist sie uns klar. Von den Unterzeichnern des Antrages auf Einsetzung einer Studienkommission haben manche sich gewiß gesagt, ja, Studienkommission, warum nicht, das machen wir mit. Und die anderen haben sich gesagt, das ist ein schlaues Mittel, die Sache um die Ecke zu bringen, da kommen wir diesmal zu keiner Entscheidung. Die, die in gutem Glauben unterschrieben haben, sind den anderen, den Schlauen, zum Opfer gefallen. (Oho! bei den Süddeutschen.) Es ist doch kein Fehler, schlau zu sein. (Heiterkeit.)

Ich habe mit großem Schrecken gehört, ihr wollt den ganzen Vorstand in die Kommission nehmen. (Zuruf: Das will nur Klement!) Glücklicherweise bekommt ihr keine Mehrheit für das Attentat, das ihr gegen uns ausüben wollt. (Heiterkeit.) Würde der Antrag angenommen, so würde die ganze Welt über die Sozialdemokratie lachen, die auf fünf Parteitagen tagelang über die Sache debattiert und dann eine Studienkommission einsetzt, um zu prüfen, ob wir nicht früher dumm waren. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen, machen Sie das Ding für sich fertig. (Heiterkeit.) Sie sind ja eine Masse intelligenter Leute. Setzen Sie eine Kommission ein, bringen Sie uns das nächste mal das Material, und dann sehen wir uns die Sache an. Aber heute lassen wir uns auf die Sache nicht ein, das paßt uns nicht in den Kram. (Aha! bei den Süddeutschen.) Natürlich, alles was ich nicht will, paßt mir nicht in den Kram. Das ist doch selbstverständlich. (Zuruf des Genossen David.) Ja, studieren Sie nur; während Sie studieren, haben Sie keine Zeit, andere Geschichten zu machen. (Große Heiterkeit.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Genosse David hofft auf die Nationalliberalen, die Vertrauensseligkeit ist mir einfach unbegreiflich. Ich glaube nicht, daß wir eine Mehrheit gegen die Lebensmittelzölle aufbringen, wenn nicht aus uns selbst heraus. Selbst die Freisinnigen sind heute unzuverlässig, und die Nationalliberalen haben bekanntlich den ganzen Zolltarif auf dem Gewissen. Ich erinnere an die Gewaltaktion im Winter 1902 und an die Rolle des Herrn Bassermann. (Sehr richtig!)

Und die Freisinnigen! Der kluge und geschickte Bankdirektor Siemens von der Freisinnigen Vereinigung hat einmal erklärt: Das preußische Junkertum hat Staat und Gesellschaft die größten Dienste geleistet; der Staat hat die Verpflichtung, dieser Gesellschaftsschicht die Existenzmöglichkeit zu geben. (Hört, hört!) Das war die Auffassung eines der ersten Bourgeois in Deutschland, und diese Auffassung ist bei allen nationalliberalen Kapitalisten vorhanden, die in den Junkern die kommandierenden Generale sehen, die Männer mit den Säbeln, die gegebenenfalls zu kommandieren haben, daß auf Vater und Mutter geschossen wird, die die Gesellschaft zu verteidigen haben, für die die Herren Liberalen ihren eigenen werten Körper für zu schade halten. Die Junker sind die richtigen Leute, um Thron und Altar und Gesellschaft zu schützen, und von diesen Liberalen erwartet man etwas! Und weiter, wenn die Zölle wegfallen, entsteht ein Minus von vielen hundert Millionen für die Militärausgaben. Das Minus muß gedeckt werden, es müßten direkte Steuern kommen, und fürs Zahlen sind auch nicht die Nationalliberalen.

Nein, Genosse David, Sie sind sonst ein gescheiter Mensch, aber hier irren Sie gewaltig. Die einzige Partei, die die Lebensmittelzölle beseitigen könnte, das wären wir. Aber dazu müßten wir auf mindestens 200 im Reichstag steigen, und daran glaubt jetzt kein Mensch. Einmal kommt es ja gewiß, ich werde mich freuen, wenn ich es erlebe, denn bei dem Kampf möchte ich dabei sein. Alles andere waren ja nur Vorpostengefechte. Aber ich fürchte, dieser große Kampf wird noch viel länger auf sich warten lassen, als wir annehmen dürften.

Gewiß sind die preußischen Zustände nicht die Folge der kapitalistischen Entwicklung, aber die Junker sind die Hauptstütze für den Kapitalismus und der Kapitalismus die Hauptstütze für die Junker. Die Junker im Osten, die Schlotjunker im Westen, die Großbanken in Berlin, die Kohlenmagnaten in Schlesien, alle reichen sich brüderlich die Hände. Die herrschenden Klassen tun nichts, was ihnen schadet. Gestern hat Zubeil Ausführungen gemacht, die der gesamte Parteivorstand ganz außerordentlich bedauert.

Er hat den Süddeutschen vorgeworfen, daß sie Mittel für ihre Arbeit bezogen haben. Dafür sind wir da, wenn wir Gelder haben, daß wir sie geben. Ich kann mir und meinen Kollegen im Parteivorstand das Zeugnis geben, daß wir noch niemals Geld verweigert haben, weil es sich um Revisionisten handelt. Im Gegenteil, wir geben in solchen Fällen sogar eher als in anderen, um nur ja nicht einen solchen Verdacht aufkommen zu lassen. (Sehr richtig!) Ueber die Münchner Post mag sich Genosse Müller einmal beim Genossen Cohn erkundigen. Es wäre mir überhaupt lieber gewesen, das wäre gar nicht zur Erörterung gekommen. (Zuruf bei den Süddeutschen: Uns auch!)

Noch niemals hat der Parteivorstand bei Unterstützung eines Blattes aus Parteimitteln eine Bedingung in bezug auf die Haltung gestellt. (Zuruf bei den Südd.: Hat auch niemand behauptet!) Ja, in dem Worte „wir sind unabhängig" konnte drin liegen, daß andere nicht unabhängig wären.

Die ganze Parteipresse ist unabhängig, und die Münchner Post hat diese Unabhängigkeit vom Parteivorstand mehr als einmal bewiesen, so bei dem Zwist mit den Vorwärtsredakteuren und jetzt wieder. Objektiv war ihre Haltung grade nicht. (Widerspruch bei den Südd.)

Sie hat drei Artikel für die Budgetablehnung gebracht und keinen einzigen dagegen. Die Widerlegung des Kautskyschen Artikels wurde aufgenommen, vom Kautskyschen Artikel selbst wissen heute noch die Münchner Post-Leser gar nichts. Aehnliches ist ja auch anderswo passiert. Es ist manches in unserer Parteipresse geschehen, was ich früher nicht für möglich gehalten hätte. (Sehr wahr!)

Es war eine bittere Enttäuschung in meinen alten Tagen. In keiner Weise habe ich gesagt, die Bayern wären nicht in der richtigen Weise für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Ich habe mit unserem verstorbenen Grillenberger viel länger zusammen gekämpft als ihr alle, die ihr da seid. Aber auch in Bayern ist doch das allgemeine und gleiche Wahlrecht wie die gebratene Taube in den Mund geflogen. Das Zentrum hat es durchgesetzt. (Müller: 14 Jahre haben wir darum gekämpft!) Gewiß, aber euer Kampf hält doch mit dem norddeutschen Kampf keinen Vergleich aus. Euch kamen die günstigen Umstände, die Haltung des Zentrums, zugute. Euern Eifer, euern Fleiß kenne ich und habe ihn stets anerkannt, und ich muß mich dagegen wenden, als wenn ich unserem treuen alten Parteigenossen Grillenberger einen Makel anhängen wolle. (Lebh. Bravo b. d. Südd.)

Südekum hat sich auf Marx berufen — sogar Genosse Kolb hat sich auf Marx berufen. (Heiterkeit.) Das muß der arme Marx heute alles aushalten. Ich habe mein lebelang weder auf Marx noch auf Engels geschworen. Ich habe meine Meinung ihnen gegenüber stets vertreten, wie einstmals meine Briefe beweisen werden, wenn sie herauskommen werden. Ich glaube nicht an die anderen Götter und so auch nicht an unsere Götter. (Heiterkeit.)

Nun zum Schluß über den Zusatzantrag zu unserer Vorstandsresolution. Das Amendement erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die unserer Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen.

Der Parteivorstand hält diesen Antrag für unannehmbar. (Oho!) — Bitte, für unannehmbar. Ich gebe hier im Namen meiner Genossen vom Parteivorstand die schriftliche Erklärung ab:

Der Parteivorstand bittet, die Resolution 93 zurückziehen zu wollen. In der Sache selbst besteht zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit. (Hört, hört!) Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind. (Hört, hört!)

§ 23, der von allen Richtungen der Partei beschlossen worden ist, wo kein Mensch an Vorgänge wie diesen gedacht hat, lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisationen oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt."

Alsdann kann ein solcher Antrag gestellt werden. Aber nach den weiteren Ausführungen des Organisationsstatuts nur von einer Parteiorganisation, nicht nur von der, welcher der Betreffende, gegen den der Antrag sich richtet, angehört, sondern jede Parteiorganisation im Deutschen Reich kann einen solchen Antrag stellen. Die Sache selbst kann aber nur in dem Kreise, in dem der Angeschuldigte wohnt, entschieden werden.

Es tritt alsdann ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus sieben Personen, wovon beide Teile je drei wählen und den Vorsitzenden der Parteivorstand ernennt. Dann wird das Verfahren, wie üblich, in solchen Sachen eingeleitet, wobei selbstverständlich der Betreffende in ausgiebiger Weise zu Worte kommt. Es heißt weiter im Statut: „Unterläßt es der Angeschuldigte innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils, sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein." Mit anderen Bestimmungen können wir also nicht rechnen. Es heißt in der schriftlichen Erklärung des Parteivorstandes weiter:

„Nach unserer Auffassung ist der Antrag 93 formell bedenklich. Wird derselbe angenommen, so ist damit keineswegs, wie die Antragsteller anzunehmen scheinen, der betreffende Parteigenosse aus der Partei ausgeschlossen. Die Organisation kennt kein „außerhalb der Partei stellen"; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. aus der Partei ausgeschlossen wird. Der Antrag erfüllt nach unserer Meinung nicht den beabsichtigten Zweck. Er führt nur zu fortgesetzten Controversen und möglicherweise zur Anrufung der bürgerlichen Gerichte. Aus diesem Grunde bitten wir wiederholt, den Antrag zurückzunehmen, wobei wir noch einmal betonen, daß sachlich zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit besteht.

Es ist nach unserer Auffassung gar kein Zweifel, daß wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde, der Parteitag damit gegen seine eigene Organisation verstieße, er beschlösse etwas, was er nicht beschließen kann. Er darf keinen Staatsstreich machen, er würde ja damit den Genossen jede Möglichkeit nehmen, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Südd.) Es ist doch auch in dem Lübecker Beschluß zugegeben, daß in zwei Fällen die Möglichkeit vorliegt, für das Budget zu stimmen. Nach Annahme des Antrages 93 würde das garnicht in Betracht kommen, die Leute säßen draußen, hätten kein Wort zu sagen, könnten garnichts begründen. Alle Juristen, mit denen ich heute über die Sache sprach, sind felsenfest überzeugt, daß wenn das geschähe, eine Berufung an die bürgerlichen Gerichte möglich wäre, und daß die größte Wahrscheinlichkeit bestünde, daß das bürgerliche Gericht gegen einen derartigen Beschluß entscheiden würde. (Hört, hört!)

Damit würden wir uns also geradezu bloßstellen in einer Weise, wie wir es nicht tun können. Deswegen möchte ich dringend bitten, folgen Sie dem Vorschlage des Parteivorstandes und ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie in möglichster Einmütigkeit für unsere Resolution. Lehnen Sie andererseits den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission ab. Im übrigen hoffe ich, daß wenn diese Beratungen zu Ende sind, wir in alter Freundschaft miteinander nachhause gehen werden. (Stürmischer minutenlanger Beifall.)

Haase Königsberg (zur Geschäftsordnung):

Da durch die Erklärung Bebels die sachliche Uebereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution 93 festgestellt ist, da somit diese Resolution die bereits von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten beantragt ist, die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hat, da aber in dieser wichtigen Frage nicht um Formalitäten gestritten werden soll, so ziehen wir, nachdem die Erreichung des Zweckes der Resolution 93 sichergestellt ist, hiermit diese Resolution zurück. Das habe ich im Namen Zubeils und sämtlicher Mitantragsteller zu erklären. Ich überreiche diese Erklärung zu Protokoll.

Dr. Frank (Schlußwort):

Genosse Antrick hat mir mitgeteilt, daß er nicht zu denjenigen gehört habe, die persönliche Angriffe gegen die badische Landtagsfraktion gerichtet hätten. Ich nehme deshalb gern Gelegenheit, hier zu erklären, daß meine Ausführungen über ihn nicht zutreffen. Ich freue mich, daß er Wert darauf legt, daß das hier konstatiert wird. Stadthagen hat in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen im wesentlichen zugegeben. Er hat mitgeteilt, daß er tatsächlich von dem Benehmen der badischen Landtagsfraktion gesagt habe, sie sei nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch. Er hat mit der Beweiskraft und Ueberzeugungskraft, die ihm innewohnt, dann ausgeführt, er habe mit dem Wort „hündisch" etwas anderes sagen wollen. (Stadthagen: Nein, nein!) Er sei bereit, es dahin zu ändern, daß er sage, nationalliberal oder kompliziert. Genosse Stadthagen, Sie dürfen die Versicherung von uns annehmen, die Empfindung, die wir über Sie, über Ihre Erklärung und Ihre Rede haben, reicht an Empörung nicht heran. Es kann sein, daß unsere Gründe nicht neu waren, aber wir legen mehr Wert auf Wahrheit als auf Neuheit. Im übrigen haben wir doch auch Neues vorgebracht. In Nürnberg beriefen wir uns auf den Inhalt einzelner Budgetposten, namentlich auf die Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Beamtengehälter. Diesmal geben wir die politische Situation als Grund an. Das sind, wie Bebel zugeben wird, verschiedene Dinge. Ich freue mich darüber, daß Bebel im Gegensatz zu so vielen Rednern von gestern und heute in seinem Schlußwort gezeigt hat, in wie vielen großen Fragen wir im Grunde einig sind. Er hat erklärt, daß er die Bedeutung der kleinen Konzessionen nicht unterschätzt. Mit uns ist er der Meinung, daß zu Unrecht der Sozialdemokratie Negation vorgeworfen wird. Es kommt der Zeitpunkt, wo sich durch das Wachstum einer Partei neue Pflichten ergeben, wenn wir infolge unserer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, darüber können wir uns in Ruhe und Kameradschaftlichkeit unterhalten. Bebel hat auch noch einmal die monarchische Frage gestreift und ich freue mich aufrichtig, daß sein Kaiserkandidat Prinz Ludwig von Bayern noch nicht alle Hoffnung aufzugeben braucht. (Heiterkeit.)

Ich bitte aber, uns Badenser nicht zu benachteiligen und, damit es wenigstens zur Stichwahl kommt, auch den badischen Thronfolger Prinz Max zu berücksichtigen (Große Heiterkeit), denn der hat sich auch für ein besseres Wahlrecht ausgesprochen, ist für Berücksichtigung der unteren Klassen eingetreten und hat sich sozialer erwiesen als Zentrum und Liberale, aber diese Dinge sind nicht so unbedingt aktuell, daß wir wegen dieser Alternative uns gegenseitig Unannehmlichkeiten zu sagen brauchten. (Heiterkeit.)

Ich freue mich weiter darüber, daß Bebel die Nürnberger Resolution nicht auf die Gemeinden ausdehnen will. Nur gab er eine falsche Begründung für eine richtige Taktik. Sind die Gemeinden wirklich nur ein Anhängsel des Klassenstaates, wäre es für uns ein doppelter und dreifacher Grund ihre Etats abzulehnen. (Sehr richtig!) bei den Südd.) Es gibt übrigens große Blätter, die in der Gemeindefrage anders denken als Genosse Bebel. Die Leipziger Volkszeitung zum Beispiel. Neulich erfuhr ich von einem charakteristischen Fall aus der nächsten Nähe von Berlin, wo man doch nicht mehr nötig hat, Studien zu machen. (Heiterkeit.) In Werder erwies sich die Notwendigkeit für ein Organ des Klassenstaates, den Polizeidiener eine neue Hose anzuschaffen (Heiterkeit), wofür 6 M. gefordert wurden. (Erneute Heiterkeit.) Und die braven Genossen, die in diesem Rathaus tätig sind (Ledebour: Das ist ja ein Hohn auf diese Debatten!) — Lassen Sie mich doch aussprechen —, die braven Genossen also haben die 6 M., natürlich mit schwerem Herzen bewilligt, und der Polizeidiener hat die neue Hose bekommen. Und nun das prinzipielle Reichspiel Genosse Ledebour. Im Wahlverein sagten die Genossen, ihr habt gegen die Nürnberger Resolution verstoßen. Sie sehen zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir uns an den Wortlaut halten, und man sieht, daß die Aufklärung über diese Frage doch nicht ganz so gegenstandslos ist. In Dänemark können unsere Genossen nicht den gewaltig feierlichen Akt der Ablehnung des Budgets durchführen, weil es nämlich dort gar keine Gesamtabstimmung gibt. In England nehmen sie es an, in Belgien werden sie es wahrscheinlich annehmen, wenn sie mit den Liberalen die Mehrheit haben, in Oesterreich lehnen sie es ab, aber sie stimmen für die Dringlichkeit, damit die anderen es annehmen können. (Hört, hört! bei den Südd.) Nachher schicken sie dann eine schön marxistische Begründung. Ja, der Adler, der fehlt uns. (Heiterkeit und Zustimmung.)

In der Schweiz, die Bebel doch so gut kennt, stimmen die ganz besonders radikalen Berner Genossen für das Budget. (Hört! Hört!) Bebel hat jetzt erwähnt, daß wir, um die Caprivischen Handelsverträge zu retten, für die in ihnen enthaltenen Zollsätze gestimmt haben, ohne damit unsere prinzipielle Haltung gegenüber den indirekten Zöllen aufzugeben. So haben wir die Verbesserungen des Klassenwahlrechts in den Gemeinden akzeptiert, ohne darum auf unsere Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu verzichten.

Die erdrückende Mehrheit gerade der geordneten Vertretung unserer Genossen hat sich auf unsere Seite gestellt, und das waren die Genossen in Baden, die die Verhältnisse kennen, die am eigenen Leibe erfahren werden, ob unsere Politik aufwärts oder abwärts in den Sumpf führt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel meint, wir dürften das nicht überschätzen, denn wir hätten in Baden die Presse zur Verfügung. Da kann man erwidern: In Berlin werden Hunderttausende allein durch den Vorwärts über unsere Parteiverhältnisse orientiert.

Wenn Bebel glaubt, die Badenser Arbeiter dadurch umgestimmen, daß er nach Baden kommt, unterschätzt er ihre Urteilsfähigkeit. (Sehr richtig! bei den Südd.) In Berlin hat einmal über dieselben Streitfragen eine Versammlung mit 5000 Zuhörern einem der Jungen — ich glaube, es war Bruno Wille — zugejubelt, und dann hat eine andere Versammlung mit 6000 Teilnehmern zugejubelt. (Heiterkeit.) Da war aber Wille dabei!)

Im stillen Kämmerlein wird auch der Radikalste zugeben, daß es nicht an den Personen, sondern an den Verhältnissen liegt, wenn die Süddeutschen mit solcher Einmütigkeit anderer Meinung sind als Sie. (Ruf bei den Nordd.: Die Einmütigkeit ist ja gar nicht vorhanden.) In Baden erkennen selbst die Gegner der Budgetbewilligung im übrigen die Haltung der Fraktion an. Quarck wirft uns ungenügende Agitation gegenüber der Gemeinde- und Städteordnung vor. Nach meiner Meinung ist diese Agitation energisch, planmäßig und erfolgreich betrieben worden.

Was würde man sagen, wenn wir dem preußischen Genossen ihre Agitation vorschreiben wollten? Wer solche Rüffel erteile, muß erst den Befähigungsnachweis dafür erbringen, daß er selbst die richtige Taktik einzuhalten weiß. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Von den Bemerkungen Lehmanns will ich nur einen Punkt hervorheben, damit nicht morgen schon in der Zentrumspresse daraus eine Kette von Verleumdungen erwächst.

Er ist das Opfer eines boshaften Klatsches geworden, wenn er behauptet, es sei schon ausgemacht gewesen, daß die Nationalliberalen später die Budgetablehnung rechtfertigen würden. Dies zu sagen halte ich mich von dieser Stelle aus, auch den Gegnern gegenüber für verpflichtet. (Sehr richtig! bei den Badensern.) Es liegt uns wahrlich fern, unsere Erfolge herauszustreichen. Wir befinden uns infolge der Debatten in der Zwangslage, diese Sachen vorzutragen, und wir haben uns auf das Notwendigste beschränkt.

Das Großblock-Abkommen bei den Wahlen ist von keiner Seite bemängelt worden. Für den Reichstag existiert diese Frage ja nicht. Bebel hat der Meinung Ausdruck gegeben, es können Fälle eintreten, wo trotz der Nürnberger Resolution eine Fraktion gezwungen sei, sich der Stimme zu enthalten, weil sie glaubt, daß sie sonst den Interessen der Partei schädigt. Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Bebel zugibt, es kann zwingende Fälle geben, in denen man das Bekenntnis zum Kampf gegen den Klassenstaat, wie es in der Budgetverweigerung liegt, nicht zum Ausdruck bringt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Es ist natürlich auf aller Lippen die Frage, was soll geschehen, wie soll die Lösung der Dinge sein? Da will ich vor allem an die Spitze setzen das eine, daß in der ganzen Debatte gestern und heute weder vom Korreferenten, noch von einem Diskussionsredner, weder versteckt noch offen eine Drohung ausgesprochen ist (Sehr wahr! bei den Süddeutschen), und wenn Westmeyer hierher gekommen ist in der Absicht, gegen Drohungen zu polemisieren, dann hat er sich an die falsche Adresse gewandt. (Zuruf: Quessel hat gedroht!)

Wenn Sie aus den sanften Worten von Quessel eine Drohung herausgehört haben (Heiterkeit), dann sind Sie wirklich viel sanfter als wir Süddeutschen alle. Von einer Seite habe ich allerdings eine Drohung gehört, ich nehme an, daß Westmeyer ein treuer Jünger der Neuen Zeit ist, und dort hat der Pfeil-Artiller allerdings davon gesprochen, daß man vom Gesamtstamm der Partei einen Zweig losreißen müsse. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Das wird wohl Westmeyer vorgeschwebt haben. Wir dagegen halten es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen Personen in der Partei alles tun werden, um zu vermeiden, daß unsere herrliche Bewegung solche Rückschläge erleidet. (Lebhafter Beifall.)

Nun ist nur ein Weg gezeigt, der eventuell mal zum Frieden führen könnte und der sicher auch jetzt sofort den Waffenstillstand gewährleistet hätte. Das war der Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission. Man hat den Vorschlag verlacht, aber die Debatte hat so viel Beweise dafür erbracht, daß noch keine Klarheit über diese Dinge herrscht, daß ich mit Spinoza sagen möchte: Ignorantia non est argumentum — Unwissenheit ist kein Beweismittel. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Wenn Bebel meint, wir können doch nicht jetzt nach 16 Jahren erst an die Untersuchung der Frage herantreten, dann sage ich: Sie haben heute ein Beispiel aus dem Leben gehabt, aus dem hervorgeht, daß die nächstliegenden Dinge am leichtesten zu übersehen wären. Sie haben gesagt, daß der Inhalt der Verfassungen der Staaten nicht allen Genossen bekannt ist. Haben wir es nicht erleben müssen, daß 208 Genossen über die Verfassung der eigenen Partei im unklaren sind (Sehr gut! bei den Süddeutschen), haben wir nicht gesehen, daß die, die uns über die Pflichten der Disziplin belehren wollen, selbst mit einem Antrag gekommen sind, der mit den Pflichten der Disziplin, wie wir sie verstehen, nicht in Einklang zu bringen ist? (Erneutes Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel hat Ihnen das viel besser und klarer bewiesen, als ich es tun könnte. (Dittmann: Er hat es nicht bewiesen!) Ja, Dittmann, wenn Sie nicht durch Bebel zu überzeugen sind, durch mich lassen Sie sich nicht überzeugen. (Heiterkeit.) Aber ich nehme dann wenigstens an, daß Sie, ohne überzeugt zu sein, im Sinne von Bebel stimmen werden. (Große Heiterkeit.) Haase hat erklärt, es werde den Eindruck nicht ermangeln, daß feststeht, wieviel Genossen im wesentlichen diesen Antrag unterschrieben haben. Da muß ich doch feststellen, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter dem Antrag stand, bevor Bebel als Vertreter der Anklage und bevor einer der badischen Genossen zu seiner Verteidigung das Wort bekommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Nun frage ich Sie, es waren ja, glaube ich, mit Ausnahme von mir, alle Parteijuristen unter diesem Antrag. (Heine: Ich nicht! — Heiterkeit!) Aber Sie kommen nicht in diesen Verdacht. (Heiterkeit.) Was würden Sie von einem bürgerlichen Richterkollegium halten, das in den Gerichtssaal kommt, nicht bloß mit einem fertigen, sondern auch mit einem formell unterschriebenen Urteil? (Große Unruhe bei der Mehrheit. — Ledebour ruft: Lag etwa die Resolution Bebel nicht vor?)

Was würden Sie davon halten, wenn der geistvolle Verfasser dieses Antrages zugeben müßte, daß der Dolus eventualis eine Rolle gespielt habe? Wenn Sie einen der Süddeutschen gefragt hätten, bevor Sie Ihren Antrag unterzeichnet haben, dann hätte er förmlich Sie angebettelt, Sie sollten ihn unterschreiben, weil er nach außenhin nichts die Situation so beleuchtet als wie die Tatsache, daß ein so großer Teil des Parteitages, ohne die Angeklagten zu hören, das schärfste Urteil über sie ausspricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Sie haben sich jetzt bei dem Rückzug, den der Genosse Haase zu decken versuchte (Haase: Es war doch kein Rückzug!), es war ein Rückzug des Antrages, was haben Sie denn gemeint, Genosse Haase? (Heiterkeit bei den Süddeutschen. Dittmann: Wir können den Antrag ja wieder aufnehmen. Beifall.) Ich weiß, daß Sie den Antrag wieder einbringen können. (Dittmann: Provozieren Sie doch nicht.) Soll denn die ganze Tätigkeit auf dem Parteitag darin bestehen, daß Sie in Situationen, wo die Parteigenossen einig sind, dann wieder alte Anträge einbringen? (Große Unruhe. Zuruf: Wir haben den Antrag eben mit aus Disziplin zurückgezogen.) Wenn Sie sich dadurch provoziert fühlen, daß ich in schlichter einfacher Weise die Tatsachen ergänzt, dann kann ich Ihnen allerdings nicht helfen. Haase hat sich darauf zurückgezogen, daß ja der Parteivorstand mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei. Was will denn das besagen? Glauben Sie, daß es in der Welt jemals eine Situation gibt, die genau der anderen gleich ist? Glauben Sie, daß eine Budgetabstimmung von heute unbedingt der in zwei Jahren gleichen muß? (Dittmann: Hört, hört!) Ach, Dittmann, Sie klammern sich in Ihrer rein äußerlichen Auffassung der Dinge an die Frage, ob ein Ja oder ein Nein erlönt. Was jetzt die Lage nach Zurückziehung des Amendements entscheidet, das ist die Tatsache, daß die Genossen, die das Unglück haben, in den Landtagen zu sitzen, wieder unter dem gleichen Drucke stehen, wie die anderen Parteigenossen. Stellen Sie sich die Verhältnisse vor, wenn Ihr genialer Zusatzantrag angenommen würde. Die statutarischen Bestimmungen würden zur Farce herabgewürdigt. (Beifall bei den Süddeutschen.) Die klugen Genossen, die den An-

trag zurückgezogen haben und die damit die Abgeordneten wieder auf den Boden des allgemeinen Parteirechts gestellt haben, haben sich das Verdienst erworben, daß sie die Partei vor einer Blamage bewahrt haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit, Gelächter bei der Mehrheit.) Wir wollen Recht und keine Gnade. Wir denken wie jene Frau, die wegen Holzdiebstahls vor den Amtmann geführt wurde. Der sagte: Ich will dich nicht bestrafen, aber das nächste Mal kostet es 5 Rubel. Nichts da, sagte die Frau, ich stehle mein Holz und zahle mei Straf'. (Heiterkeit und Unruhe. Dittmann ruft: Was soll das heißen?) Das soll Ihnen beweisen, daß Sie nicht sagen sollen, wir haben die Leute diesmal geschont, sie hätten eigentlich hinausgeworfen werden müssen. Wir wollen, daß Sie uns recht geben. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir wollen, daß Sie uns recht sprechen, will ich sagen, das erste war natürlich aufrichtiger gemeint.

Im Verlaufe seiner Ausführungen hat Haase in seiner liebenswürdigen bestrickenden Art uns gesagt, man habe auf eine Erklärung von unserer Seite gewartet. Ich habe mit meinen Freunden nicht darüber geredet. Vielleicht wäre da Haases Liebenswürdigkeit erlegen, wenn ihnen Haase nicht mit der gezückten Resolution der 200 entgegengetreten wäre. Von diesem Augenblick an war eine solche Erklärung natürlich eine Unmöglichkeit. Heute sage ich Ihnen im Namen der Süddeutschen: Selbstredend haben wir das allergrößte Interesse an der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. (Beifall.) Wir werden in dieser Richtung das unserige tun, aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. (Große Unruhe.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit gegen den Feind übergehen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

(Fortsetzung des ausführlichen Berichts folgt. Siehe Telegramme auf der ersten Seite.)

Parteiangelegenheiten.

Konfiskation der Glühlichter. Die diesswöchentliche Nummer der Glühlichter, die als Kaiser-Nummer gedacht war, weil sich gegenwärtig Kaiser Wilhelm II. in Oesterreich-Ungarn aufhält, ist dem Staatsanwalt verfallen. Die erste Seite der Glühlichter präsentiert sich als großes schwarzes Feld, auf dem mit weißen leuchtenden Buchstaben ein halbes Dutzendmal das berühmteste spezifisch österreichische Wort „konfisziert" zu lesen ist.

Die Extra-Nummer des Wahren Jakob, die als „Gedenkblatt an den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß" erscheint, liegt uns jetzt vor. Ein längerer Aufsatz über „Die Internationale in Kopenhagen" wird illustriert durch zwei gelungene photographische Aufnahmen vom Meeting in Söndermarken, eine Zeichnung von der Eröffnungssitzung und eine Aufnahme von der Schlußsitzung des Kongresses, ferner vier Aufnahmen vom Ausflug des Kongresses nach Skodsborg und drei Aufnahmen vom Empfang des Kongresses im Rathause durch die Kopenhagner Stadtverwaltung. Das Rathaus selbst und sein Festsaal sowie das Kongreßgebäude werden noch in besonderen Bildern vorgeführt. Lebhaftes Interesse wird das Faksimile des angeblichen Briefs des französischen Ministerpräsidenten Briand an den Kongreß erwecken, dem eine getreue Uebersetzung beigegeben ist. Der Beifall, den der dänische Sozialistenmarsch bei sämtlichen Kongreßteilnehmern fand, hat veranlaßt, daß in dieser Extra-Nummer der deutsche Text dieses Freiheitsliedes unter Beigabe des Notensatzes zur Veröffentlichung gelangt. Schließlich sei noch erwähnt, daß der den Lesern des Wahren Jakob schon lange als vertrauenswürdige Persönlichkeit bekannte „hamburger Fliegewirt Claus Swartmaul" in dieser Nummer auch einen Bericht über seine Erfahrungen als „Kongreßbummler" erstattet. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure sowie vom Verlag Paul Singer in Stuttgart zu beziehen.

Parvus. Die Banken, der Staat und die Industrie. Verlag von Kaden u. Komp., Dresden. 3¾ Bg. 8°. Preis 50 Pf. In dieser von uns schon angezeigten Broschüre führt Parvus, gestützt auf die Tatsachen der modernen Entwicklung, den Beweis, daß die Konzentration der Industrie und die innigen Verbindungen der Banken mit dem Staat den Uebergang zum Sozialismus unumgänglich und leicht durchführbar machen. Da diese Schrift in Verbindung mit anderen zugleich als Buch erschienen ist, so liegt bereits bezeichnenderweise ein Urteil aus Finanzkreisen vor, das wir hier wiedergeben wollen, da es den Genossen, die sich in der Agitation auf die Ausführungen von Parvus stützen, als eine wertvolle, autoritative Bestätigung ihrer Richtigkeit dienen kann. Der Aktionär, ein führendes Organ der deutschen Börsenwelt, das nunmehr im 58. Jahrgang erscheint, schreibt über das Parvusche Buch:

„Wenn man den Standpunkt des Verfassers teilt, kann man die Materie nicht folgerichtiger behandeln, als es hier geschieht. Von allen sozialistischen Utopikern ist Parvus jedenfalls der am wenigst utopische, besitzt er den schärfsten Blick für den wirtschaftlichen Zusammenhang der Verhältnisse. Was er über die Verstaatlichung der Banken schreibt, wird gewiß auch von unseren finanziellen Kreisen mit großem Interesse gelesen werden. Parvus erweist sich auch in diesem Werke als ein Schriftsteller, der mit jedem Werke zu fesseln weiß."

Um die Tragweite dieses kapitalistischen Zugeständnisses zu beleuchten, mögen noch die Schlußworte der vorliegenden Broschüre von Parvus hier Platz finden: „Die Industrie in Westeuropa ist reif für die soziale Revolution. Sie ist gesellschaftlich zusammengefaßt, ihre Organisation kann ohne weiteres von der Gesellschaft übernommen werden, und es sind nur 300 „Usurpatoren", deren persönlicher Wille der gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit, der Entwicklung der Kultur und den Interessen der Volksmassen sich entgegenwirft."

Wir empfehlen diese Broschüre sowie die früher in dem gleichen Verlag, ebenfalls von Parvus, erschienene „Das soziale Problem unserer Zeit" dringend dem Studium der Parteigenossen. Sie werden aus dieser Lektüre Zuversicht im Kampf, Aufklärung und mannigfaltige geistige Anregung schöpfen.

Der italienische Parteitag vertagt. Der Parteivorstand hat auf das Ersuchen mehrerer Sektionen beschlossen, den für den 6. Oktober nach Mailand einberufenen Parteitag auf die Tage vom 21. bis 25. desselben Monats zu verlegen.

Versammlungen.

5. Kreis. (Bezirksversammlungen vom 16. September.) 1. Bezirk. Vor gutbesuchter Versammlung gab Genosse Ritzsche den Vorstandsbericht. Von verschiedenen Seiten wurde mißbilligt, daß der Bericht vom Internationalen Kongreß und von der Landeskonferenz an einem Sonntag gegeben werde. Im 5. Kreise sei es sehr wohl möglich, die Versammlungen an Wochentagen stattfinden zu lassen. Das projektierte Jugendheim rief eine rege Debatte hervor. Verschiedene Genossen gaben ihrer Freude Ausdruck über den gesunden Geist und über den Wissensdurst, der die Arbeiterjugend beherrscht. Genosse Riem wies darauf hin, daß Bremen und andere Großstädte pädagogisch gebildete Kräfte zur Arbeit unter der Proletarierjugend angestellt haben. Diesem Gedanken müsse auch in Dresden nähergetreten werden. Lebhaft bemängelt wurde der Mangel jeglicher Diskussion über parteitaktische und ähnliche Fragen. Dazu seien in erster Linie die 14tägigen Bezirksversammlungen eingerichtet worden. Es wurde beschlossen, in jeder Bezirksversammlung das Thema zu bestimmen, über das in der folgenden diskutiert werden soll, und einen Genossen zum einleitenden Referat zu wählen. Die Einleitung zur Diskussion in der kommenden Bezirksversammlung gibt Genosse Möller. Er referiert über die aktuelle Frage: Alles oder nichts.

2. Bezirk. Mit dem Vorstandsbericht wurde das Programm der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege bekannt gegeben. Es wurde dringend empfohlen, von den gebotenen Bildungsmöglichkeiten regen Gebrauch zu machen. Dem Antrage des 3. Bezirks wegen einer künftigen Zeitungsagitation will sich der 2. Bezirk anschließen. Es wurden Vorschläge gemacht, bei der Zeitungsagitation nach einem praktischen System zu verfahren. Ein Antrag, bei der Zeitungsagitation auch an die Gewerkschaften behufs Mitarbeit heranzugehen, wurde angenommen. — Ferner stimmte man dem Vorschlage zu, dem Jugendausschuß einen ständigen Raum im Volkshause zu überlassen.

3. Bezirk. Der vom Genossen Lux gegebene Vorstandsbericht fand keinen Widerspruch. Die Abstimmung bei Wahlen in den letzten General- und Parteiversammlungen gaben einem Genossen Anlaß, Kritik zu üben. So wurde in den meisten Bezirken beschlossen, aller 14 Tage Bezirksversammlungen abzuhalten, in der Generalversammlung fand dieser Beschluß nach langer Debatte aber nur eine knappe Majorität. Weiter wurde in der letzten Parteiversammlung eine Resolution in der Badener Angelegenheit angenommen, die im direkten Widerspruch mit den Ansichten des Genossen Riem steht, und doch ergab die Abstimmung, daß Genosse Riem mit großer Majorität als Vertreter der Meinung der Genossen des 5. Kreises zum Parteitage gewählt wurde. Eine Aenderung dieser unleidigen Zustände erblickte die Versammlung darin, daß die Wahlen und Abstimmungen so vorgenommen werden müßten wie im 6. Kreise. Die Beteiligung der meisten unserer Stadtverordneten an dem Festessen im Ratskeller wurde mißbilligt und die Vorstandsmitglieder wurden beauftragt, zur nächsten Bezirksversammlung möglichst zwei beteiligte Stadtverordnete einzuladen. Mehrere Genossen sind mit der Haltung unserer Zeitung in letzter Zeit nicht einverstanden, jedoch zeigt die Diskussion, daß die Meinungen auseinandergehen.

4. Bezirk. Genosse Richter gab den Vorstandsbericht, der ohne Debatte entgegengenommen wurde. Genosse Richter stellt dann die Frage der besten Ausfüllung der Gruppenversammlungen zur Diskussion. Nach kurzer Debatte entschied sich die Versammlung dafür, den Eisnerschen Artikel aus der Volkszeitung vom 16. September vorzulesen und zu diskutieren. An der Debatte beteiligte sich eine ganze Reihe Genossen. Allseitig wurde den Eisnerschen Vorschlägen zur besten Erledigung von Parteistreitfragen zugestimmt. Es wurde beschlossen, die Diskussion darüber in der nächsten Gruppenversammlung fortzusetzen. Die Versammlung war schwach besucht; wir hoffen, daß die nächste wieder gut besucht ist. Die Genossen werden ganz besonders zum pünktlichen Besuch ermahnt.

5. Bezirk. Genosse Thieme erstattete den Vorstandsbericht. Für Genossen Reuter der bisher Vertreter in der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege vom 5. Bezirk war, ist Tapezierer Vogt bestimmt worden. In der Diskussion wurde angefragt, ob der Vorstand Kenntnis erlangt hätte davon daß die Stadtverordneten sich an der Einweihung des Ratskellers usw. beteiligt hätten. Es wurde vom Anfrager bekannt, die Masse der Parteigenossen wünschte, daß derartige Feierlichkeiten von unseren Stadtverordneten gemieden werden möchten. Von andrer Seite wurde bekannt, daß es durchaus nicht so schlimm sei, wenn sich der eine oder der andere unserer Stadtverordneten an einer solchen Einweihung beteilige. Ein Parteiverstoß wäre es noch lange nicht. Im Anschluß an den letzten Vortrag vom Genossen Göttfried über „Liebesgabenpolitik" wurde die Frage „Schutzzoll oder Freihandel" aufgeworfen. Es waren in der vorhergehenden Versammlung einige unrichtige Aeußerungen über Schutzzoll getan worden. Die hier einsetzende Debatte war äußerst interessant und anregend, so daß der Wunsch laut wurde, den Vorstand zu beauftragen, in den nächsten Versammlungen einen kurzen Vortrag halten zu lassen, das Thema aber zur Orientierung vorher bekannt zu geben, damit eine gute und lebhafte Debatte einsetzen kann. Der Vorstand will dem Wunsche Rechnung tragen.

6. Bezirk. Den Vorstandsbericht gab Genosse Lützner. Eine kurze Debatte folgte. Genosse Lützner schlug vor, möglichst bald in unserem Bezirk eine Zeitungsagitation vorzunehmen. Aus der Mitte der Versammlung wird jedoch die Agitation fürs kommende Frühjahr vorgeschlagen da die jetzige Zeit zu ungünstig sei. Genosse Bormann bringt in Vorschlag, Diskussionsabende einzuführen. Da bereits zwei Bezirksversammlungen im Monat stattfinden, wurde der Antrag nicht unterstützt. Genosse Herrlich gab noch bekannt, daß in der nächsten Bezirksversammlung ein junger Genosse einen Vortrag halten wird und wünscht starken Besuch der Versammlung. (Eing. 18.—20./9.)

Schmiedeberg. Am 17. September fand im hiesigen Gasthof eine Volksversammlung statt. Ueber Der sächsische Landtag und das Volk referierte Genosse Fräßdorf. Redner ging dabei auf die Tätigkeit unserer Fraktion ein, verurteilte das Verhalten der Badenser Genossen im dortigen Landtag und streifte die Königsberger Kaiserrede. Eine Debatte fand nicht statt. Im Schlußwort ging Genosse Fräßdorf auf die hiesige große Wohnungsnot ein, der gegenüber die Behörde bisher leider untätig geblieben ist. (Eing. 20./9.)

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 23. September 1910.
Schwache nordwestliche bis nordöstliche Winde; Abnahme der Bewölkung; nachts kalt bis Nachtfrost, kein erheblicher Niederschlag.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
vom 22. September, mittags 12 Uhr.
Barometer 750. Veränderlich.
Thermometer + 12° R.
Thermometergraph. Min. + 8, Maxim. + 12.
Hygrometer 77 %.
Wasserstand — 32.

Central-Theater
Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung.
Sonn- und Feiertags, 3½ Uhr:
Nachmittags-Vorstellungen zu ermässigten Preisen.

Victoria-Salon.
Der berühmte **Schimpanse Moritz I.** und sein Bruder Max und das grosse Eröffnungs-Programm. Anfang 8 Uhr.
Sonntags: Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Tunnel: Der exzentrische Kapellmeister **A. Pamer.**
Anfang 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Bäckerei O. Kirchhoff
8% Helgolandstr. 12 (Oppellvorstadt) 8%
Gehilfenforderungen bewilligt.
Gewähre **auf alle Backwaren**
8 Prozent Rabatt.

Frauen!
Verlangen Sie sofort gratis und franko illustr. **Preisliste über Spülkannen, Mutterspritzen** und sämtl. einschl. Artikel.
Frau A. Lehmann
Dresden-A., Viktoriastr. 25.
Kein Laden.

Salonbriketts
heizkräftige gute Ware,
diese Woche eintreffend,
4000 Stück für . . . . **23,50** M.
1000 Stück für . . . . **6,25** M.
franko Haus nur gegen Kasse liefert
L. Kramer
Großenhainer Straße 117
Telephon Nr. 2860.

Gardinen
haltbarste **Wäsche** jeder Art, moderne **Kleiderstoffe** usw., **Bettfedern** usw. kaufen Sie sehr vorteilhaft — auf Wunsch soliden Käufern weitgehendste
Zahlungserleichterung
gestattet — in dem christl., streng reell betriebenen Versandgeschäft
H. Loos, Lilienstrasse 13, 1.
Nähe Annenkirche (kein Laden)
Diskretion.
Telephon 18 912

Leib-Binden
Rich. Freisleben
Postplatz.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, An Ett 13.

Frauen
gebrauchen bei Störung Dr. Blons Periodenpulver. Schachtel 2.50. Verbandstoffe, hygienische Artikel, Leib- und Monatsbinden, Wochenpflege usw. usw. zu Fabrikpreisen. Rat unentgeltlich. Katalog gratis.
H. Löffler, Wettiner-Platz 9

Alte Federbetten kauft stets Federreinig. Amalienstr. 12.

IVO PUHONNY.

Ein Sprung in's Ungewisse
ist jeder Versuch, die bewährten Marken PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekannten Marken nicht geboten wird.

Holzkinderbettstelle m. Matr. z. vk. b. Lotholz, Gerichtsstr. 18, m. pt.

Schönes sol. gutes **Sofa** f. 14 M. z. verk. **Ferdinandstraße 10, pt.**

Kinderwagen 18, 20, 22 M.
Klappfahrstühle 8,50, 9, 11.
Eis. Netzbetten 8,50, 8, 11 M.
Kinderstühle m. Klapptisch 3,50, 4 M.
Trompeterstr. 17 Massenlager.

Auf Kredit!
Ganze Wohnungseinrichtungen sowie einz. **Möbelstücke,** Leib-, Tisch- u. Bettwäsche, Kleiderstoffe, Portieren, Teppiche, Gardinen u. Vitragen, Federbetten in großer Auswahl! Kleine Anzahlung. Wöchentl. Raten von 1 M. an; nur bei
A. J. Schneck, Annenstr. 16, I.
Kunden, die ihr Konto beglichen, erhalt. Waren ohne jede Anzahl.

Menstruations-
tropfen „Gloria" geg. Periodenstörung a Fl. 2,50, in doppelstark. Qual. 5,— M. Anerkennungen ü. d. schnelle Wirkung des Mittels.
Frau Housinger, am See 37.
Ecke Dippoldiswaldaer Platz.

Gelegenheitskauf!
Ein grosser Posten Kinder-..nzüge sind gut und billig zu verkaufen
Torgauer Straße 3.

Schrammel-, Bauern-Trio
Unth.-, Tanzmusik, 1, 2 u. m. Pers., D., H., Komik, Sing., Pianist. usw. holt. s. empf. Pr. L., Stallgäßchen 3, 1. r.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. hygien.
Frauen-Artikel
Preisliste gratis. Auf Verl. 10 Pfg. Porto.
Frau Housinger
am See 37, Ecke Dippoldiswaldaer Platz.
Man achte auf die Firma.

Jch suche für einige Fabriken
Erfindungen
u. besorge Schutz u. Verkauf.
Patentiing. Hülsmann
Dresden
Weisenhausstr. 32.

Möbel-Ausstattungen nur solid, empfiehlt J. Rother, Marstr. 4.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten, unseres unvergeßlichen Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Steinmetzen **Heinrich Kummer** ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen denen, die uns durch Wort, Schrift und Blumenspenden und ehrende Begleitung ihre Teilnahme bewiesen, herzlichst zu danken. Besonderen Dank seinen Kollegen und Genossen für das letzte Geleit und das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte.

Dresden, Leipzig, Burzen, im September 1910.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Erscheint 3mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Dresden-Stadt.

Urania Versicherungsgesellschaft Sitz Dresden, [illegible]

Abzahlungsgeschäfte

Nicht auf Abzahlung kaufen Sie, bevor Sie das erste Möbel- und Waren-Credithaus von **Julius Ittmann · Dresden** Neumarkt 8, I. im Hause der [illegible] besucht haben.

Karl Beck [illegible]

M. Langer [illegible] Möbel, Manufakturw. & Confekt. [illegible] wöchentlich

M. Giersch Marienstraße 13 [illegible]

Dresden-Cotta

[illegible], Bäckermeister
[illegible] Bäckermeister.
[illegible]
Cotta-Heinrich gegenüber Schauburghaus.
[illegible] Fleischerbildg.
[illegible] Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge, Spielwaren

Kaiser & Schramm [illegible] 4 Verkaufsstellen. Auf all. War. 5% Rabatt

[illegible] Bezugsquelle [illegible] Manufaktw., Damenh.

Cottaer Möbelhaus [illegible]

W. [illegible], Cottaer Buchhalle.
[illegible] beste Bezugsquelle für Schuhwaren.
[illegible], Schuhlager.
[illegible] Höhnestr. 34
[illegible] Schuhwaren. [illegible]

Dresden-Plauen

Rich. Boscher, [illegible], Café.
[illegible]
[illegible]

Briesnitz

Walter Tschimann, Bäckermstr.

Germania-Drogerie Reinhard Kobsch

Ernst Bern, Fleischermeister.
[illegible]

Coschütz-Gittersee

[illegible]

Cossebaude

Georg Spamann, Bäckerei.
E. [illegible]
A. Lindner [illegible]
W. Reiche [illegible]
M. Nacke [illegible]
[illegible] Möbel- und Sarglager.

Gostritz

[illegible], Bäcker u. Konditorei
[illegible] Manufakturw.
Bruno Hofmann Buchbinderei.
R. Roch, Buchbinderei.
[illegible] Fahrräder, Zubehör.
[illegible] Knabengard.

Deuben

Traugott Fröhlich, Bäckerei.
Arthur Seim Drogen, Farben, Sämereien.
[illegible] Fahrräder, Nähmaschinen, Zubehör.
[illegible], Fleischermeister.
Bruno [illegible], Fleischerei.
A. Walther, [illegible]
Konrad Walther, Fleischerei.

Carl May Versandhaus für Herren- u. Knabenkonfektion Berufskleidg., Kleiderstoffe

[illegible] Haus- u. Küchengeräte
[illegible] Knabengard.

Kaufhaus Fortuna [illegible]

Otto [illegible] Herrenkonfektion, Wollgeschäft.
R. Krauße, Korbw., Kinderwag.
[illegible] Manufakturwaren.
[illegible] Mehlläger.

Dampf-Molkerei Deuben
Hermann Zimmermann
[illegible]
[illegible] Max Matthes
Elsa Vogel, Nähm.-Niederlage.
Photograph. Atelier, E. Krauße
[illegible]
[illegible]
R. [illegible]
Max Berger [illegible]
[illegible]

Matrapas

A. Obermann, Schuhwarenlager.
Schuhwarenhaus Rob. Jäschke.
H. Lehdrich, Uhren u. Goldwaren.
Anna Fuchs, Schnittw., Wäsche.
L. Eberlein Weiß-, Woll-, Schnittwaren.

Alkoholfreie Getränke

Adolph, G., Nachf. William Antel Rosenstr. 104 Mineralwasser- u. Limonadenfab.
Donatha Obstkelterei Lockwitz empfiehlt Moste, Obstweine, „Fradi", keine Essenz, Apfelprod.
Grünberger Brauerei und Getränkefabrik
A. G. Hofeland Webergasse 7, alle naturl. Fruchtsäfte
Verein Mineralwasserfabr. G. m. b. H. Königsbrückerstr. 47. Tel. 207.
Spez.: Kösslibrause.

Badeanstalten

„Bad Neptun", Moltkestr. 7.
Hartmanns Volksbad, Langeb. Str. 4.
„Louisenbad", Friedrichstr. 18.
Wilhelmsbad, Ziegelst. 54 (Antiegrr.)

Bäcker- u. Conditorei.

Rich. Anger, Ammonst. 49, Ecke Rosenstr.
Otto Baer, Kesselsdorfer Str. 63.
Os. Brabandt, Mohnstr. 46.
Dresdner Brotfabr. v. Ernst Wilhelm
O. Grandmann, Burkgraf-Heinrichplatz 4
Max Herrmann, Friedrichstr. 9.
Rich. Klinger, Rosenstr. 32.
A. Kochisch, Bäck. Kond., Reihelstr. 16.
Vincenz Käpferle, Borsbergst. 25
Bruno Müller, Burgkstr. 29.
Max Naumann, Dürerst. 3, Bolbeinpl.
Arthur Petschel, Wernerstr. 28.
Max Pinkert, Oschatzerstr. 21.
Rich. Reuther, Torgauer Str. 29.
E. Schäfer, Pfefferkb., Rehfeld.-St. 72
Rudolf Seifert, Mohnstr. 2.
Fr. Silbermann, Rehefeld. Str. 26.

Bandagen, Gummi-, Krank.-Bedarfs-Artik.

✚ Damen ✚ wenden sich bei Frauenkrankheiten vertrauensvoll an
Frau Hellmold Dr.-A., Gr. Brüdergasse 11 II.
Carl Glöckner, Amalienstr. 10.
Versandhaus Fr. O. Klinkmüller Webergasse 23 II.
Paul Ziegenbalg, Kesselsdorf. St.

Beerdigungsanst., Sa. gm.

Dresdner Beerd.-Anstalten **Pietät u. Heimkehr** Am See 26 Fernspr. 157

Berufskleidung

A. Altus Gr. Brüdergasse 43 II, kein Laden, daher bill. Preise.
E. W. Behrens, Kesselsdorfer Str.
Oscar Bialla Gr. Brüdergasse 11 E. Quergäßchen.
H. Pahr blaue Anzüge, Wettinerstr. 41.

Bettfedern, Betten

M. Grollmann Walter v. Eckhaus Scheffelst. Materialist 28
Dietrich Schmidt „Pieschen".

Bierbrauer., Bierhdlg.

Adolph's G. Nachf. William Antel Tel. 2743 Flaschen- und Siphonbiere.

Echt Münchener **Eberl-Bräu** mit Prämien-Bons. Überall erhältlich.

Radeberger Pilsener

Dresdner **Feldschlösschen**- Lager — Münchner

Gebr. Haubold Blumenstr. 43 · Tel. 2061.

Heidan & Faßel Tharandterstr. 48, Telephon 9166. Flaschen- und Siphonbiere.

Trinkt Biere aus der **National-Brauerei**

Echt Kulmbacher, nur 1. Qualität, Petzbräu [illegible] Zinzendorfstr. 16.

Polnisches Brauhaus Spezialität: Einfach-Bier.

Reichel-Bräu Kulmbach.

Reisewitzer Biere tip-top!

Rob. Schäler [illegible] frei Haus in alle Stadtteile.

Brotfabriken

Rich. Anger Ammonstr. 49, Ecke Rosenstr., [illegible] Zwieback, Zuckerbr.
Simonsbrot, Gesundheitsbrot I. Ranges.

Burst., Besen, Schwämme etc.

Alex Leichsenring, Ammonst. 41.
F. Prescher, Waisenhausstr. 2b.

Cacao, Schokolad., Tee

Authorns Kakaos sind außerordentlich preiswert.
Selbmann's Cacao
K. Wand, Leipziger Platz 2.

Cigarettenfabriken

KIOS Qualitäts-Cigarette.
OttoKunze Blasewitzerstr. 16.

Cigarren u. Tabake

Rob. Altrichter, Schäferstr. 36.
Egmont Bosch, Königsbrückst. 54
Emil Berge Pillnitzerstr. 9, Louisenstr. 51.
Carl Claussnitzer, Rosenstr. 25.
Ernst Claußnitzer, Sachsenpl. 4.
Paul Döscher, Königsbrücker St. 8
H. Ebert, Leipziger Str. 72.
Herm. Förster, Josephinenstr. 26.
Gustav Führer, Neuegasse 30.

Epirus-Cigaretten in reiner Handarb. hergestellt. Bitte probieren Sie.

Edwin Gläser, Marschallstr. 7.
August Grahl, Blasewitzerstr. 60
F. Henkel & Co. Nachf., Augsburgst. 27.
Paul Herrich, Ziegelstr. 11, Cigarett.
Imperial Cigaretten von Wilh. Dittrich, reine Handarbeit
Kessler, A. Ammonstr., Ecke Güterbahnhofstr.
Oskar Kloss, Kesselsdorferstr. Ecke Ammonstr.
Wilh. Körner, Leipziger Str. 53.
Carl Krause, Schnorrstr. 1, Ecke Altm.
Friedrich Kurtz, Annenstr. 41.
Heinr. Löbbert, Wartburg-Str. 18
Konrad Martin, Pfotenhauerst. 30
Max Mendte, Radebeul, Am Bahnhof
P. Mika Annenstr. 12 a, R. gr. Zwingerst. Annenstr. 2, Ecke Faunplatz.
Eduard Müller, Gerokstr. 66.
Ernst Rich. Müller, Wilsdrufferstr. 15
Max Naumann, Cigarrenfabrik Radebeul, Leipziger Str. 84.
Gustav Nicolaus, Bürgerstr. 40.
Paul L. Pfitzner, Borsbergstr. 35.
Theod. Pfadmann, Grunaerstr. 19
Ludwig Pigge, Leipziger Str. 30
PickDame beste 2½ J Cigarette, Viktoria-Germania.
Johannes Richter, Pillnitzer Str. 10.
Hermann Schäfer, Gr. Brüdergasse 21
Emil Schirwinsky, Wettinerstr. 4.
Felix Schmidt, Dürerstr. 72.
B. Schneider Kesselsdorferstr. 17, a. Sort. Tabakpfeifen
G. Schneider, Postpl., König-Johannst. 10
Alw. Schöne, Kaiserstr. Stadt Metz
Richard Seidel, Friedrichstr. 22.
Willy Steinert, Böhmischplatz 3.
Paul Teuber, a. Markt u. Hptw.
Paul Ulbricht, Schandauer Str. 21.
F. Trümper, Dürerstr., Ecke Holbein-Platz
H. Walther, Ziegelstr. 1.
Ernst Weppler, Pfotenhauerst. 13
C. Weiße, König-Johannst. 2, Ecke Altm.

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, Leipz. Str. 163.
Ottwin Dietrich, Trach., Leipz. St. 128
Ernst Dressler Leipziger Str. 107.
Elsner & Schäfer, Marienstr. 10
Moritz Engert Lotterie-Kollektion Moritzburgerstr.
J. Grimmer, Pfotenhauerstr. 63.
Eug. Hartmann Nchf., Kesselsdf. St. 3
Max Rich. Hartig Rosen-, Ecke Maternistr.
Lilien-Drogerie, Leipziger St. 22
Arno Oppelt, Torgauer Str. 58.
R. Peters Nchf., Markgrafenstr.
Alb. Poser Farben und Drogen Freibergerplatz 10.
Reinh. Sonntag Maler-Bedarfs-Artikel.
Curt Scholze, Zöllnerstr. 1 p.
M. Schüler, v. Fiebig, Torgauerst. 4
Spaltehotz & Eley, Pillnitzerstr. 20.

Eisen, Stahlw., Waffen

C. Angelé vorm. Ernst Fischer Werkzeuge, Eisenwaren Grunaerstr. 19 Tel. 3757

R. Baumgärtel, Borsbergstr. 27b.
Endlich & Seyfert, Tittm. Str. 19.
Edm. Weigel, Großh. Str. Nr. 127.

Fahrräder, Nähmasch.

Gustav Barta, Leipzigerstr. 97.
Fahrr.-Wohl-Haus Grunaer Str. 10 elegant. Teilzahlung. Alle Fahr- u. Motorräder usw. Automob.
Max Förster, Dürerstr. 87.
Rich. Hantzsch, Vorwerkstr. 7.
Carl Helnau, Falkenstr. 7.
Walter Huy Auto- u. Fahrradhandlg. Moritzburgerstr. 19.
Krausse Löbtauer Str. 91, Leistungsfäh. Rep.-Werkst.
Bruno Meissner, Altmarkt 10.
Otto Mierisch, Kesselsdorferst. 19
H. Pötschke Akkumulatoren, Fahrrad-Rep., Neue Gasse 24
H. Spreer, K. Albert- u. Bautznerstr. 33.

Fischwaren

F. A. Pfitzner, Dürerstr. 101 T. 8843.

Fleischereien, Wurstw.

H. Dietsch, Kesselsdorferstr. 66.
Bernh. Fischer, Schäfer-, E. Vorwerkst.
Max Gönnert, Friedrichstr. 19.
Paul Grundmann, Ammonstr. 23.
Friedr. Heine, Schäferstr. 33.
P. Helbig, Maternistr., Ecke Freibergerst.
Bruno Jäppelt, Rosenstr. 23.
M. Kunze, Markgrf.-Heinr. Pltz. 18
Ernst Maune, Jahnstr. 2, E. Leipzig St.
Alfred Schlachte, Wettinerstr. 10
Paul Schmidt, Schäferstr. 40.
Rudolf Schneider, Sternstr. 1.

W. Kelling Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarderoben
Läden Lall. Stadt. v. Dr. u. Umg. Pieschen, Lpzg. St. 80 u. Löbtau, Kesselsd. St. 1

Fleischereien, Wurstwar.

Richard Schnelle, Dornblüthst. 7.
Paul Schröder, Leipzigerstr. 130.
H. Selle, Torgauerstr. 24.
Gust. Theunert, Oschatzer Str. 27.
Herm. Wagner, Kesselsdorferstr. 57.

Gelegenheitskäufe

Möbel-Branche, Wittenberger Str. 40.
W. Brozek, Am See 33.
M. Irmer Neue Gasse 48, Leipzigerstr. Herren- und Damenwäsche.
L. Krampe, Landhausstr. 21, Herrengard., Verleihmagazin.
S. L. Reich, Gr. Brüderg. 41, getr. Herrengard., Monatsgard.
Max Riouel, Ehrlichstr. 20.
Franz Partsch, Pfotenhauerst. 26

Haus- u. Küchengeräte

Otto Bernhardt, Ebertplatz u. Eliasst.

Otto Gratchen, Tromp.-Str. 15 Central-Theat.-Pass. pt. u. 1. Et. 5% Rabatt, Teilzahl. gestatt.

Erbstösser & Haubert Kesselsdorferstr. 5% Rabatt.
A. Fuhrmann, Kesselsdorferstr.
O. Herberg Eisenwar., Werkz. Kesseldf. St. 79, T. 4027
Lehmann Spez. Volksbadewannen Rosenstr. 64.
E. Luscher Elektr. Bedarfs-Art. Oschatzer Str. 17.

Kaufhaus Steinhart auf sämtl. Artikel 5% Rabatt Kesselsdf.-Str., Ecke Gräbelstr. Louisenstr. Ecke Alaunstr. Wittenbg.-St. Ecke Tittmannst.

Haus- u. Lohnwäsch.

Dresdner Haus- u. Lohnwäscherei Spez. nur Waschen d. Wäsche n. Gewicht, Ganz u. halbtrocken. Rosenstr. 100. Tel. 18968.

Herren-Artikel

Otto Türschmann, Rosenstr. 47.

Herren- u. Knabengard.

Eleg. Monatsgarderoben auch neu, Verkauf nur
Central-Leihhaus Breitestr. 18 I unweit Seestr.
B. Gehrmann [illegible]
Fr. H. Glitzner Rosenstr. 48. detail – Berufskleidung – en gros.
L. Hoffmann Kesselsdorferstr. 20.
Willy Otto, Blasewitzerstr. 23.
Aug. Pfefferkorn Sophienstr. 2. günst. Rabattsyst. f. Organisierte
Pimsler Große Brüdergasse 27 I neue u. getrag. Herrengarder.
H. Schindler Wettinerstr. 29, bill. Bezugsquelle
M. Rösler, Mollgesch., Wartburgst. 20.

O. Wenk Schäferstr. 1. Radebeul, Leipzigerstr. 93.

Hüte, Mützen, Pelzw.

Max Büttner, Marienstr. 13.
Carl Fiedler, Schäferstr. 47.
August Krause, Hauptstr. 1–3.
R. Lösch, Hutmachermstr., Tittmst. 13b.
H. Marsal, Scheffelstr. 34.
Hch. Padberg, Louisenstr. 70.
Eugen Richter, Kesselsdorferstr. 19
O. Ruhs, Dr.-Trachau, Leipziger St. 153.
Richard Schubert, Annenstr. 13a.
G. Stern, Albertplatz 10.

Kohlen, Koks, Holz

August Greiner, Leipzigerstr. 113.
Ilse-Brikett sind überall zu haben.
A. Walzke Drehgasse 9, lief. zu Tagespreisen.

Kolonialwaren

Bauer & Haase Dr.-Löbtau — 7 Verkaufsstellen 8% Rabatt.

Herm. Bergmann, Löscherstr. 6.
H. H. Fischer Spirituosen, LeipzigerSt. 101
Friedrich-Pieschen, Hubertusst. 58
Emil Gerlach, Louisenstr. 70. (8%)
M. Gleeth, Markgrf.-Heinr.-Platz 3
Max Herzog, Ziegelstr., E. Rietschelstr.
Max Heller Cig., Spirituosen, Schmiedeberst. 23.
Paul Hiltscheich, Schäferst., Rosengartenst.
A. König vorm. F. Adler, Spirituosen, Königsbrückerstr. 84
Leo Lau, Leipzigerstr. 60.
Walter Leuteritz Spirituosen, Concordienstr. 47.
Paul Schmidt, Könneritzstr. 19.
Rich. Staudte, Torgauer Str. 42.
Walter Trepte Spirituosen, Sebnitzerstr. 11.
Otto Wagner, Alaunstr. 28.
Franz Wittig, Leisniger Str. 52.

Korbw. u. Kinderwag.

Gebr. Eichborn, Brennabor-Ndl., Trompeterstr. 17.
Gerdes Taltanstr. 9, Königsbrückst. 3.
H. Hentschel, Kesselsdorferstr. 32
Julius Hirschfelder, Louisenst. 52.
Max Liebezeit, Kaserneustr. 17.
Moritzstr. 7, I Dresdner Kinderw.-Depot
Ernst Schulze, Freibergerst. 19–21.
J. M. Strohbach, Ziegelstr. 41.

Kurz-, Weiß- u. Wollwar.

H. Glück Schäferstr. 7, Weiß. bill. Preise.
F. Damm, Peterstr. 49, E. Cottaerstr.

Gerling & Rockstroh empfehlen ihre vorzüglichen und preiswerten Schokoladen- und Zuckerwaren der Arbeiterschaft angelegentlichst. Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

E. Klaar Liliengasse 35, Ecke Josephinenst.
Männerhemden, Maschinistenanz.
J. Gemeiner, Tapisserie, Kesseld.-St. 16

Landesprodukte

Herm. Lorenz, Dornblüthstr. 42 p
A. Wolf, Dr.-Trachau, Henriettst. 3.

Lederhandlungen

Max Börner, Schäferstr. 2, Filiale: Löbtau, gegenüb. d. Rathaus.
H. Dindorf, Reilligerstr. 50.
Härtel, P. Oschatzerstr. 35, Tr. Leipzigerstr. 156.
H. Homuth, A. d. Dreikönigskirche 7.

Linol., Tapet., Wachst.

Th. Pusch Bürgerstr. 39.

Manufakturwaren

C. Funke, Blasewitz, Striesenstr. 5.
M. Güter, Modewaren, Leisnigerstr. 48.
[illegible] Löbtau, Dreikaiserhof, Kleiderstoffe.
Oswald Köhler Blusen, Kostümr., Markgrafenstr. 43.
Dietrich Schmidt Kleiderstoffe, Wäsche Pieschen. Ausstattungen.

Möbelmagazine

A. Hey Loches Nachf. T. 2502. Annenst. 45 Federmatr. m. ehrlich. Polster M. 23
Max Bachmann, Kleiderschr.
Clauss Möbelmagazin Löbtau, Ecke Lübecker- u. Bienertstr.
O. Ehrlich — 5% — Neust., Louisenstr. 70.
Oskar Gebhardt Concordienstr. 41.

Möbel-Haus Centrum M. Fuchs, Freibergplatz 15

H. Sommer, Reilligerstr. 56.
Gg. Stephan, Torgauerstr. 8.
Karl Trobisch, Leipzigerstr. 171.
Curt Wilkerling, Mohnstr. 3.

Molkereiprodukte

Franz [illegible] Molkereiprodukte täglich frisch Lieferungen „frei Haus"

A. Bargholdt Oschatzer-Str. 19.
Pieschner Dampfmolkerei, Leipzigerstr. 92.

Musikinstr., Grammophon

Emil Drache Musikalien, Oschatzer Str. 2.
Paul Ullrich, Borsbergstr. 28 c.

Obst- u. Grünewaren

Ernst Hanicke, Alaunstr. 26.
Hermann Trepte, Leipzigerst. 82.

Optiker

G. Rosenmüller Hauptstr. 18/20.
Pestel Schloßstr. 6, Hauptstr. 1.

Papierhdlg., Schreibw.

Wilh. Goerlsen, Torgauer St. 26.
Arthur Grundig, Bürgerstr. 50.
B. Hagemann, Tittm. St. 17, Haydnst. 54.
Karl Meyrose, Moltkestr. 12.
O. Waurick, Trachenbergerstr. 18.
Curt Weller, Schäferstr. 1.

Photographen

Hentschel, M. F. Reisew.-u. Kesseld.-St.
E. G. Fr. Stotz, Leipzigerstr. 40.
Bruno Wendsche, Leipzig. St. 58.

Roßschlächtereien

Bretschneider, Frohngasse 29.

Schirme, Stöcke

Schirmfab. Funke Annenst. 18, Kesselsdfst. 8, Bürgerst. 44
A. Trebox, Schandauerstr. 22 d.

Schnellbesohlanstalt.

grüne Sohle „Marke Goliath" bekommen Sie in d. Schuh-Rep.-Werkst. Wettinerstr. 47, Grunaerstr. 37, Paul-Gerhardtstr. 17, Trilberstr. 60.

Deutsch-amerik. Schnellsohlerei m. elektr. Betrieb H. Winkelmann Freibergerplatz 15, Löbtau, Freibergerstr. 116, Pieschen, Leipz. St. 48.
Max Holdinger, Oppellstr. 48.

Schuhw., Schuhmach.

Kinderstiefel bedeutend billiger
Partiewarengeschäfte Freibergerstr. 123, Wettinerstr. 29, Markgrafenstr. 25, Grunaerstr. u. Ziegelstr. Ecke

J. Adler Kesselsdorferstr. 22, Schuhmachermeister.
Adolf Barthel, Torgauer Str. 24.
F. Christ, Kesselsdorferstr. 58.
L. Dölling, Holbeinstr. 44.
Reinh. Gambke, Borsbergstr. 28 c.
Bruno Göbel, Borsbergstr. 21.
Ferd. Groß, Louisenstr. 70.

Schuhwar., Schuhmach.

Richard Grubert, Schuhwarenh. zum „Hans Sachs", Hans-Sachs-St. 25.
Max Held, Striesenstr.
Hygien. Schuh-Schnellrep., Ehgf. Herbpl. 26
Otto Hofmann, Helgolandstr. 5.
Johann Jahnel, Hechtstr. 59 b.

Theophil **Just** Laubegast, mechan. Schuhfabrik Turnschuh „Saxonia"

Kaufmann Laubegast, mech. Turnschuhfabr. Turnschuh „Reform". Kons.-Lief.

Loewenthal, Wettinerst. 7, I. Etg.
Anton Müller, Annenstr. 43.
A. Müller Löbtau, Bismarckbrücke und Leipziger Str. 72.
Naumann, Maternistr. 1, Ecke Stempl.
A. Neumann, Löbtauerstr., Bismarckbr.
A. Nierle, Schuhm., Tittmannst. 17
Karl Otto, Neust., Trachenb.-St. 60
W. Oesterreich, Schäferstr. 11.
Otto Palm, Rep.-Werkst., Warth.-Str. 2
Julius Paschke, Hechtstr. 47.
P. Rätschmaier Schuhm., Schandauerst. 15
B. Schneider, Oschatzerstr. 52.
W. Schreier, Dr.-Trachau, Leipz. St. 169
R. Tradel Elisenstr. 62, Ecke Dönichpl. — Blumenstr.
Paul Voigt, Wittbg. Str. 76.
F. Wronkow Nostitz-Str. 7. Alle Waren 10% Rab.

Seifen u. Seifenpulver

Mehlhorn's Bleichschmierseife u. Pyratin-Waschextrakt d. Best. f. Wäsche u. Hausbedarf überall zu haben Fabr. Paul Mehlhorn, Dresden-A. 5

Süd- u. Fruchtweine

Obst-Weine **Max Dönitz** überall zu haben.

A. G. Hufeland Webergasse 7 Südweine in Flaschen und vom Faß pro Liter von 85 Pfg. an. Fruchtweine aller Art.

Uhren- u. Goldwaren

Oswald Böttcher, Lößnitzstr. 24.
Rich. Eck Bautzner Str. 4.
Herm. Gallus, Schäferstr. 25.
Paul Harzbecher, Annenstr. 43.
Paul Juhrs, Tittmannstr. 15.
O. Klinkmüller Webergasse 27 I, Reparat. billigst.
Ernst Köhler Trompeterstr. 9, Reparaturen billigst.
Hugo Künzel, Wettinerstr. 8.
Gustav Mertig, Lbt., Kesselsd. St. 3
R. Meyer Wettinerstr. 12. im Tivoli.
Carl Michalsky, Ziegelstr. 26.
Müller, Rosenstr. 40.
Victor Neumann Uhrmacher. Stärkengasse 34.
Goldw., Optik, Cigarr., Cigarett.
Ferdinand Pioner, Alaunstr. 33.
Bruno Richter, Löbt., Freib.-Str. 126
Heinr. Richter, Markgrafenstr. 42.
Max Röber, Königsbrückerstr. 54.
Stritzke, Schäferstr. 40.
Paul Stübler, Bautzner Str. 48.
Hermann Thieme, Breite Str. 6.
Hans Trede, Kesselsdorferstr. 19.
Carl Vogt, Striesenerstr. 18.

Verleih-Institut

Carl Bauer Frauenstr. 12, I. Etage.
Erstes Frack- u. Gehrock-Verleih-Institut, Cylinder, Klapphüte. Fernspr. 6187 Verkauf v. Konsistgarder.

Waffel-Fabriken

Waltaria [illegible]

Warenhäuser

Bernhard Gäbler, Alaunstr. 25.

Pieschner Kaufhaus Leipzig. St. 97 u. Trachenb. St. 20

Wasch- u. Plättanstalt

Glitzner's Schäferstr. 49. Telephon 3874. Filialen in allen Stadtteilen.

Weine, Liköre

Hänichens echt. Lockwitzer Korn, Lockwitz, Dr. Ring — Moritzstr.
A. G. Hufeland Webergasse 7.

Wirtschaft., Etablise.

Osterberg Cossebaude, Schönst. Ausflugsort.

Zahn-Atel., Zahnkünstl.

Karl Just, Leipziger Str. 107, II.
Max Langhammer Bautzner Str. 5, II.
Max Wendig, Oschatzer Str. 14.
Rudolph's Inh. M. Wagner Wettinerstr. 18. Schmerzloses Zahnziehen, bequeme Zahlungen.

Zahn-Praxis

Flach, Dentist Mäßige Preise — Teilzahlung Altstadt: Pirnaischerpl., Grunaerstr. 8. Neustadt: Bautznerst., Kurfürstenst. 48

Zahn-Praxis

Reform [illegible]

„Kosmos" Cigaretten.

ZÄHNE Kleine Preise. zieht, plombiert, ersetzt mögl. gänzlich schmerzlos G. Schubert Annenstr. 25, Annenhof.

Dippoldiswalde

Paul Becher, Haus- u. Küchenger.
R. Bormann Fahrräder, Nähmasch., Wasch- u. Wringmasch.

Konfektion — Kleiderstoffe
Otto Bester
Linoleum — Bettfedern

Leon Leibner Herren- u. Knaben-Konfektion.
L. G. Schwind, Hüte, Mützen, Pelzw.
R. Oehme, Korbwar., Kinderw.
Carl Marschner, Modewarenh.
Jul. Zschocke, Schuhwarenhaus.
E. Nietzold, Uhren, Goldw., Brillen
Zahnatelier M. Schubert.

Döhlen

Brauerei Döhlen empfiehlt ihr vorzügl. Einfach Bier, Lager, Münchner. Spez.: F. [illegible]
Gansauge Herr., Dam.-, Kind.-Schuhe, Putz, Manufakture, Wäsche
Paul Trinks, Bäck. u. Konditor.
J. Wagner, Buchb. u. Papierhdlg.
Hugo Schuster, Fleischerei.
G. Friedrich, Kol. u. Landesprod.

Gorbitz

Bäckerei von Oswald Mielisch.
Alfred Klotz, Kaufhaus.

Neu-Gruna

Herm. Elsmann, Bäcker, Delikat.
Oscar Wengler, Fleisch- u. Wurst.

Hainsberg

Peter Mader, Bäckermeister.
H. Böhme, Möbel- u. Bettfedern

Kaitz

Alf. Hofmann, Bäck., Landesprod.
Karl Stephan, Bäckermeister.
Rich. Rüdiger, Fleischermeister.

Kötzschenbroda

Paul Just, Hauptstr. 11, Schuhw.

Kreischa

Herm. Thiel, Bäckermeister.
Emil Wollmann, Sattler u. Tapez.

Laubegast

M. Hanisch, Kolonialw., Delikat.
Rob. Dörffel Eisenkurzwaren, Werkzeughdlg.
Köhn, Markth.: Obst, Gemüse, Landespr.
Herm. Paul, Schuhgesch. u. Rep.-Anst.
Ernst Simmgen, Uhrmacher.

Leuben

O. Hentschel Möbel u. Polsterw.
A. Weinhold, Bierhandlung.
A. Müller, Fahrräd., Nähmasch.
Oswald Sachse, Fleisch- u. Wurstw.
Alwin Steglich, Fleisch- u. Wurstw.
C. Beier, Schnitt- u. Wollwaren.
Max Schmidt, Schuhwaren.
F. Heinze Schuhwar., Garderobe, Hüte, Weiß- u. Wollw.
M. Klopfer, Uhren, Gold-, Musikw.

Leutewitz

Brauerei Leutewitz empf. vorzügl. Einfach-Bier.
Alfr. Burkhardt, Brot- u. Weißbäck.
O. Klotzsche, Brot- u. Weißbäck.

Schuberts Möbelfabrik liefert billigst Möbel aller Art

Joh. Becker, Schnitt- u. Wollw.

Löbtau

K. Brose, Kol.-W., Landespr., Braunst. 13
C. Schubert Papier u. Schreibart., Kesselsdorferst. 27
A. Simon, Bünaustr. 4, Herren- u. Knabengard. Auß. gut u. billig
O. Köhn, Kesselsdorferstr., E. Wallwitzst.

Loschwitz

Paul Heymann, Cigarrenfabrik.
Gasthof Lungwitz, Ausflugsort.

Naußlitz

Rudolf Seidel, Bäckermeister.
Max Exler, Fleischermeister.
Emil Wagner, Fleischermeister.
Gust. Jentzsch, Möbelgeschäft.
Fr. Kaul Sattler- u. Tapezierer, Möbelmag. Lieferung vollstg. Wohnungseinrichtung.

Niederhäslich

Arth. Erhard, Bäck. m. Motorbetr.
E. Walther, Haus- u. Küchenger.
A. verw. Krolop, Spirit., Kolonialw.
E. Schumann, Kolon.- u. Schnittw.

Niederpesterwitz

P. Bock, Lebkuchenf. Fspr. Deuben 193. Für Volksbedarf: Ausstell. u. Verkaufs-u. Versendungsbed. Gratisanf. u. Bild.-Spielzeug.

Niedersedlitz

Webers Buch- u. Papierhdlg. Buchb.
Papsdorf, Cigarrenfabr., Bernsteinstr.
MaxOtto Fahrr., Nähm., Ersatzteile.
Gotth. Feistner, Fleisch- u. Wurstw.
A. Klengel, Fleisch- u. Wurstw.
[illegible], Klempnermeister.
Günther, Fr. Glas-, Haus- u. Küchengeräte
Wende, Osk. Schuhwaren, Lederhandlung

Possendorf

C. Weise, Uhren, Goldw., Opt.

Potschappel

Otto Arnold, Bäckermeister.
Franz Böhm, Bäckermeister.
Curt Chemnitzer, Bäck. u. Konditor.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses siehe nächste Seite.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100922/16
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG